



Ministerium für Generationen,  
Familie, Frauen und Integration des  
Landes Nordrhein-Westfalen  
Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf  
Telefon 0211 8618 - 3152

[info@mgffi.nrw.de](mailto:info@mgffi.nrw.de)  
[www.mgffi.nrw.de](http://www.mgffi.nrw.de)

## Integration als Chance für Nordrhein-Westfalen und seine Kommunen

Potenziale nutzen – aus Erfahrungen lernen

## **Impressum:**

### **Herausgeber**

Ministerium für Generationen, Familie,  
Frauen und Integration  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation  
Horionplatz 1  
40213 Düsseldorf  
Tel. 0211 8618-3152  
Fax 0211 8618-53152  
poststelle@mgffi.nrw.de  
www.mgffi.nrw.de

### **Erstellt von**

Alfred Reichwein  
Katrin Möltgen  
Stephanie Vogel

unter Mitarbeit von  
Anja Buchholz

KGSt – Kommunale Gemeinschaftsstelle für  
Verwaltungsmanagement

Stefan Buchholt  
Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und Ausländische  
Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen in Unna-Massen

### **Gestaltung**

VISIO Kommunikation GmbH, Bielefeld

### **Druck**

WAZ-Druck, Duisburg

© 2007/MGFFI 1046

Die Druckfassung kann bestellt werden:

- im Internet: [www.mgffi.nrw.de/publikationen](http://www.mgffi.nrw.de/publikationen)
- telefonisch: 01803-100110

C@II-NRW (9 Cent/Min.\*)

\* aus dem Festnetz der Deutschen Telekom AG

Bitte die Veröffentlichungsnummer **1046** angeben.

## **Integration als Chance für Nordrhein-Westfalen und seine Kommunen**

Potenziale nutzen – aus Erfahrungen lernen

## Vorwort



Nordrhein-Westfalen ist das Bundesland mit der lebendigsten Zuwanderungsgeschichte. Mehr als vier Millionen Menschen an Rhein und Ruhr haben ihre Wurzeln nicht in Deutschland. Die nordrhein-westfälische Landesregierung nimmt ihre Verantwortung für eine erfolgreiche Integration ernst. Aus diesem Grund gibt es in unserem Bundesland das einzige Integrationsministerium; im Sommer 2006 wurde hier der 20-Punkte Aktionsplan Integration verabschiedet. Mit seiner Umsetzung wollen wir einen Beitrag für das friedliche Zusammenleben in unserer Gesellschaft leisten. Der Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers hat schon in seiner Regierungserklärung deutlich gemacht, dass die Integration entscheidend ist für den Zusammenhalt der Gesellschaft.

Integrationspolitik hat jetzt in ganz Deutschland an Bedeutung gewonnen und wird auf vielen Schultern getragen. Staat und Gesellschaft nehmen die Herausforderung an, die in der Integration Zugewanderter liegt. Der Bund konzentriert sich auf Kernaufgaben der Erstintegration. Das Land sieht seine Verantwortung vorwiegend im Bereich der nachholenden und nachhaltigen Integration.

Umgesetzt und mit Leben erfüllt wird Integration aber vor Ort, in den 396 Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Ohne die Städte und Gemeinden bleibt jede Integrationspolitik Stückwerk. Es ist ermutigend und erfreulich zu sehen, wie viele innovative Ideen in den vergangenen Jahren auf der kommunalen Ebene für eine bessere Integration der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte entwickelt und umgesetzt worden sind.

Unser Programm „Innovation in der kommunalen Integrationsarbeit“ (KOMM-IN Nordrhein-Westfalen) leistet dazu einen maßgeblichen Beitrag und gibt Anstöße für effektivere Integrationsstrukturen vor Ort. Die Landesregierung wird diese strategische Partnerschaft mit den Kommunen fortsetzen. Wir laden auch die Städte und Gemeinden zum Mitmachen ein, die noch nicht an diesem Programm teilnehmen.

Die Evaluation der bisher durchgeführten Projekte in 49 Kommunen zeigt: Das Programm KOMM-IN ist ein Erfolg. Es wird auch 2007 fortgesetzt. Und da der Reformbedarf in den Kommunen nach wie vor groß ist, strebe ich an, dass die Möglichkeiten des ursprünglich auf drei Jahre angelegten Programms bis zum Ende der Legislaturperiode erhalten bleiben.

Das Handbuch I „Integrationsarbeit – effektiv organisiert“ ist ein guter Einstieg für eine strategische Partnerschaft zwischen Land und Kommunen bei ihren Integrationsanstrengungen gewesen. Eine Vielzahl interessanter Innovationen in den Kommunen konnten so unterstützt werden:

- Viele Kommunen erstellen Integrationskonzepte – vielfach unter breiter Beteiligung.
- Menschen mit Zuwanderungsgeschichte erhalten verstärkt Möglichkeiten, ihre Ideen und Belange einzubringen.
- Das Integrationsmanagement ist über eine strategische Steuerung zum festen Bestandteil von Kommunalpolitik und -verwaltung geworden.
- Der Charakter von Integration als Querschnittsaufgabe mit kommunaler Zuständigkeit wird nicht mehr bestritten.

Die Wirkung dieser positiven Veränderungen wollen wir mit der vorliegenden Publikation „Integration als Chance für Nordrhein-Westfalen und seine Kommunen. Potenziale nutzen – aus Erfahrungen lernen“ nachhaltig fortentwickeln. Das nun vorliegende Handbuch II ist aktualisiert im Hinblick auf die zwischenzeitlich veränderten gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen. Neue inhaltliche Themen wie die bessere Nutzung der Potenziale Zugewanderter, die Vernetzung der Akteurinnen und Akteure und viele Initiativen in der Integrationsarbeit werden beschrieben und bewertet. Erfahrungswissen aus der kommunalen Integrationsarbeit der letzten Jahre, insbesondere auch aus der Evaluation von KOMM-IN mit guten Praxisbeispielen, sind dargestellt.

Die vorliegende Veröffentlichung wird – da bin ich zuversichtlich – den Verantwortlichen in den Kommunen bei der Weiterentwicklung der strategischen Steuerung im Bereich der Querschnittsaufgabe Integration nützlich sein und neue Impulse bieten.

Ich wünsche mir, dass unser aller Bemühen Früchte trägt und Nordrhein-Westfalen auch im Bereich der Integration zum Land der neuen Chancen wird.

Armin Laschet  
Minister für Generationen, Familie, Frauen und  
Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

## Vorwort

Bund, Länder und Kommunen können nur gemeinsam die Zukunftsaufgabe der Integration von Zugewanderten bewältigen und bestehende Integrationsdefizite abbauen. Gleichwohl spielen die Kommunen bei der Integration von Zugewanderten wegen ihrer Nähe zu den Menschen eine ganz entscheidende Rolle. Die konkreten Begegnungen von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund finden in den Kommunen statt. Hier werden Erfolge, aber auch die Ergebnisse misslungener Integration unmittelbar spürbar. Eine erfolgreiche Integration der Zugewanderten ist für die Städte, Gemeinden und Kreise deshalb von zentralem Interesse. Sie stellt zweifelsfrei eine der großen Herausforderungen der Kommunalpolitik dar. Hinzu kommt, dass die deutsche Gesellschaft eine schrumpfende Gesellschaft ist. Die Aufnahme und Integration zugewanderter Menschen wird weiter an Bedeutung gewinnen – spätestens dann, wenn die Wirtschaft ihren Arbeitskräftebedarf ohne Zuwanderung nicht mehr decken kann.

Aufgrund des vor Ort bestehenden Handlungsbedarfs sind viele Kommunen der bundespolitischen Diskussion in vielen Fragen der Integration voraus. Über ihre Integrationsbemühungen legen Integrationskonzepte und jährliche Integrationsberichte vieler Kommunen Zeugnis ab. Die Kommunen vollbringen gemeinsam mit den Kirchen, den Wohlfahrtsverbänden, mit Vereinen und Initiativen engagierte Bürgerinnen und Bürger in Zeiten stark abnehmender finanzieller Handlungsmöglichkeiten mit viel Kreativität und Engagement vielfältige Integrationsleistungen in den unterschiedlichsten Bereichen. Dabei geht es um Teilhabe der Migrantinnen und Migranten am wirtschaftlichen Leben, um Kontakte und Begegnungen und besonders um Bildungschancen und Sprachkompetenz. Hierzu gehören aber auch die Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik und die Wirtschafts- und Kulturförderung.

In dem gemeinsamen Bemühen von Bund, Ländern und Kommunen um eine Integration von Zuwanderern darf nicht nachgelassen werden. Es ist ein zukunftsweisender Schritt, dass das Land Nordrhein-Westfalen im Jahr 2005 das erste Integrationsministerium in Deutschland eingerichtet hat.

Die kommunalen Spitzenverbände haben die Erarbeitung des vorliegenden Handbuchs durch die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) im Auftrag des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen konstruktiv, aber auch kritisch begleitet. Es gilt, den Kommunen eine praktische Hilfestellung für die Organisation ihrer Integrationsarbeit an die Hand zu geben. Auf der Grundlage ausgesuchter Good-Practice-Beispiele werden Handlungsmöglichkeiten für die Kommunen aufgezeigt, wobei kein Beispiel den idealtypischen Weg abbildet. Die Beispiele sind als Anregung und Impuls für eine erfolgreiche Integration zu verstehen.

Dr. Stefan Articus,  
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städtetages Nordrhein-Westfalen  
Dr. Martin Klein,  
Hauptgeschäftsführer des Landkreistages Nordrhein-Westfalen  
Dr. Bernd Jürgen Schneider,  
Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen

## Inhalt

<b>1. Zielsetzung des Handbuchs</b>	<b>6</b>
<b>2. Rahmenbedingungen und aktuelle Entwicklungen</b>	<b>8</b>
2.1 Entwicklung der Zuwanderung	8
2.2 Demographische Entwicklung	11
2.3 Gesellschaftliche Veränderungen	14
2.4 Notwendigkeit einer geschlechterdifferenzierten Perspektive	17
2.5 Bedeutung der Medien	19
2.6 Veränderungen im politisch-administrativen System	21
<b>3. Verständnis von Integration</b>	<b>27</b>
3.1 Integration als partizipativer und mehrdimensionaler Prozess	27
3.2 Integration als Potenzial	28
3.3 Nachholende und nachhaltige Integration	30
<b>4. Effektive Integrationsarbeit</b>	<b>32</b>
4.1 Engagierte Verwaltungsspitze	33
4.2 Partizipativer Prozess	34
4.3 Zielgruppenorientierung	36
4.4 Zielorientierung auf individueller Prozessebene	36
4.5 Vernetztes Arbeiten	38
4.6 Öffentlichkeitsarbeit	39
4.7 Interkulturelles Personalmanagement	40
<b>5. Integrationsarbeit strategisch steuern</b>	<b>43</b>
<b>6. Strategische Steuerung in der Praxis</b>	<b>46</b>
6.1 Wie führen wir eine Bestandsaufnahme durch?	47
6.2 Wie bereiten wir die Ergebnisse auf?	50
6.3 Wie beteiligen wir Betroffene, Mitwirkende und Verantwortliche?	51
6.4 Wie erstellen wir ein Integrationskonzept?	53
6.5 Wie entwickeln wir in einem großen Personenkreis Ziele?	55
6.6 Wie richten wir Organisation und Prozesse an unseren Zielen aus?	57
6.7 Wie überprüfen wir die Wirkung unseres Handelns?	60
<b>7. Entwicklung von Innovationen in der Integrationsarbeit</b>	<b>61</b>
7.1 KOMM-IN NRW Programm als Element der kommunalen Förderung durch das Land Nordrhein-Westfalen	61
7.1.1 Programminhalte	62
7.1.2 Förderphasen und Projekte	62
7.2 Erfolgsfaktoren und Hemmnisse: Ergebnisse der Evaluation	65
7.2.1 Programmtechnische Aspekte	65
7.2.2 Positive Aspekte der Projektumsetzung	66
7.2.3 Hemmende Faktoren	71
7.2.4 Gesamteinschätzung	71
7.3 Praxisbeispiele	72
<b>8. Anlagen</b>	<b>93</b>
8.1 Ansprechpersonen zu den 39 KOMM-IN NRW Projekten	93
8.2 Fragebogen zur Vernetzung und Wirkungssteigerung (Stadt Herten)	97
8.3 Fragebogen zur Integrationsarbeit (Stadt Viersen)	98
8.4 Indikatorenset für die Bestandsaufnahme und das Monitoring (KGSt)	102
8.5 Handlungsfelder Integration	105
8.6 Idealtypische Vorgehensweise zur Entwicklung eines Integrationskonzeptes	106
8.7 Literatur- und Linkverzeichnis zum Text	108
8.8 Linkverzeichnis zu Förderprogrammen	112

## 1. Zielsetzung des Handbuchs

Im April 2004 erschien kurz nach der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes „Integrationsarbeit – effektiv organisiert. Ein Handbuch für Kommunen“. Es beschrieb die Situation der Integrationsarbeit in den Kommunen Nordrhein-Westfalens als Flickenteppich: viele gute auch hochwertige Stücke, bei denen jedoch der Zusammenhang fehlte und damit die Wirkung unsicher schien.

Das Handbuch stellte dieser Situation einen organisatorischen Ansatz entgegen. Die strategische Steuerung der Integrationsarbeit, die zu mehr Effektivität, das heißt Wirkung bezogen auf den Aufwand, führen sollte.

Strategische Steuerung hieß konkret,

- den Integrationszustand in einer Kommune mittels Indikatoren zu messen,
- ein Integrationskonzept mit quantifizierbaren Zielen mit den Zugewanderten zu entwickeln,
- Controlling und Evaluation durchzuführen, um die Wirksamkeit von Projekten und Maßnahmen zu beobachten.

Das Handbuch beschrieb weiterhin Organisationslösungen in Kommunen als gute Beispiele und benannte Faktoren, die für den Erfolg der Integrationsarbeit wesentlich zu sein schienen, zum Beispiel das persönliche Engagement des Verwaltungschefs.

Sehr schnell waren beide Auflagen des Handbuchs vergriffen. Das Land bot zur Unterstützung der Ideen Seminare an und schuf dann mit dem Programm KOMM-IN NRW (Kommunale Innovationen in der Integrationsarbeit), in dem derzeit 49 Kommunen gefördert werden, einen weiteren wichtigen Treiber für die Modernisierung der Integrationsarbeit vor Ort.

Seither hat kaum ein Thema so an Bedeutung in der politischen Debatte und der öffentlichen Wahrnehmung zugenommen wie die Integrationspolitik. Es existieren politische Positionserklärungen aller Institutionen, Parteien und Verbände auf allen Ebenen des Staates. Es vergeht keine Woche ohne Integrationskonferenzen, Expertentreffen oder Berichterstattungen in allen Medien. Auf dem ersten Integrationskongress des Landes in Solingen nannte der erste Integrationsminister Armin Laschet das Jahr 2006 „einen Wendepunkt in der Integrationspolitik“.

Was ist im Jahr 2007 anders? Die Kapitel zu den Rahmenbedingungen führen dieses im Handbuch aus. Deshalb an dieser Stelle nur einige Stichworte:

- Es gibt seit Jahren kein quantitatives Zuwanderungsproblem mehr. Die Zahl der Zugewanderten ist kontinuierlich gesunken. Vor diesem und dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und einer politischen Klärung im Zuwanderungsgesetz wird das Verbleiben der Zugewanderten im „Einwanderungsland Deutschland“ zum Ziel.
- Es gibt weiterhin nicht übersehbare qualitative Integrationsprobleme.
- Die Potenziale gelingender Integration und die Kompetenzen der Zugewanderten rücken aber stärker in den Blick. So formuliert Ministerpräsident Rüttgers „das Gelingen der Integration ist für die Zukunft der Gesellschaft entscheidend“.

- Die Sichtweise, dass Integration nicht „von alleine geht“, sondern Arbeit bedeutet, hat sich durchgesetzt. Damit verbunden hat sich „Integrationspolitik“ als eigenes Politikfeld etabliert.
- Der veränderten Wahrnehmung in Politik und Gesellschaft folgten eine Vielzahl bemerkenswerter Aktivitäten, beginnend beim Integrationsgipfel bei der Bundeskanzlerin und der Islamkonferenz beim Bundesinnenminister bis zu einer großen Zahl von Integrationskonferenzen in den Kommunen.

Dieser starke „politische Rückenwind für Integration“ muss auf der lokalen Ebene in eine strategische, auf nachhaltige Wirkungen ausgelegte Integrationsarbeit umgewandelt werden. Dabei zu helfen, ist das Ziel dieses Handbuchs II.

Dazu werden die Rahmenbedingungen für lokale Integrationspolitik beleuchtet. Die gesonderte Betrachtung von Integrationszielen, Erfolgsfaktoren und Handlungsfeldern hat sich bewährt. Sie wird aus dem Handbuch I aufgegriffen und ergänzt.

Viele Empfehlungen im ersten Handbuch basierten auf Annahmen, die aus der Expertensicht plausibel erschienen. Dazu liegen inzwischen aus der Evaluation der KOMM-IN NRW Projekte und anderer wissenschaftlicher Arbeiten gesicherte Erkenntnisse vor. Deshalb lassen sich Praxisbeispiele vorstellen und zur Nachahmung empfehlen.

Und die Produktinnovation geht weiter. Das Interesse der Kommunen an einer Teilnahme am Programm KOMM-IN NRW ist unverändert groß. Das Programm fördert nicht Maßnahmen der Integrationsarbeit, sondern Organisationsentwicklungsprozesse, die zu innovativen, effektiven und effizienten und auf nachhaltige Wirkungen ausgelegten Angeboten führen. Es schreibt keine Handlungsfelder vor, sondern bietet örtlich sehr unterschiedlich auszufüllende Handlungsrahmen an. Voraussetzung für eine Förderung, die immer Anschubcharakter haben soll, ist ein Projektplan mit definierten Zielen und Erfolgsmaßstäben für die Evaluation an Meilensteinen.

Die in Handbuch I geforderte Netzwerkbildung, das sozialräumlich orientierte Arbeiten und die direkte Beteiligung von Zugewanderten und ihren Organisationen sind inzwischen vielerorts praktiziert worden. Ihre Bedeutung und Wirksamkeit für eine erfolgreiche Integrationsarbeit sind praktisch belegt worden. So können Kommunen voneinander lernen und Gestaltungsansätze oder Produkte und Vorgehensweisen von anderen übernehmen. Die Unterstützung dieses Innovationstransfers ist eines der wesentlichen Ziele des Landes für die nächsten Jahre.

Dazu beschreibt dieses Handbuch die Inhalte der KOMM-IN NRW Projekte der beiden letzten Jahre und gibt Hinweise, wie ergänzende Informationen zu erhalten sind.

Land und Kommunen in Nordrhein-Westfalen sind gut aufgestellt und in einer strategischen Partnerschaft für die Integration verbunden, so der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags Dr. Stephan Articus auf dem ersten Integrationskongress in Solingen – eine gute Voraussetzung dafür, Integration als Chance wahrzunehmen, die Potenziale zu nutzen und aus den Erfahrungen zu lernen.

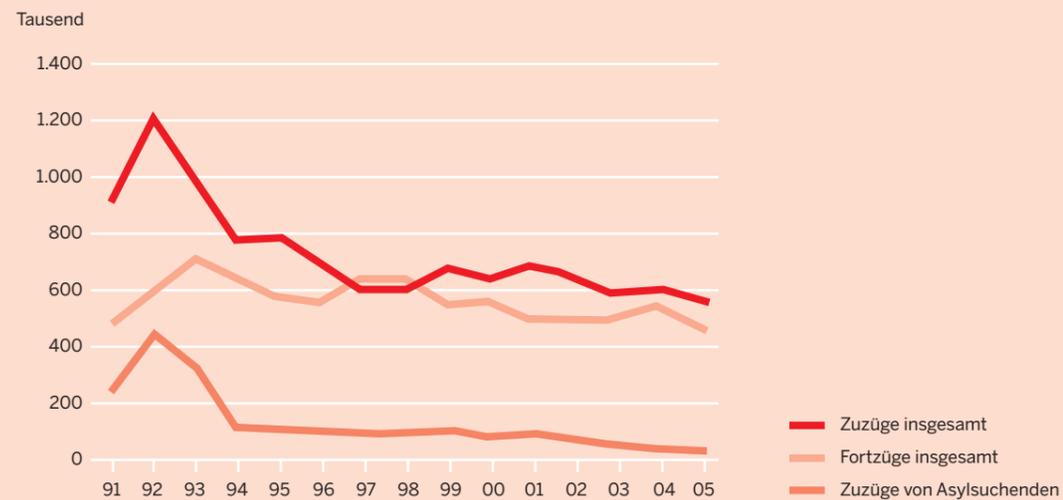
## 2. Rahmenbedingungen und aktuelle Entwicklungen

### 2.1 Entwicklung der Zuwanderung

Die Bundesrepublik Deutschland und das Land Nordrhein-Westfalen sind seit ihrer Gründung Ziel von Wanderungsbewegungen. Insbesondere die Zuwanderung aus dem Ausland hat die Struktur und Entwicklung der Bevölkerung wesentlich geprägt.

„Zwischen 1955 und 2004 sind rund 10,6 Millionen Personen netto nach Deutschland gezogen. Damit hatten die Zuwanderungen einen wesentlich größeren Einfluss auf die Entwicklung der Einwohnerzahl in Deutschland als der natürliche Saldo (Geburten abzüglich Sterbefälle)“ (Schulz, S. 23)<sup>1</sup>. Allerdings ist die Zuwanderung ausländischer Staatsangehöriger nach Deutschland in den letzten Jahren stark zurückgegangen und stagniert auf niedrigem Niveau.

#### Wanderungen von ausländischen Staatsangehörigen zwischen Deutschland und dem Ausland von 1991 bis 2005



© Statistisches Bundesamt Deutschland 2006

Ende des Jahres 2005 lebten 7.289.000 Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Der Anteil der ausländischen an der Gesamtbevölkerung betrug damit 8,8 %.<sup>2</sup> Das Land Nordrhein-Westfalen weist mit 1.927.383 Ausländerinnen und Ausländer Ende des Jahres 2005 einen Anteil nichtdeutscher Bevölkerung von 10,7 % auf, und liegt damit über dem Bundesdurchschnitt.<sup>3</sup>

Obwohl seit 1996 ein Rückgang der nichtdeutschen Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen ist, übersteigt die Zahl der Zuzüge Nichtdeutscher nach Nordrhein-Westfalen auch heute noch die Fortzüge und ist damit positiv.

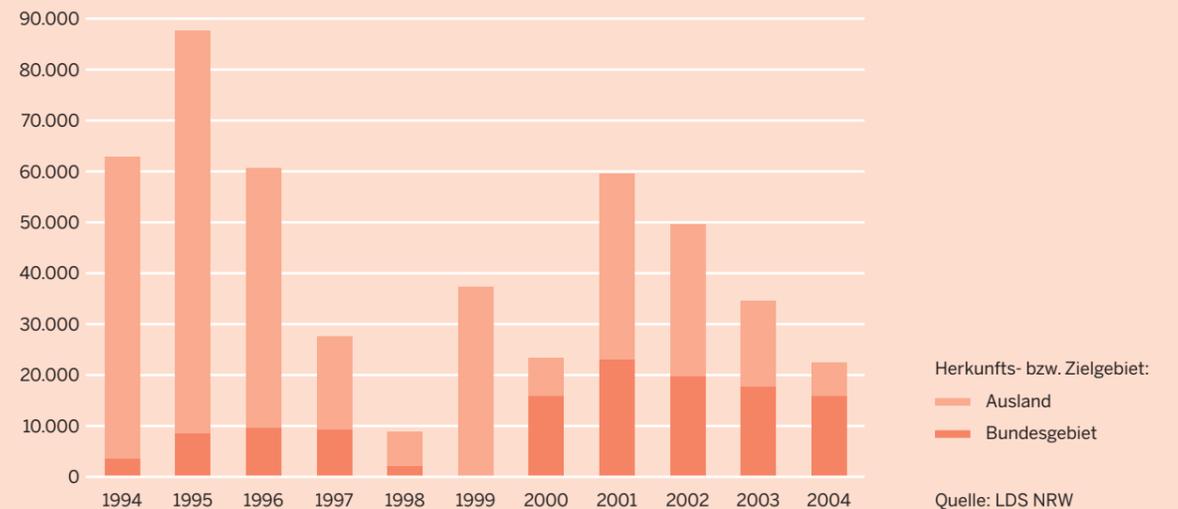
<sup>1</sup> Detaillierte Literaturangaben befinden sich im Literaturverzeichnis am Ende dieses Handbuchs.

<sup>2</sup> Vgl. [www.destatis.de](http://www.destatis.de) [Zugriff am 12.9.06].

<sup>3</sup> Vgl. [www.lids.nrw.de](http://www.lids.nrw.de) [Zugriff am 12.9.06].

#### Entwicklung der Wanderungen über die Grenze Nordrhein-Westfalens von 1994 bis 2004

Zuzüge abzüglich Fortzüge  
(Wanderungssaldo)



Quelle: LDS NRW

Hinweise auf Integrationsbedarfe in der Bevölkerung sind nicht allein aus der Zahl oder dem Wanderungssaldo Nichtdeutscher abzuleiten. Relevant sind vielmehr alle Personen, die über eine Zuwanderungsgeschichte verfügen. Dies können auch Personen sein, die nach dem Grundgesetz Deutsche sind, wie die seit 1989 zugewanderten Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler oder die seit dem Inkrafttreten des neuen Staatsbürgerschaftsrechtes eingebürgerten Einwohnerinnen und Einwohner Nordrhein-Westfalens.

In diesem Zusammenhang sind die Ergebnisse des Mikrozensus 2005 aus Nordrhein-Westfalen von Interesse, weil dieser erstmals „Menschen mit Migrationshintergrund“ definiert und damit über die bislang in den amtlichen Statistiken übliche Abgrenzung von Personen nach Nationalitäten hinausgeht. Er ermöglicht somit, alle „Personen mit Zuwanderungsgeschichte“ statistisch zu erfassen.<sup>4</sup>

Danach verfügen solche Personen über eine Zuwanderungsgeschichte, die eines oder mehrere der folgenden Merkmale erfüllen:

- sie besitzen eine ausländische Staatsangehörigkeit,
- sie sind seit 1950 zugewandert und/oder
- sie haben mindestens ein seit 1960 zugewandertes oder ausländisches Elternteil.<sup>5</sup>

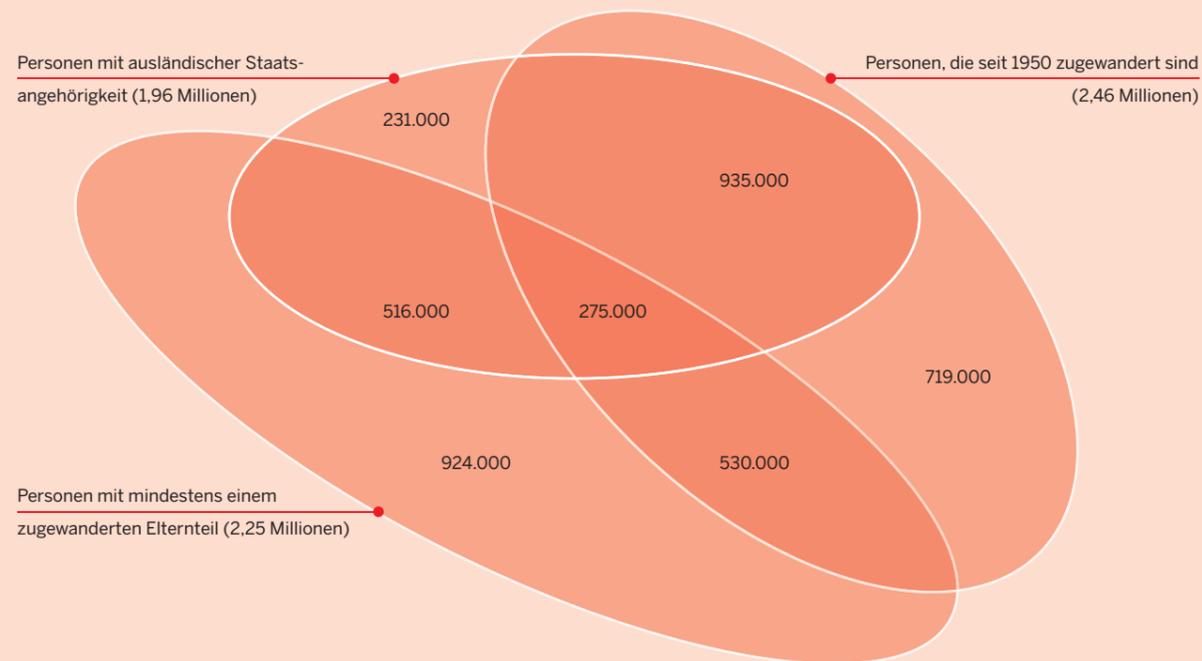
Nach dieser Definition verfügte im Jahr 2005 bundesweit etwa jeder fünfte und in Nordrhein-Westfalen fast jeder vierte Einwohner über eine Zuwanderungsgeschichte, wie das folgende Schaubild zeigt. Die Schnittmengen bilden ab, dass verschiedene der genannten Merkmale bei Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gleichzeitig erfüllt sein können.<sup>6</sup>

<sup>4</sup> Die Begriffe „Menschen mit Zuwanderungsgeschichte“, „Menschen mit Migrationshintergrund“, „Zuwanderinnen und Zuwanderer“ sowie „Zugewanderte“ werden hier synonym verwendet.

<sup>5</sup> Vgl. [www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2006/mikrozensus\\_2005i.pdf](http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2006/mikrozensus_2005i.pdf) [S. 73 Zugriff am 3.1.07].

<sup>6</sup> Vgl. [www.lids.nrw.de](http://www.lids.nrw.de) [Zugriff am 15.8.06]; ([www.destatis.de/presse/deutsch/pk/Mikrozensus2005\\_Statement\\_Hahlen.pdf](http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/Mikrozensus2005_Statement_Hahlen.pdf) [Zugriff am 12.9.06]).

### Personen mit Migrationshintergrund in Nordrhein-Westfalen Anfang 2005



Quelle: LDS NRW; Mikrozensus 2005/Zugriff 15.8.06

In einigen Kommunen in Nordrhein-Westfalen und in einer Vielzahl von Stadtteilen liegt die Anzahl der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nach Angaben der Kommunalverwaltungen deutlich höher.<sup>7</sup> Allerdings war die interkommunale Vergleichbarkeit der Daten bisher nicht gegeben, weil teilweise von unterschiedlichen Definitionen für den Personenkreis der Zugewanderten ausgegangen wurde. Mit der Definition, die das Landesamt für Statistik mit dem Mikrozensus 2005 gegeben hat, ist erstmals die Basis für eine landesweit vergleichende Statistik im Hinblick auf Menschen mit Zuwanderungsgeschichte auf lokaler Ebene geschaffen worden.

Die Möglichkeit, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte statistisch zu erfassen, macht zudem deutlich, wie hoch die Zahl der Zugewanderten in Nordrhein-Westfalen tatsächlich ist und dass sich – rein quantitativ betrachtet – weitaus mehr Integrationsbedarfe ergeben als lange Zeit vermutet. Darüber hinaus zeigt sich, dass es sich bei den Menschen mit Zuwanderungsgeschichte um eine sehr heterogene Bevölkerungsgruppe handelt, die sehr unterschiedliche Ansätze der Integration und der „nachholenden“ Integration erfordert. Das Geschlechterverhältnis innerhalb der nicht-deutschen Bevölkerung – sowohl auf Bundesebene als auch im Land Nordrhein-Westfalen – ist prozentual betrachtet relativ ausgewogen. In Nordrhein-Westfalen liegt der Frauenanteil an der nichtdeutschen Bevölkerung im Jahr 2005 bei 48,6 %.<sup>8</sup>

<sup>7</sup> Vgl. dazu auch die Ergebnisse der Sozialberichterstattung des Zentrums für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung der Universität Bochum: [www.sozialberichterstattung.de](http://www.sozialberichterstattung.de), [www.ruhr-uni-bochum.de/zefir/](http://www.ruhr-uni-bochum.de/zefir/).

<sup>8</sup> Vgl. [www.lids.nrw.de/statistik/datenangebot/daten/b/struktur/r311ausl.html](http://www.lids.nrw.de/statistik/datenangebot/daten/b/struktur/r311ausl.html).

## 2.2 Demographische Entwicklung

Die demographische Entwicklung Deutschlands ist neben der Zuwanderung durch zwei zentrale Entwicklungslinien gekennzeichnet:

- den Geburtenrückgang und
- die steigende Lebenserwartung und Alterung.

Die Geburtenrate in der Bundesrepublik Deutschland ist gesunken und bewegt sich seit drei Jahrzehnten auf niedrigem Niveau, was zu einer Abnahme der Bevölkerung führt. Dadurch sind die Weichen für einen langfristigen Bevölkerungsrückgang gestellt. Gleichzeitig ist die durchschnittliche Lebenserwartung seit den fünfziger Jahren deutlich angestiegen, so dass der Anteil alter bzw. älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung steigt. Folge ist eine grundsätzliche Alterung der Bevölkerung in Deutschland. „Wir haben es also mit einer Bevölkerungsexplosion der Älteren und einer Bevölkerungsimplosion der Jüngeren zu tun“ (Birg, S. 11).

Bundesweit war 2005 ein leichter Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen. Dieser ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass es 143.000 mehr Sterbefälle als Geburten gab. Trotz des Zuwanderungsüberschusses von 79.000 Personen konnte das Geburtendefizit nicht ausgeglichen werden.<sup>9</sup>

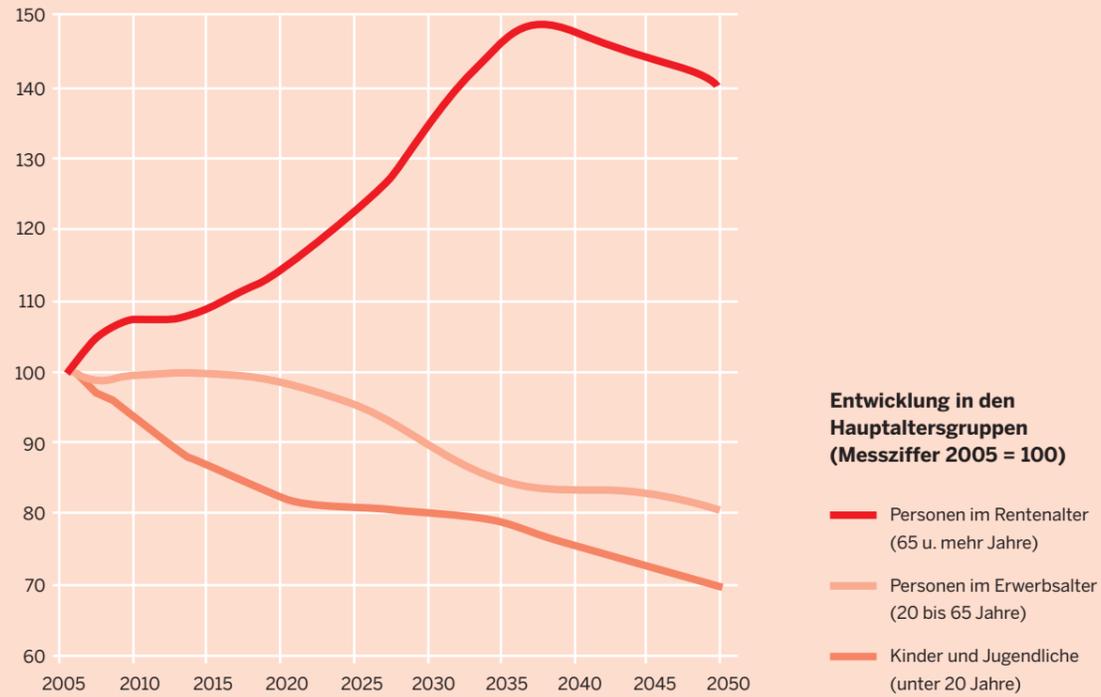
Die Bevölkerungszahl Nordrhein-Westfalens sinkt seit 2004 ebenfalls und ist im ersten Halbjahr 2006 weiter zurückgegangen: Am 30. Juni 2006 hatte das bevölkerungsreichste Bundesland 18.039.847 Einwohnerinnen und Einwohner; das waren 18.258 weniger als Ende 2005. Zwar zogen auch in den ersten sechs Monaten dieses Jahres mehr Menschen nach Nordrhein-Westfalen als das Land verließen, jedoch reichte der „Wanderungsgewinn“ von gut 2.700 Personen nicht aus, um den „Sterbefallüberschuss“ von etwa 21.000 auszugleichen.<sup>10</sup>

<sup>9</sup> Vgl. [www.destatis.de/presse/deutsch/pm2006/p2920021.html](http://www.destatis.de/presse/deutsch/pm2006/p2920021.html) [Zugriff am 5.11.06].

<sup>10</sup> Vgl. [www.lids.nrw.de](http://www.lids.nrw.de) [Zugriff am 5.11.06].

Auch zukünftig ist mit einem weiteren Bevölkerungsrückgang in Nordrhein-Westfalen zu rechnen, wie aus der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung hervor geht.<sup>11</sup>

### Bevölkerungsvorausberechnung für Nordrhein-Westfalen



Quelle: LDS NRW

Trotz des Rückganges der Bevölkerung sowie sinkender Zuwanderungszahlen und der schrittweisen Angleichung der Geburtenzahl bei Zugewanderten an das niedrige Niveau der deutschen Bevölkerung, wird der Anteil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Nordrhein-Westfalen insbesondere aufgrund der günstigen Altersstruktur weiter wachsen.

<sup>11</sup> Vgl. [www.lids.nrw.de/statistik/datenangebot/daten/b/r311prog.html](http://www.lids.nrw.de/statistik/datenangebot/daten/b/r311prog.html) [Zugriff am 5.11.06].

### Altersstruktur der deutschen und nicht-deutschen Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen in 2000



Auf der lokalen Ebene gestaltet sich die demographische Entwicklung sehr unterschiedlich, so dass lediglich einige Trends genannt werden können (vgl. dazu ausführlicher Möltgen, S. 227-248):

- Städte sind im Vergleich zu den eher ländlich geprägten Kreisen in besonderem Maße vom Bevölkerungsrückgang betroffen. Bedenkt man, dass die Familie im städtischen Ballungskern heute die Lebensform einer schrumpfenden Mehrheit ist und die Kinderlosen vor allem in den Städten leben, wird sich dieser Trend fortsetzen.
- Junge Erwerbstätige im Alter zwischen 20 und 40 Jahren werden von attraktiven Regionen angezogen, so dass in den Schrumpfungsgebieten vor allem Ältere zurückbleiben.
- Kernstädte weisen in der Regel die höchsten Anteile Zugewanderter auf. In einigen Stadtteilen liegt der Anteil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bereits heute bei 50 %. Es ist davon auszugehen, dass der Anteil der Zugewanderten in den kreisfreien Städten Nordrhein-Westfalens deutlich steigt.
- Insbesondere die Großstädte sind durch eine zunehmende Segregation gekennzeichnet. Dabei treffen ethnische, soziale und demographische Segregation zusammen: Wo die meisten Zugewanderten leben, leben die meisten Kinder und dort ist die Armut am größten.<sup>12</sup>

<sup>12</sup> Vgl. dazu die Ergebnisse der Sozialberichterstattung ZEFIR: [www.sozialberichterstattung.de](http://www.sozialberichterstattung.de) und [www.ruhr-uni-bochum.de/zefir/](http://www.ruhr-uni-bochum.de/zefir/).

## 2.3 Gesellschaftliche Veränderungen

Die hohe gesellschaftliche und gesellschaftspolitische Aktualität der Integration wird neben den statistischen Analysen an verschiedenen Veränderungen und Trends in der Zivilgesellschaft deutlich.

Die Auseinandersetzung mit den Themen Zuwanderung und Integration steigt. Gleichzeitig ist das „öffentliche“ Bewusstsein im Hinblick auf die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte offenbar differenzierter und kritischer geworden, wie sich beispielsweise an folgenden Entwicklungen zeigt:

- Das Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes zum 1. Januar 2005 hat eine öffentliche Debatte darüber ausgelöst, welchen Herausforderungen sich Deutschland als Einwanderungsland stellen muss. Gleichzeitig werden im Zusammenhang mit der Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes verstärkt Anforderungen an Menschen mit Zuwanderungsgeschichte formuliert.<sup>13</sup>
- Ergebnisse internationaler Vergleichsstudien zum Bildungssystem wie IGLU oder PISA dokumentieren, dass in Deutschland stärker noch als anderswo der sozioökonomische Status der Familie entscheidend für die Bildungschancen der Kinder ist und dass die Bundesrepublik ein Schlusslicht darstellt, wenn es um die Förderung der Kinder mit Zuwanderungsgeschichte geht. In der möglichst frühzeitigen Förderung der Sprachkompetenz und der Verbesserung der Bildungschancen von zugewanderten Kindern und Jugendlichen wird daher ein wesentlicher Erfolgsfaktor für eine gelingende Integration gesehen.
- Dass Deutschland ein Einwanderungsland und Integration notwendig ist, wird von dem Großteil der Zivilgesellschaft nicht mehr in Frage gestellt. Gleichzeitig besteht eine gewisse Skepsis in Bezug auf die bisherigen Ansätze der Integration (vgl. Bade, S. 5).
- Im Zusammenhang mit den Vorfällen an der Rütli-Schule in Berlin-Neukölln, dem Mord an dem niederländischen Filmemacher Theo v. Gogh, aber auch der Gewaltwelle in den französischen Banlieues und den Anschlägen von Madrid und London rückt die Frage der Wirksamkeit der bisherigen Integrationspolitik und deren Bedeutung für die Gesellschaft in das Blickfeld der Öffentlichkeit.
- Es wird zunehmend erkannt, dass es sich bei Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nicht um eine homogene Gruppe handelt und sich die „Zuwanderergesellschaft“ im Hinblick auf Herkunft, Ursachen der Wanderung, Ziele der Wanderung etc. sehr differenziert darstellt. Für die unterschiedlichen Gruppen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bestehen verschiedene Integrationsbedarfe und -politiken, die von verschiedenen Akteuren in Bund, Land und Kommunen verantwortet und erbracht werden müssen. So liegt beispielsweise die Verantwortung für die Erstzuwanderer beim Bund, während die Kommunen eine Aufnahmeverpflichtung für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und Menschen mit jüdischer Zuwanderungsgeschichte haben.

<sup>13</sup> Beispielsweise im Hinblick auf die Sprachkompetenz, die Auseinandersetzung mit dem politischen System der Bundesrepublik Deutschland sowie der hiesigen Kultur und Geschichte oder das Bekenntnis zu unseren freiheitlich-demokratischen Grundwerten; Vgl. z.B. Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2005 oder Positionspapier der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände zum Integrationsgipfel am 14.7.06.

- Integration wird nicht mehr ausschließlich als eine Aufgabe des Staates, sondern als Herausforderung wahrgenommen, die Staat und Gesellschaft gleichermaßen fordert. Wie die Rollenverteilung der einzelnen staatlichen und gesellschaftlichen Akteure im Hinblick auf die verschiedenen Handlungsfelder und „Zuwanderer-Communities“ ausgestaltet werden soll, wird aktuell diskutiert.

Bei aller kritischen und rationalen Auseinandersetzung der Zivilgesellschaft, sind der persönliche Erfahrungshintergrund und die subjektive Betroffenheit wesentlich für die Bewertung der Zuwanderung und der Integration sowie für den Umgang mit Zugewanderten. Diese Faktoren können – unterstützt durch die Berichterstattung in den Medien – dazu führen, dass deutliche Unterschiede zwischen tatsächlichen Entwicklungen und der subjektiven Wahrnehmung entstehen.

In folgender Weise unterscheidet sich die „gefühlte“ von der tatsächlichen Zuwanderung: Während die absolute Zahl an Zugewanderten nach Deutschland in den letzten Jahren deutlich gesunken ist, bleibt die „gefühlte“ Zuwanderung unverändert auf hohem Niveau. Diese Diskrepanz erklärt sich Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble so: „Wir haben mehr eine gefühlte Zuwanderung als eine tatsächliche Zuwanderung. Und das liegt vor allem daran, dass die Kinder oder Enkel der früheren Zuwanderinnen und Zuwanderer, die hier geboren und aufgewachsen sind, zum Teil nicht so integriert sind, wie wir uns das vorgestellt haben“.<sup>14</sup> Offenbar hat die Diskussion um das Zuwanderungsgesetz den Eindruck verstärkt, dass der Anteil der Zugewanderten, die in Deutschland leben, deutlich höher ist als es viele bisher vermutet haben.

Darüber hinaus treten die „Grenzen der Integrationsbereitschaft“ in der Gesellschaft deutlich hervor und zeigen sich in unterschiedlicher Ausprägung und Intensität:

- Der Konflikt- und Gewaltforscher Wilhelm Heitmeyer attestiert unserer Gesellschaft in einer Langzeitbeobachtung zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“<sup>15</sup> zunehmende Desintegrationstendenzen. Die aktuelle Analyse der feindseligen Mentalitäten gegenüber schwachen Gruppen zeigt, dass sowohl die Fremdenfeindlichkeit als auch die Islamfeindlichkeit unübersehbar zugenommen haben, während die erhobenen Werte für Antisemitismus seit 2002 zurückgegangen sind (vgl. Heitmeyer, S. 21 f.).
- Diese Tendenz kann durch die Ergebnisse der aktuellen Shell-Jugendstudie 2006 bestätigt werden. Obwohl die Forscher die Jugendlichen nach wie vor als eine eher tolerante Bevölkerungsgruppe bezeichnen, dominiere bei der Mehrheit der Jugendlichen inzwischen eine ablehnende Haltung hinsichtlich des Zuzugs von Zuwanderinnen und Zuwanderern nach Deutschland.<sup>16</sup>

<sup>14</sup> Vgl. [www.bmi.bund.de/nn\\_662956/Internet/Content/Nachrichten/Reden/2006/05/BM\\_Internationale\\_Koordinaten\\_Zuwanderungs\\_und\\_Integrationspolitik.htm](http://www.bmi.bund.de/nn_662956/Internet/Content/Nachrichten/Reden/2006/05/BM_Internationale_Koordinaten_Zuwanderungs_und_Integrationspolitik.htm) [Zugriff am 25.9.06].

<sup>15</sup> Ziel der Studie, die zwischen 2002 und 2012 durchgeführt wird, ist es, das Ausmaß und die Entwicklung des Syndroms menschenfeindlicher Einstellungen (Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Heterophobie, Islamphobie, Etabliertenvorrechte) in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland im Zeitverlauf zu analysieren und auf der Basis sozialpsychologischer und soziologischer Konzepte zu erklären, vgl. [www.uni-bielefeld.de/ikg/projekt\\_gmf-survey.htm](http://www.uni-bielefeld.de/ikg/projekt_gmf-survey.htm) [Zugriff am 25.9.06].

<sup>16</sup> Vgl. [www.shell.com/home/Framework?siteId=de-de&FC2=/de-de/html/iwgen/leftnavs/zzz\\_lhn12\\_6\\_0.html&FC3=/de-de/html/iwgen/about\\_shell/Jugendstudie/2006/Jugendstudie2006\\_start.html](http://www.shell.com/home/Framework?siteId=de-de&FC2=/de-de/html/iwgen/leftnavs/zzz_lhn12_6_0.html&FC3=/de-de/html/iwgen/about_shell/Jugendstudie/2006/Jugendstudie2006_start.html) [Zugriff am 25.9.06].

- Schließlich machen sowohl die Ergebnisse von Kommunal- und Landtagswahlen in diversen Bundesländern als auch der Anstieg der Zahl rechtsextremer Gewalttaten in Nordrhein-Westfalen im Jahre 2005 um 16 % (vgl. Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2005, S. 25) deutlich, dass Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit nach wie vor eine der größten gesellschaftspolitischen Herausforderungen für die freiheitliche Demokratie darstellen und somit unsere besondere Aufmerksamkeit erfordern.

Dem stehen Tendenzen zur „Normalisierung“ der Einstellung zu Deutschland gegenüber. So zeigte sich beispielsweise im Zusammenhang der Fußball-Weltmeisterschaft ein veränderter Umgang mit politischen Symbolen wie der deutschen Fahne sowohl bei Deutschen als auch bei Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Außenminister Frank-Walter Steinmeier sprach in diesem Zusammenhang von einer „Selbstverwandlung“ der Deutschen und sagte, die Weltmeisterschaft habe Deutschland neues Ansehen eingebracht (vgl. FAZ 10.7.06)<sup>17</sup>. Bundespräsident Horst Köhler äußerte: „Man sieht auch, dass wir uns zu unserer Fahne bekennen, ohne dass wir daraus jetzt eine politische Großaktion eines neuen Nationalismus machen. Die Menschen und das Publikum haben uns gezeigt, was guter Patriotismus ist“ (FAZ 10.7.06).<sup>18</sup>

Gesellschaftliche Veränderungen zeigen sich aber auch bei den Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. So wird zunehmend spürbar, dass sich ein Großteil der Zugewanderten der Herausforderung eines „Lebens zwischen den Kulturen“ stellen muss. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte leben häufig zwischen dem gesamtgesellschaftlich dominierenden Wertesystem der Bundesrepublik Deutschland und dem Wertesystem des Herkunftslandes, das auch dann eine Rolle spielen kann, wenn die Zugewanderten diese nicht mehr oder nur noch rudimentär aus eigener Erfahrung kennen. Als besonders problematisch stellt sich diese Entwicklung dar, wenn sich das Wertesystem der Familie von dem der Aufnahmegesellschaft unterscheidet, was sich beispielsweise in verschiedenen Vorstellungen von der Rolle der Frau zeigen und zu vielfältigen Konflikten nicht nur innerhalb der Familie, sondern auch in der Schule oder am Arbeitsplatz führen kann.

Ferner tritt die Vielfalt und Heterogenität der unterschiedlichen „Zuwanderer-Communities“ immer deutlicher zu Tage. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bilden eine „heterogene Population, die als Deutsche oder Nicht-Deutsche, als lange hier Lebende, vielleicht hier Geborene oder gerade erst Eingewanderte sehr unterschiedliche Voraussetzungen mitbringen, und die auch hinsichtlich ihres (ausländer-)rechtlichen Status nicht vergleichbar sind“ (Stellungnahme der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung, S. 149).

Die Herausbildung verschiedener ethnischer, religiöser oder kultureller Identitäten innerhalb der Gruppe der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und die Segregation einzelner Gruppen von Zugewanderten auf der Stadtebene sind mit zwei möglichen Folgen verbunden:

- Sie kann positiv wirken, indem sie Identität stiftet, zur Bildung von Netzwerken anregt und ein konfliktarmes Zusammenleben innerhalb der jeweiligen Gruppe ermöglicht,

<sup>17/18</sup> Vgl. [www.faz.net/s/Rub47986C2FBFD461B8A2C1EC681AD639D/Doc-EC0360851A27F49F2B8E8DD08716511A8-Atpl-Ecommon-Scontent.html](http://www.faz.net/s/Rub47986C2FBFD461B8A2C1EC681AD639D/Doc-EC0360851A27F49F2B8E8DD08716511A8-Atpl-Ecommon-Scontent.html) [Zugriff am 25.9.06].

- Sie kann zur Abgrenzung nicht nur gegenüber der aufnehmenden Gesellschaft, sondern auch innerhalb der „Zuwanderergesellschaft“ führen und birgt daher die Gefahr des Rückzugs in die eigene (Sub-)Kultur (vgl. dazu auch Strohmeier).

Wesentlich ist daher eine spezifische Ausgestaltung der Integrationsarbeit für verschiedene Zuwanderergruppen, die den jeweiligen kulturellen Unterschieden Rechnung trägt und auf der örtlichen Ebene ansetzt. Dabei gilt es auch, alters- und geschlechtsspezifische Besonderheiten zu berücksichtigen.

Bei aller Heterogenität innerhalb der „Zuwanderergesellschaft“ manifestieren sich in einigen Bereichen Unterschiede zwischen den Zugewanderten und der Aufnahmegesellschaft. Beispielhaft ist der Bereich der politischen Partizipation zu nennen. So liegt die Wahlbeteiligung bei Menschen mit Zuwanderungsgeschichte deutlich unter der der einheimischen Bevölkerung. Aufgrund der Segregation kann dies mittelfristig zur Entwicklung „demokratiefreier Zonen“ in einigen Stadtteilen führen, zumal sich dort vielfach auch nicht wahlberechtigte Zugewanderte konzentrieren (vgl. dazu Storz/Wilmes; Wüst, Andreas, S. 228 ff. sowie die Forschungsergebnisse des Zentrums für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung der Universität Bochum (ZEFIR)).

## 2.4 Notwendigkeit einer geschlechterdifferenzierten Perspektive

Die unterschiedlichen Lebensentwürfe und -wirklichkeiten von einheimischen Frauen und Männern in Deutschland sind äußerst vielfältig. Diese Komplexität wächst mit Blick auf Menschen mit Zuwanderungsgeschichte: „Deutlich stellt sich heraus, dass Migrantinnen und Migranten zum Teil verschiedene soziale, rechtliche und ökonomische Herkunfts- und Aufnahmebedingungen vorfinden bzw. das Geschlechterverhältnis jeweils unterschiedliche Erfahrungen und Konsequenzen strukturiert (Westphal (Internetdokument ohne Seitenangabe))“.

Ein Erfolgsfaktor effektiver Integrationsarbeit, der der Pluralität der Lebensformen von Frauen und Männern mit Zuwanderungsgeschichte Rechnung trägt, ist die zielgruppenorientierte Arbeit (vgl. Kapitel 4.3). Gender Mainstreaming kann in diesem Zusammenhang als Analyseinstrument dienen, integrationsrelevante Produkte und Prozesse auf geschlechtsspezifische Fragen hin zu überprüfen und entsprechend auszurichten.

Die spezifischen Rollen, Interessen, Potenziale und Bedarfe von Mädchen und Jungen, jungen und älteren Frauen und Männern mit Zuwanderungsgeschichte gilt es in allen integrationsrelevanten Handlungsfeldern.

Da die Kategorien Gender/soziales Geschlecht und Ethnizität – ebenso wie alters- oder statusspezifische Aspekte – quer zu den traditionellen Handlungsfeldern verlaufen, handelt es sich im eigentlichen Sinne um zwei Querschnittsaufgaben, die es parallel und gleichermaßen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – hier auch ganz besonders im Verwaltungsbereich – zu implementieren gilt. Die Frage nach geschlechtsspezifischen Wirkungen integrativer (kommunaler) Maßnahmen muss dementsprechend auch in jeder Phase

(Bestandsaufnahme, Monitoring, etc.) Berücksichtigung finden. Dabei ist die geschlechterdifferenzierte Anforderung, Erhebung und Auswertung von Daten grundlegend.

Mit Blick auf die Lebensrealität von Frauen und Männern mit Zuwanderungsgeschichte in Deutschland erweist sich die lange praktizierte Betrachtung von Migration als vornehmlich männliches Phänomen (Stichwort „Gastarbeiter“) als unzureichend. Die Relevanz von Frauen mit Zuwanderungsgeschichte rückt zunehmend in die wissenschaftliche und öffentliche Wahrnehmung.

Obwohl es schon immer Frauen gegeben hat, die selbstständig auswanderten, wurden sie doch hauptsächlich im Kontext der Migration von Männern betrachtet. Knapp die Hälfte der heute in Deutschland lebenden Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind Frauen. Ihre Lebenssituationen stellen sich sehr differenziert dar: Das Spektrum reicht von der gut ausgebildeten Frau mit Beruf und Familie bis hin zur in familiärer Isolation lebenden Frau. Dabei spielt insbesondere der Bildungsgrad bzw. -erfolg eine entscheidende Rolle. Dieser ist laut der Ergebnisse der PISA-Studie bei jungen Zuwanderinnen mehrheitlich deutlich besser als bei jungen Zuwanderern, im Vergleich zu einheimischen Frauen fällt er allerdings niedriger aus.

Mit der Ausweitung der Bildungs- und Partizipationsmöglichkeiten von Frauen mit Zuwanderungsgeschichte steigt ihr Einfluss auf die Familie betreffende Entscheidungen sowie der Kooperationsgrad der Ehepartner deutlich (vgl. Sechster Familienbericht, S. 17). Die Möglichkeiten zur Mitbestimmung sollten dabei allerdings nicht nur im informellen Bereich, sondern auch über die Repräsentation von Frauen mit Zuwanderungsgeschichte in Gremien und die direkte Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen gegeben sein.

Um die integrativen Leistungen und Kompetenzen von Frauen mit Zuwanderungsgeschichte in diesem Sinne zu stärken und ihrer Schlüsselfunktion nicht nur in der Familie gerecht zu werden, konstatierte die Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder im Rahmen ihrer Hauptkonferenz am 18./19. Mai 2006 in Hamburg zahlreiche Handlungsnotwendigkeiten u.a. in Bezug auf:

- frühkindliche Sprachförderung und erweiterte Ganztagsbetreuungsangebote,
- mädchen- und frauenspezifische Integrationsangebote außerhalb schulischer Jugendarbeit,
- niederschwellige Sprachkursangebote für Zuwanderinnen,
- den verbesserten Zugang für zugewanderte Mädchen und Frauen zu Ausbildung und Beruf sowie den Ausbau der Berufsbildungsangebote für Zuwanderinnen,
- die Berücksichtigung spezifischer Potenziale junger Zuwanderinnen wie Mehrsprachigkeit, interkulturelle Sensibilität etc.,
- die interkulturelle Öffnung sozialer Dienste,
- den Dialog mit zugewanderten Familien über Erziehungsziele sowie den umfassenden Einbezug von Frauen mit Zuwanderungsgeschichte in den Dialog über Werte und Grundlagen des Zusammenlebens.

Es existieren bereits zahlreiche gute Ansätze und Projekte auf verschiedenen Ebenen, wie z. B.:

- das Gender-Pilotprojekt des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration Nordrhein Westfalen „Gender Mainstreaming der Sozialen Orientierungskurse in der Landesstelle Unna-Massen für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge“,<sup>19</sup>

- der Einbezug des Leitbildes Gender Mainstreaming in kommunale Integrationskonzepte – exemplarisch: die Städte Gelsenkirchen und Duisburg (hier als Teil des Duisburger KOMM-IN NRW Projektes),
- niederschwellige Sprachkursangebote (z. B. der Stadt Essen als Teil des Essener KOMM-IN NRW Projektes),
- die Neukonzeption der Migrationssozialarbeit, exemplarisch in Siegen<sup>20</sup> (durch das Integrationsministerium als Erprobungsmaßnahme gefördertes Projekt) ,
- Sozialisationshilfen für zugewanderte Mütter von Kleinkindern der kommunalen und der Hauptstelle RAA („Griffbereit“)<sup>21</sup> oder
- kommunale Kultur-Projekte zum Thema „Integration und Gender Mainstreaming“ wie das der Stadt Hagen zur Gestaltung einer Brücke.

Diese unterstreichen die Notwendigkeit einer geschlechterdifferenzierten Perspektive in der kommunalen Integrationsarbeit und stellen deren Effektivität heraus.

## 2.5 Bedeutung der Medien

Die Berichterstattung in den Medien hat eine hohe Bedeutung für die Bildung des gesamtgesellschaftlichen Bewusstseins und prägt die Einstellungen der Aufnahmegesellschaft und der Zugewanderten gleichermaßen. Medien können einerseits einen entscheidenden Beitrag zu einer gelingenden Integration leisten, andererseits können Medien aber auch Vorurteilsstrukturen verstärken.

Wodurch ist die heutige Medienlandschaft gekennzeichnet, welche aktuellen Entwicklungen sind erkennbar? Insgesamt steigt sowohl der Medienkonsum als auch die Vielfalt der medialen Angebote in der heutigen „Mediengesellschaft“. Das Internet hat sich im Alltag durchgesetzt, gleichzeitig ist eine verstärkte Nutzung der elektronischen Medien Radio und Fernsehen zu verzeichnen. Auch das Lesen von Zeitungen, Büchern und Zeitschriften hat zugenommen, während die Tageszeitung in Deutschland an Nutzungszeit abgeben musste (vgl. ARD/ZDF-Langzeitstudie zur Mediennutzung und -bewertung).

Gleichzeitig zeichnet sich in den letzten Jahren ein Prozess der Internationalisierung der Medienangebote ab. Noch in den achtziger Jahren waren ausländische Medien bzw. Angebote in ausländischer Sprache in Deutschland nur vereinzelt verfügbar. Eine zentrale Funktion hatte in diesem Zusammenhang das Radioprogramm „Funkhaus Europa“, das als integratives Angebot für Hörerinnen und Hörer ausländischer Herkunft und interessierte Deutsche in Nordrhein-Westfalen gestartet wurde und sowohl deutschsprachige als auch muttersprachliche Sendungen anbietet. In der Zwischenzeit hat sich ein breites Angebot an ausländischen, insbesondere türkischsprachigen, Fernsehsendern und in Deutschland erhältlichen nicht-deutschen Printmedien

<sup>19</sup> Vgl. [www.lum.nrw.de/PDF/Publikationen/Gender\\_Mainstreaming.pdf](http://www.lum.nrw.de/PDF/Publikationen/Gender_Mainstreaming.pdf).

<sup>20</sup> Vgl. [www.callnrw.de/broschuerenservice/download/1399/Wir-Frauen\\_in-nrw-240206.pdf](http://www.callnrw.de/broschuerenservice/download/1399/Wir-Frauen_in-nrw-240206.pdf).

<sup>21</sup> Vgl. [www.raa.de/download/Griffbereit\\_neu.pdf](http://www.raa.de/download/Griffbereit_neu.pdf).

etabliert. Beispielhaft sind der Kölner Sender Dügün („Hochzeit“) TV oder der Duisburger Kanal Avrupa (Europa) zu nennen. Die türkische Tageszeitung Hürriyet liefert ihren Lesern freitags eine deutschsprachige Beilage. Schließlich bietet das Internet die Möglichkeit, sich in der Muttersprache zu informieren, sich mit Landsleuten auszutauschen oder auf die Netzangebote vertrauter Medien des Herkunftslandes zurückzugreifen. Medien können insofern eine „Brücke zu Herkunftsländern“ sein.

Das Mediennutzungsverhalten von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ist bislang wenig untersucht. Die wenigen repräsentativen Untersuchungen befassen sich größtenteils mit türkischen Zugewanderten, während empirische Untersuchungen über die kleineren Zuwandergruppen und die große Zahl der Einwanderinnen und Einwanderer aus der ehemaligen UdSSR fehlen.

Eine WDR-Studie zum Mediennutzungsverhalten von Zugewanderten in Nordrhein-Westfalen kommt zu folgenden zentralen Ergebnissen:

- Die Mehrzahl der Zugewanderten nutzt deutschsprachige Fernsehangebote: fast 70 % der Befragten sehen täglich oder fast täglich deutschsprachige Fernsehangebote.
- Das Radio wird von 41 % genutzt, Tageszeitungen von 25 % und das Internet von 8 % der Befragten.
- Muttersprachliche Medien werden dagegen weniger häufig genutzt: An erster Stelle steht muttersprachiges Fernsehen mit 33 % täglicher oder fast täglicher Nutzung, dann folgt die Tageszeitung (12 %) und das Radio (10 %) sowie das Internet (2 %).
- Die Nutzung des WDR-Angebotes Funkhaus Europa ist angesichts des wachsenden Fernsehangebotes aus den Heimatländern zurückgegangen.<sup>22</sup>

Die Ergebnisse der Studie werden durch eine aktuelle Untersuchung zu jungen Menschen türkischer Herkunft bestätigt: Danach ist bei den 14- bis 49-Jährigen ein Rückzug in ein Medienghetto nicht festzustellen. Gerade die jüngere Gruppe nutzt gleichberechtigt deutsche und türkische Programme.<sup>23</sup>

Neben muttersprachlichen Angeboten können deutschsprachige Angebote Integrationsprozesse unterstützen, indem sie z. B. Herkunftsländer von Zuwanderergruppen und dortige Ereignisse zum Thema machen. „Als Träger von Informationen liefern sie Wissen über die deutsche Gesellschaft ebenso wie sie zur Vermittlung deutscher Kultur und Gepflogenheiten beitragen können. [...] Die verschiedenen Medienangebote können zudem das Erlernen der deutschen Sprache unterstützen“ (Eggert, S. 289 ff.).

Insgesamt bieten Medien vielfältige Ansatzpunkte, um die Integration von

Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu unterstützen. Dabei kommt den lokalen Medien eine besondere Bedeutung zu. Medien sollten daher von den Kommunen als „Plattform zur Integration“ offensiv genutzt werden. Einige Kommunalverwaltungen haben die hohe Bedeutung der Medien bereits erkannt und die „Öffentlichkeitsarbeit“ als ein Handlungsfeld der Integrationsarbeit definiert.<sup>24</sup>

## 2.6 Veränderungen im politisch-administrativen System

Die hohe und aktuelle Bedeutung des Politikfeldes Integration zeigt sich auf allen politischen Ebenen und hat sowohl inhaltliche als auch strukturelle und funktionale Veränderungen zur Folge.

Nordrhein-Westfalen hat als erstes Bundesland ein „Integrationsministerium“ eingerichtet. Damit wird das Politikfeld Integration sichtbar und dauerhaft innerhalb der Landesregierung verankert und die zentrale Bedeutung dieser Querschnittsaufgabe für die Landesregierung hervorgehoben. Mit dem Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen hat die Landesregierung „eine Organisationsform geschaffen, in der die verschiedenen Stränge der Integrationspolitik gebündelt und koordiniert werden. [...] Damit nimmt Nordrhein-Westfalen bundesweit eine Vorreiterrolle ein“ (Aktionsplan Integration, S. 15). Integrationsminister Armin Laschet betont den Querschnittscharakter der Integrationspolitik. „Integrationspolitik ist eine klassische Querschnittsaufgabe. Alle politischen Felder spielen dabei eine Rolle. Das reicht von der Innen-, über die Sozial-, Arbeits- und Gesundheitspolitik bis hin zu Städtebaupolitik“, so Laschet (Information der Landesregierung – 97/1/2006).

Um die Steuerung der Integrationspolitik über alle Ressorts zu gewährleisten und in ein integrationspolitisches Gesamtkonzept einzubringen, ist eine Interministerielle Arbeitsgruppe Integration (IMAG Integration) eingerichtet worden, in der regelmäßig alle Ressorts ihre Beiträge zur Integration der Zugewanderten abstimmen. Ziel ist es, Nordrhein-Westfalen zu einem Land der neuen Integrationschancen zu machen (vgl. Aktionsplan Integration, S. 4). Durch die IMAG Integration ist eine ständige Unterarbeitsgruppe „Dialog mit dem Islam“ eingerichtet worden, der ebenfalls Vertreterinnen und Vertreter aller Ministerien angehören. Ziel ist es, den Dialog mit den im Land lebenden Muslimen zu verstetigen und diese auf dem Weg zu einer einheitlichen und repräsentativen Vertretung zu unterstützen. Gleichzeitig hat die Unterarbeitsgruppe Grundentscheidungen und Leitlinien entwickelt, wie ein bekenntnisorientierter islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache, unter deutscher Schulaufsicht und mit in Deutschland ausgebildeten Religionslehrerinnen und -lehrern – zunächst als Schulversuch – eingerichtet werden kann.

<sup>22</sup> In der Studie wurden in persönlichen Interviews jeweils 500 Griechen, Italiener, Türken und – als eine Gruppe – Serben, Montenegriner und Bosnier und Kroaten zu ihrer Mediennutzung befragt. Vgl. „WDR: Plädoyer für Radio-Sendungen in Fremdsprachen“. [www.media.nrw.de/kurznachrichten/artikel.php?id=3041](http://www.media.nrw.de/kurznachrichten/artikel.php?id=3041) [Zugriff am 29.10.06].

<sup>23</sup> Vgl. [www.wdr.de/themen/politik/nrw02/integration/medienkonferenz/studie/index.jhtml](http://www.wdr.de/themen/politik/nrw02/integration/medienkonferenz/studie/index.jhtml).

<sup>24</sup> So zum Beispiel die Stadt Stuttgart, vgl. Landeshauptstadt Stuttgart: Stuttgarter Bündnis für Integration, S. 16. Auch die Stadtverwaltung Aachen befasst sich derzeit verstärkt mit diesem Themenfeld.

Vor diesem Hintergrund hat das Landeskabinett am 27. Juni 2006 einen „Aktionsplan Integration“ beschlossen, mit dem sich Nordrhein-Westfalen als Land der Integrationschancen positioniert. Der Aktionsplan knüpft an die von allen Fraktionen des Landtags im Jahre 2001 beschlossene „Integrationsoffensive“ an und unterstreicht die Zielsetzung und inhaltliche Ausrichtung der Landesregierung unter Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, Chancen für Zuwanderinnen und Zuwanderer zu mehren und Risiken im Integrationsprozess zu mindern. Dazu zählen u. a. (Information der Landesregierung – 97/1/2006):

- die verbindliche Sprachförderung vor der Einschulung für alle Kinder,
- die Einrichtung von Familienzentren als Anlaufstelle vor allem auch für Bildung, Beratung und Betreuung für Zuwandererfamilien,
- die Ausweitung des Ganztagsangebotes an Schulen und der Abschluss von Bildungsvereinbarungen mit den geförderten Migrantenselbstorganisationen, um die Bildungs- und Zukunftschancen von Zuwandererkindern deutlich zu verbessern und Zugangsbarrieren zum Ausbildungsmarkt abzubauen,
- die Einstellung von Lehrkräften mit Zuwanderungsgeschichte,
- eine Informationskampagne zur Einbürgerung,
- die qualitative Weiterentwicklung der Integrationskurse und eine stärkere Inanspruchnahme durch Zugewanderte,
- die Aufwertung von Stadtteilen in städtischen Problemgebieten mit einem überdurchschnittlichen Anteil Zugewanderter durch das Handlungsprogramm „Soziale Stadt NRW“,
- die Entwicklung von Handlungskonzepten zum Schutz der von einer Zwangsverheiratung betroffenen Frauen.

Der Aktionsplan betont zudem die entscheidende Bedeutung der Kommunen bei der Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Daher hat das Integrationsministerium im Jahr 2005 das Förderprogramm „KOMM-IN NRW – Kommunale Innovationen in der Integrationsarbeit“ initiiert, mit dem die Landesregierung die Kommunen bei dieser Aufgabe im Sinne einer strategischen Partnerschaft unterstützt.<sup>25</sup> Ergänzend werden konkrete organisatorische Maßnahmen zur Neuausrichtung der Integrationspolitik auf lokaler Ebene vorgeschlagen, wie z. B. die Weiterentwicklung der Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) zu einem Netzwerk „Bildung und Integration“ oder die Neuausrichtung der Migrationsfachdienste zu Integrationsagenturen. Die künftigen Integrationsagenturen, die die Landesregierung gemeinsam mit den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege auf den Weg gebracht hat, werden einen aktiven und aktivierenden Charakter haben, stärker auf die Zugewanderten zugehen und dezentral dort tätig werden, wo Probleme im Zusammenleben und Hindernisse für die Integration existieren.<sup>26</sup>

Die Beteiligung und der kontinuierliche Austausch mit den Zugewanderten sind durch einen Integrationsbeirat sichergestellt, den Minister Armin Laschet im September 2006 berufen hat. Im Integrationsbeirat sind Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ebenso vertreten wie Einheimische. Ziel des Beirates ist es, „einen breiten gesellschaftlichen Konsens in der Integrationspolitik herbeizuführen und unter Beteiligung der Zugewanderten neue und weiterführende Vorschläge für die Politik zu entwickeln“ (zitiert nach Pressemitteilung vom 25.9.06).<sup>27</sup>

<sup>25</sup> Vgl. [www.integration.nrw.de](http://www.integration.nrw.de).

<sup>26</sup> MGFFI: Aktueller Stand der Neuausrichtung der Migrationsfachdienste zu Integrationsagenturen, Düsseldorf 2007.

<sup>27</sup> [www.mgffi.nrw.de/presse/pressemitteilungen/pm2006/pm060925a.html](http://www.mgffi.nrw.de/presse/pressemitteilungen/pm2006/pm060925a.html).

Auch der Integrationsbeauftragte der Landesregierung hat – neben seiner beratenden Funktion für die Landesregierung – die Aufgabe, den Dialog mit den gesellschaftlichen Gruppen und vor allem mit den Organisationen der Zugewanderten vor Ort zu pflegen. Er ist zugleich Vorsitzender des Landesbeirates für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler.

Am 1. Januar 2005 ist das „Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthaltes und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern“ (Zuwanderungsgesetz) in Kraft getreten. Damit werden erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Zuwanderung und Integration in einem Gesetz geregelt und der langjährige Streit, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist oder nicht, aus Sicht des Gesetzgebers beendet (vgl. Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration, S. 2). Das neue Gesetz stellt den Rahmen für eine Neuausrichtung der Integrationsförderung auf Bundesebene dar, indem es neben der Steuerung der Zuwanderung auch einen Einstieg in eine systematische Integrationspolitik ermöglicht. Zudem sieht es ein staatliches Grundangebot von „Eingliederungshilfen“, wie z. B. Integrationskurse, vor, die auf der lokalen Ebene umgesetzt werden müssen. Die erste Evaluierung des Zuwanderungsgesetzes zeigt, dass die mit dem Zuwanderungsgesetz verfolgten Ziele, soweit es gesetzgeberisch möglich ist, erreicht wurden und nur punktuell Optimierungsbedarf besteht (vgl. Bundesministerium des Innern, S. 3). Allerdings könne bereits eineinhalb Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes ein erster Änderungsbedarf bei den Vorschriften hinsichtlich der sprachlichen Integration von Zugewanderten festgestellt werden, der noch abschließend bewertet werden müsse (vgl. Bundesministerium des Innern, S. 6).

Die Aktualität des ehemaligen „Randthemas“ Integration zeigt sich darüber hinaus an zwei Ereignissen, die sowohl inhaltlich als auch im Hinblick auf den Prozess der Politikformulierung eine Umorientierung in der Bundespolitik markieren:

- der Integrationsgipfel vom 14. Juli 2006 und
- die Deutsche Islamkonferenz vom 27. September 2006.

Der Integrationsgipfel, zu dem Bundeskanzlerin Angela Merkel Vertreter unterschiedlichster Gruppierungen aus Politik und Gesellschaft – wie z. B. türkische und spanische Elternverbände, Islamwissenschaftler, Sportverbände, Russlanddeutsche, Imame, Polizei, kommunale Spitzenverbände, Caritas, Bundestagesfraktionen, Schauspieler mit Zuwanderungsgeschichte u. v. m. – eingeladen hatte, stellt den Auftakt zur Erarbeitung eines integrationspolitischen Gesamtkonzeptes dar. Innerhalb eines Jahres soll auf Basis der Ergebnisse des Integrationsgipfels in sechs verschiedenen Arbeitsgruppen ein nationaler Aktionsplan zur Integration erarbeitet werden. Beteiligt an dem Prozess sind alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen. Der Gipfel markiert insofern eine Neuorientierung, als erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nicht nur über die Ausländerinnen und Ausländer und Neubürgerinnen und Neubürger im Land, sondern mit ihnen gesprochen wurde (vgl. Prantl, S. 4).

Auch auf der Deutschen Islamkonferenz, die am 27. September 2006 eröffnet wurde, stand der offene Dialog zwischen Vertreterinnen und Vertretern des Staates sowie organisierten und nicht-organisierten Muslimen im Mittelpunkt. Auf Einladung von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble wurde ein mehrjähriger Diskussionsprozess eingeleitet, an dessen Ende eine Übereinkunft zwischen der deutschen Aufnahmegesellschaft und der muslimischen Bevölkerung Deutschlands stehen soll, in der sich beide Seiten zur Einhaltung

gesellschafts- und religionspolitischer Grundsätze verpflichten. „Hierbei steht insbesondere die verbindliche Beachtung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Vordergrund. Jeder, der in Deutschland lebt, muss unsere Verfassungs- und Rechtsordnung akzeptieren und respektieren“, sagte der Bundesinnenminister.<sup>28</sup>

Unterstützt wird die inhaltliche Neuausrichtung der Integrationspolitik unter der neuen Bundesregierung durch strukturelle Veränderungen, die auch von Bedeutung für die Ausgestaltung der Integrationspolitik auf lokaler Ebene sind:

- Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration und Flüchtlinge wurde beim Bundeskanzleramt angesiedelt und agiert im Range einer Staatsministerin.
- Aussiedlerbezogene Maßnahmen werden durch den Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten koordiniert. Er fungiert zugleich als zentraler Ansprechpartner auf Bundesebene im Bundesministerium des Innern.
- Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) agiert als Kompetenzzentrum für Integration und soll eine Verzahnung der unterschiedlichen Kompetenzbereiche und Förderstrukturen verschiedener Akteure auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sowie von privaten Trägern und Migrantenselbstorganisationen realisieren.
- Zudem unterstützen Regionalkoordinatoren des BAMF in drei regionalen Außenstellen in Nordrhein-Westfalen die Umsetzung der Integrationskurse auf lokaler Ebene durch koordinierende und qualitätssichernde Maßnahmen.

Außerdem fördert die Bundesregierung die Integrationsarbeit durch Förderprogramme, die auf Landesebene oder lokaler Ebene umgesetzt werden. Die Europäische Union leistet schon heute einen wesentlichen Beitrag zur Ausgestaltung der Migrationspolitik, wenn auch von einer gemeinsamen Integrationspolitik auf europäischer Ebene noch nicht die Rede sein kann. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble betont die Notwendigkeit der Ausgestaltung der Migrationspolitik auf europäischer Ebene. Die weltweiten Wanderungsbewegungen dürften nicht isoliert, nur aus nationaler Perspektive betrachtet werden, Deutschland benötige eine weite, internationale „Perspektive, die sowohl die verschiedenen Gründe für die Wanderungsbewegungen berücksichtige, als auch die Einreise und Zuwanderungspolitik, die Integrations- und Rückkehrpolitik“.<sup>29</sup>

Die Grundlagen für eine Migrationspolitik auf europäischer Ebene werden derzeit geschaffen. So hat der Europäische Rat im vergangenen Jahr ein Konzept für eine ganzheitliche Integrationspolitik entwickelt. Das Konzept beinhaltet u. a. einen konkreten Aktionsplan, der von der Europäischen Union und den einzelnen Mitgliedsstaaten Zug und Zug umgesetzt werden soll.<sup>30</sup>

Erste Schritte für die konkrete Umsetzung sind durch die Integrationsagenda der Europäischen Kommission eingeleitet.<sup>31</sup> Die Integrationsagenda enthält konkrete Vorschläge für eine Politik auf nationaler und auf europäischer Ebene

<sup>28</sup> [www.bmi.bund.de/nn\\_122688/Internet/Navigation/DE/Themen/Deutsche\\_Islam\\_Konferenz/deutschislamKonferenz\\_node.html](http://www.bmi.bund.de/nn_122688/Internet/Navigation/DE/Themen/Deutsche_Islam_Konferenz/deutschislamKonferenz_node.html) [Zugriff am 11.1.07].

<sup>29</sup> [www.bmi.bund.de/Internet/Content/Nachrichten/Reden/2003/03/Schaeuble\\_Global\\_Commission\\_on\\_International\\_Migration.html](http://www.bmi.bund.de/Internet/Content/Nachrichten/Reden/2003/03/Schaeuble_Global_Commission_on_International_Migration.html) [Zugriff am 25.9.06].

<sup>30</sup> Vgl. ebd.

<sup>31</sup> Vgl. [http://eurex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005\\_0389de01.doc#\\_Toc109443204](http://eurex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005_0389de01.doc#_Toc109443204) [Zugriff am 5.11.06].

mit Schwerpunkten in den Bereichen der sozialen und kulturellen Integration, der Beschäftigung, Bildung und Sprachkompetenz. Mit der Integrationsagenda „werden die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union darin bestärkt, eine intensive Integrationspolitik zu verfolgen“,<sup>32</sup> so der nordrhein-westfälische Integrationsminister Armin Laschet. Die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen könnten die eingeleiteten und bereits vorhandenen integrationspolitischen Maßnahmen der Mitgliedsstaaten und in Deutschland der Bundesländer sinnvoll ergänzen.

Die Kommunen der einzelnen Mitgliedsstaaten erfahren bereits heute Unterstützung durch die Europäische Union:

- Durch konkrete Maßnahmen des Erfahrungsaustausches und des „voneinander Lernens“, z. B. in Form von Handbüchern oder Seminaren. Beispielhaft ist das „Handbuch zur Integration für Entscheidungsträger und Praktiker“ zu nennen (Europäische Kommission<sup>33</sup>).
- Durch die Förderung binationaler Projekte im Bereich der Integration, wie z. B. das Projekt „Sozialer Zusammenhalt und Integration in komplexen Stadtgesellschaften in Duisburg (Nordrhein-Westfalen) und Arnheim (Niederlande) in Kooperation mit den Städten Köln (Nordrhein-Westfalen) und Rotterdam (Niederlande) oder das Projekt „Zuwanderer integrieren!“, das in gemeinsamer Projektarbeit der Stadt Münster (Nordrhein-Westfalen) und der Gemeinde Enschede (Niederlande) durchgeführt wird. Die Projekte werden durch die EU im Rahmen des Interreg-Programms und die Landesregierung Nordrhein-Westfalen unterstützt.
- Durch die Förderung von Qualifizierungsprogrammen, z. B. im Bereich der interkulturellen Kompetenz, wie im Falle des aus dem europäischen Sozialfonds finanzierten Projektes EQUAL.

Den Kommunen kommt bei der Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte eine Schlüsselrolle zu; die lokale Ebene ist die Ebene, auf der Integration stattfindet. „Es werden auch in Zukunft die Kommunen sein, die einen Großteil der Integrationsleistungen erbringen müssen. Die konkreten Begegnungen von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund finden in den Kommunen statt. Hier werden Integrationserfolge, aber auch Misserfolge unmittelbar sichtbar. Eine erfolgreiche Integration ist für die Kommunen aus diesem Grunde von zentralem Interesse und stellt eine große Herausforderung dar“ (Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände, S. 1), so die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände.

Bereits in der ersten Auflage des Handbuchs „Integrationsarbeit – effektiv organisiert“ wurde die zentrale Bedeutung der lokalen Ebene für die Integrationspolitik betont und zahlreiche innovative Ansätze und „Good-Practice-Beispiele“ örtlicher Organisationslösungen dargestellt.

Die KGSt hat diese Ansätze aufgegriffen, weiterentwickelt und politische Gestaltungsansätze und Erfolgsfaktoren für ein kommunales Integrations-

<sup>32</sup> [www.europa.nrw.de/index.php?mapid=435](http://www.europa.nrw.de/index.php?mapid=435) [Zugriff am 2.10.06].

<sup>33</sup> Vgl. <http://europa.eu.int/germany/pdf/integrationshandbuch.pdf> [Zugriff am 28.9.06].

management formuliert (vgl. KGSt-Bericht 7/2005). Auch der Wettbewerb des Bundesinnenministeriums und der Bertelsmann-Stiftung macht deutlich, dass erfolgreiche Integration kein Zufall ist. Auf Basis zahlreicher praktischer Beispiele zu unterschiedlichen Facetten der Integration wurde eine Standortbestimmung durchgeführt und zehn Faktoren für eine erfolgreiche Integrationspolitik auf lokaler Ebene abgeleitet (vgl. Bertelsmann-Stiftung/Bundesministerium des Innern, S. 14 f.).

Das starke Interesse nordrhein-westfälischer Kommunen am Politikfeld Integration wird im Rahmen des Förderprogramms „KOMM-IN NRW“ deutlich. Die hohe Anzahl von Projektanträgen und die Ergebnisse der Evaluation zeigen, dass in einer Vielzahl von Kommunen innovative Ansätze erprobt werden und die Weichen für eine nachhaltige Integrationspolitik gestellt sind. Die Dynamik und Innovationsbereitschaft der Kommunen in Nordrhein-Westfalen zeigte sich auch auf dem 1. Integrationskongress des Landes im November 2006, der unter dem Titel „Integration gelingt vor Ort“ stand und auf eine enorme Resonanz in der „kommunalen Familie“ stieß.

Insgesamt zeigt sich, dass alle Kommunen, die ein erfolgreiches Integrationsmanagement betreiben bzw. Erfolge in der Integrationspolitik haben:

- über ein strategisches Gesamtkonzept für die Integrationspolitik verfügen,
- Integration als Querschnittsaufgabe innerhalb der Verwaltung verankert haben und
- Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung durchgeführt haben.

Zudem haben die meisten Kommunen einen Perspektivwechsel vollzogen: Sie begreifen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte als Gewinn und als Chance für das Gemeinwesen (vgl. KGSt-Bericht 7/2005, S. 24 ff. und Bertelsmann-Stiftung/Bundesministerium des Innern, S. 6 f.). Nachholbedarfe bestehen dagegen nach wie vor im Bereich der Vernetzung vor Ort und des interkulturellen Engagements der Zivilgesellschaft (vgl. Bertelsmann-Stiftung/Bundesministerium des Innern, S. 8).

### 3. Verständnis von Integration

#### 3.1 Integration als partizipativer und mehrdimensionaler Prozess

Während noch in den neunziger Jahren Unklarheit darüber bestand, was mit dem Begriff der Integration gemeint ist und was unter diesem zu verstehen sei, hat sich mittlerweile ein gesellschaftliches Verständnis dahin gehend entwickelt, dass Integration nicht Assimilation ist, kein einseitiger Anpassungsprozess von Zugewanderten, sondern ein interaktiver und partizipativer Prozess zwischen Zugewanderten und Aufnahmegesellschaft, der sowohl eine Integrationsleistung der Zugewanderten als auch eine Veränderung der Mehrheitsgesellschaft beinhaltet (vgl. Handbuch „Integrationsarbeit – effektiv organisiert“, S. 21):



Außer Frage steht zudem, dass Integration auf mehreren Ebenen ansetzen muss und verschiedene Dimensionen umfasst. Die KGSt definiert fünf Dimensionen der Integration:

- wirtschaftliche,
- soziale,
- rechtliche,
- kulturelle und
- politische Integration (vgl. KGSt-Bericht 7/2005, S. 13).

Nach diesem Verständnis kann Integration nicht allein als Aufgabe der Politik verstanden werden. Vielmehr ist „Integration ein gesellschaftlicher Prozess und darf nicht mit Integrationspolitik im Sinne rechtlicher Rahmung und politischer Prozessbegleitung gleichgesetzt werden. [...] Integrationspolitik hat also die Aufgabe, für diesen sich mehr oder minder eigendynamisch entfaltenden gesellschaftlichen Prozess Rahmenbedingungen zu sichern“ (Bade/Oltmer, S. 13).

„Integration verfolgt das Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen am gesellschaftlichen Geschehen in all seinen Facetten“ (KGSt-Bericht 7/2005, S. 13). Voraussetzung einer gleichberechtigten Teilhabe der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ist ein offener Dialog und ein partnerschaftlicher Umgang zwischen Zugewanderten und aufnehmender Gesellschaft.

Bereits in der ersten Auflage des Handbuches „Integrationsarbeit – effektiv organisiert“ wurde als Anforderung an den Integrationsprozess definiert, Zugewanderte als Subjekte zu betrachten und als gleichberechtigte Partnerinnen und Partner zu akzeptieren (vgl. Handbuch „Integrationsarbeit – effektiv organisiert“, S. 24). Auch in der aktuellen Debatte wird die „Integration auf Augenhöhe“ als wesentlicher Erfolgsfaktor einer gelingenden Integration betont (vgl. z. B. Friedrich-Ebert-Stiftung).

Um Zugewanderte am gesellschaftlichen Geschehen teilhaben zu lassen, müssen Partizipationsmöglichkeiten und -plattformen geschaffen werden. Dabei kommt der lokalen Ebene eine entscheidende Bedeutung zu. „Demokratische Teilhabe in der Kommune, bürgerschaftliches Engagement und die Übernahme zivilgesellschaftlicher Verantwortung müssen als Chancen der Mitgestaltung für Einwanderer gefördert werden“ (Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 8).

## 3.2 Integration als Potenzial

Der wissenschaftliche, politische und gesellschaftliche Diskurs konzentrierte sich bis vor wenigen Jahren auf die Probleme, Defizite und Kosten im Zusammenhang mit der Integration. Auch im Hinblick auf die Zuwanderung wurden vorrangig Gefahren thematisiert.

Derzeit deutet sich ein Paradigmenwechsel hin zu „Integration als Chance“ an, indem verstärkt die Potenziale von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte hervorgehoben und auf die Chancen der Migration und Integration verwiesen wird.

So erklärt Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble Zuwanderung als Bereicherung und Gewinn. Daher müsse es Ziel sein, „den Vorteil und Nutzen von Zuwanderung und Integration für jeden Einzelnen – egal ob einheimisch oder zugewandert – verständlich und für die gesamte Gesellschaft sichtbar zu machen“.<sup>34</sup>

Auch die nordrhein-westfälische Landesregierung betont die Chancen und die Notwendigkeit gelingender Integration. Angesichts des demographischen Wandels und einer älter werdenden Bevölkerung müssen alle Potenziale der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Nordrhein-Westfalen verstärkt genutzt werden, so Integrationsminister Armin Laschet.<sup>35</sup>

Zuwanderung trage dazu bei, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu steigern und könne somit einen Beitrag zur ökonomischen Zukunftssicherung Nordrhein-Westfalens leisten. Da Zuwanderung umgekehrt kein geeignetes Mittel sei, den demographischen Wandel und seine Folgen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt abzufedern, sei die nachholende Integration der bereits hier lebenden Zuwanderinnen und Zuwanderer eine Chance, auf die wir jetzt bauen müssten (vgl. Rede des Ministers Armin Laschet am 13. März 2006).

Eine aktuelle Studie des Instituts zur Zukunft der Arbeit weist positive ökonomische Effekte nach, die mit der Zuwanderung verbunden sind. Die Studie analysiert anhand von Daten des sozio-ökonomischen Panels den Saldo aus Transferbezügen, Steuer- und Beitragszahlungen der in Deutschland lebenden Zugewanderten mit ausländischer Staatsangehörigkeit für 2004 und kommt zu dem Ergebnis, dass jeder in Deutschland lebende Ausländer mehr in die Sozial- und Staatskassen eingezahlt als er aus ihnen erhalten hat (vgl. IZA COMPACT, S. 4).

Den Perspektivwechsel vom einst sehr verbreiteten defizitorientierten zu einem potenzialorientierten Ansatz bestätigt auch die KGSt. Sie bezeichnet eine erfolgreiche Integrationspolitik als Bereicherung für die Kommunen, weil

- eine mehrsprachige Bevölkerung die Chancen eines Standortes im Zeitalter der Europäisierung und Globalisierung stärke,
- die kulturelle Vielfalt neue Möglichkeiten zur Entwicklung einer weltstädtischen Kultur biete,
- Familienverbände, nachbarschaftliche Selbsthilfe und Netzwerke von Einwohnerinnen und Einwohnern die sozialen Strukturen einer Kommune, auch und gerade in Zeiten schneller Veränderungen sozialer Normen stabilisiere und
- das ökonomische Engagement von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte (Existenzgründungen, Erwerb von Wohnungseigentum, Entwicklung einer Migrantenökonomie) die lokale Wirtschaft stärke (vgl. KGSt-Bericht 7/2005, S. 26).

<sup>34</sup> [www.bmi.bund.de/Internet/Content/Nachrichten/Reden/2003/03/Schaeuble\\_Global\\_Commission\\_on\\_International\\_Migration.html](http://www.bmi.bund.de/Internet/Content/Nachrichten/Reden/2003/03/Schaeuble_Global_Commission_on_International_Migration.html) [Zugriff am 25.9.06].

<sup>35</sup> Vgl. [www.mgffi.nrw.de/presse/pressemitteilungen/pm2005/pm051219a.html](http://www.mgffi.nrw.de/presse/pressemitteilungen/pm2005/pm051219a.html), [www.mgffi.nrw.de/presse/pressemitteilungen/pm2005/pm051219a.html](http://www.mgffi.nrw.de/presse/pressemitteilungen/pm2005/pm051219a.html) [Zugriff am 8.11.06].

### 3.3 Nachholende und nachhaltige Integration

Das skizzierte Verständnis von Integration als Prozess und die Weiterentwicklung vom Defizit- zum Potenzialansatz zeigen, dass – trotz vieler positiver Ansätze der Integration und der Integrationspolitik – Nachholbedarfe bestehen, will man zu einer nachhaltigen Integration von Zugewanderten kommen.

Auch die Möglichkeit, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte statistisch zu erfassen und damit zu quantifizieren, lässt Rückschlüsse auf nachholende Integrationsbedarfe in unserer Gesellschaft zu, die vorher so nicht erkennbar waren.

Schließlich wird durch das Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes, mit dem sich die Bundesrepublik Deutschland erstmals „offiziell“ als Einwanderungsland definiert und mit dem neue Anforderungen an die Aufgabenwahrnehmung auch auf lokaler Ebene verbunden sind, deutlich, dass eine „nachholende Integration“ notwendig ist.

In der aktuellen praxisorientierten Debatte auf lokaler Ebene, die wesentlich durch das neue Zuwanderungsgesetz geprägt ist, wird der Begriff der nachholenden Integration in der Regel auf die Adressatengruppe der so genannten „Bestandsausländer“ bezogen, während Integration gleichermaßen für Neuzugewanderte und „Bestandsausländer“ verwandt wird.

Dagegen wird nachholende Integration und nachholende Integrationspolitik im wissenschaftlichen Diskurs weiter gefasst und sowohl auf Menschen als auch auf Institutionen bezogen:

- Zentrale Adressatengruppe nachholender Integration ist nicht die Gruppe der Neuzugewanderten, sondern die Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte insgesamt, deren Angehörige schon lange, zum Teil schon in der zweiten oder dritten Generation in Deutschland leben. Nachholende Integrationspolitik zielt somit auf diese Gruppe in der Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte insgesamt (vgl. Bade, S. 5 f.).
- Auch die Personen der Aufnahmegesellschaft sind im Rahmen der nachholenden Integration gefordert. Ihnen werden eine Veränderungsbereitschaft und ein Mentalitätswandel abverlangt. Darüber hinaus ist die Mehrheitsgesellschaft im Bereich des interkulturellen Engagements gefordert (vgl. ebd., S. 7).
- Nachholend ist Integration aber auch im Hinblick auf zahlreiche Institutionen bzw. Organisationen notwendig. Während sich Organisationen des sogenannten Dritten Sektors, wie beispielsweise Vereine, Kindergärten und kirchliche Einrichtungen schon sehr früh auf die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und die gestiegenen Integrationsbedarfe eingestellt haben, haben weite Teile der öffentlichen Verwaltung Veränderungsbedarfe erst (zu) spät erkannt. Teilweise hat sie der im Zuwanderungsgesetz geregelte gesetzliche Auftrag unvorbereitet getroffen (vgl. ebd., S. 6).

Folgt man diesem Verständnis von nachholender Integration, so wird deutlich, was Nachhaltigkeit in der Integrationsarbeit bedeutet und was der Begriff der nachhaltigen Integration meint. Nachhaltige Integration

- basiert auf bestehenden Ansätzen und Konzepten der Integration,
- passt bestehende Ansätze veränderten Rahmenbedingungen und aktuellen Entwicklungen an,
- ergänzt und erweitert diese hinsichtlich der Nachholbedarfe und
- verbindet Ansätze der Integration und der nachholenden Integration sinnvoll miteinander.



Integration muss lokal gestaltet werden! Will man zu einer nachhaltigen Integration von Zugewanderten kommen, sind die Akteure auf der kommunalen Ebene und auf der Ebene der Stadtteile besonders gefordert, weil sich hier Menschen begegnen und mit Institutionen in Kontakt treten. Dies gilt sowohl für die Vertreter der Zivilgesellschaft, einschließlich der organisierten Vertreter der Zugewanderten, als auch für die Institutionen vor Ort.

Um bestehende Ansätze der Integration sinnvoll weiter entwickeln zu können und die Potenziale auf der örtlichen Ebene nutzbar machen zu können, ist die Gestaltung lokaler Netzwerke notwendig.

Nachhaltigkeit im Bereich der Integration bedingt aber auch Nachhaltigkeit in der Steuerung des Integrationsprozesses. In diesem Zusammenhang kommt der Einbettung der einzelnen Ansätze und Konzepte in ein strategisches Gesamtkonzept und der Kontinuität und Konzentration der Integrationsarbeit eine besondere Bedeutung zu. Notwendig ist zudem eine umfassende Wirkungsanalyse und Evaluation der einzelnen Maßnahmen.

## 4. Effektive Integrationsarbeit

Bereits heute werden in nicht unerheblichem Maße Ressourcen in die Integrationsarbeit investiert. Ob die bisherige Integrationsarbeit effektiv ist und damit die Ressourcen sinnvoll eingesetzt werden, kann nur beantwortet werden, wenn klar ist, welche Wirkung für welche Zielgruppe erreicht werden soll. Ausschlaggebend ist, dass mit den vorhandenen Ressourcen die bestmöglichen Ergebnisse erreicht werden. Ergänzend zur fachlichen Ausrichtung der Integrationsarbeit richtet sich damit der Blick auf die Wirksamkeit (Effektivität) der Integrationsarbeit.

Im ersten Handbuch „Integrationsarbeit – effektiv organisiert“ wurde ein Wirkungsmodell vorgestellt, das den Zusammenhang verdeutlicht zwischen:

- Wann ist Integrationsarbeit erfolgreich? (Wirkungsziele)
- Wie ist Integrationsarbeit auszugestalten, um mit den vorhandenen Ressourcen wirkungsvolle Ergebnisse zu erreichen? (Erfolgsfaktoren)
- Welche Angebote oder Maßnahmen aus welchen Handlungsfeldern tragen zum Erfolg bei? (Handlungsfelder)

### Erfolgsfaktoren effektiver Integrationsarbeit



Ursprünglich enthielt das Wirkungsmodell vier Erfolgsfaktoren. Projekte im Rahmen des Förderprogramms KOMM-IN NRW haben diese Erfolgsfaktoren bestätigt. Sie weisen jedoch ebenfalls auf weitere Faktoren hin, die wesentlich zum Erfolg von Integrationsaktivitäten beitragen. Die Erfolgsfaktoren werden hier kurz erläutert und jeweils um Beispiele aus der Praxis ergänzt. Der Erfolgsfaktor strategische Steuerung wird in Kapitel fünf dargestellt und auf die Bedeutung des Ansatzes eingegangen. In Kapitel sechs wird gezeigt, wie der Ansatz der strategischen Steuerung in der Praxis angewendet werden kann.

## 4.1 Engagierte Verwaltungsspitze

Neue Ansätze einzuführen, bedeutet Veränderungen anzugehen. Die Entwicklung der Kommunen von der bürokratischen Verwaltung hin zu einem modernen Dienstleister im öffentlichen Sektor zeigt, dass wesentliche Erfolge nur erreicht werden, wenn sich die Verwaltungsspitze mit der Aufgabe identifiziert und die Umsetzung neuer Konzepte nachhaltig einfordert. Auch um die Integrationsarbeit konzeptionell neu auszurichten und neue Konzeptionen konsequent und schnell umzusetzen, ist das Engagement der Verwaltungsspitze erforderlich.

Integration berührt eine Vielzahl kommunaler Handlungsfelder. Folglich müssen bereits innerhalb der Kernverwaltung diverse Organisationseinheiten eingebunden werden, auch wenn dies bisweilen zu Konflikten führen kann. Gewohnheiten und gewachsene Strukturen führen oft zu Vorbehalten gegenüber dem „Neuen“ oder „Anderem“. Gleichzeitig beinhaltet dieses Vorgehen aber die Chance, durch frühzeitige Informationen Akzente zu setzen und durch eindeutige Entscheidungen Konflikte bereits im Vorfeld zu vermeiden.

Auch das Engagement der politischen Führung ist von besonderer Bedeutung. Ihre Aufgabe ist es, den Blick auf die gesamtstädtische Integrationspolitik zu richten. Nicht einzelne Maßnahmen sind ausschlaggebend, sondern das koordinierte Handeln der kommunalen Akteure. Auf politischer Ebene sind zentrale Entscheidungen zu treffen und nach außen zu kommunizieren. Die Politik ist verantwortlich für richtungweisende Entscheidungen und muss deren Umsetzung sicherstellen. Den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber hat sie Rechenschaft abzulegen, welche Erfolge in der Integrationsarbeit vorzuweisen sind.

Wie kann man Integration zum strategischen Thema der Verwaltungsspitze machen? Zunächst ist Integration als Schwerpunktthema im Verwaltungsvorstand zu verankern. Auf der einen Seite sind dem Verwaltungsvorstand zielgerichtet und kompakt Informationen über die aktuelle Situation sowie die sich abzeichnenden Bedarfe zu vermitteln. Andererseits ist den beteiligten Führungskräften zu verdeutlichen, was mögliche Aktivitäten sind, wo sich Entscheidungsbedarf zeigt und welche Lösungen mit welchen Konsequenzen sich anbieten.

### Beispiel

Integration wird im kommunalpolitischen Handeln der **Stadt Herten** als strategische Querschnittsaufgabe mit Priorität wahrgenommen. Zu den Aufgaben zählen u. a. die politische Partizipation von Migranten zu stärken, Dialogplattformen in den Stadtteilen zu schaffen, einen offenen und fairen Diskussionsprozess zu gestalten, neue Strukturen aufzubauen sowie den Dialog mit Partnern, wie Wohlfahrtsverbänden,

Moscheevereinen, Stiftungen und Wohnungsgesellschaften aufzunehmen. Die durch Migration entstehenden Aufgaben prüft die kommunalpolitische Führung ständig im Hinblick auf neu entstehende Anforderungen. So ist es konsequent, dass der Bürgermeister den Vorsitz in der Lenkungsgruppe „Integration“ innehat und dass alle im Rat vertretenen Fraktionen auch in der Lenkungsgruppe mitarbeiten.

## 4.2 Partizipativer Prozess

Über viele Jahre wurde ein breites Angebot an Maßnahmen in der Integrationsarbeit aufgebaut. Im Zuge einer Neuausrichtung der Integrationsarbeit stellt sich die Frage, an welchen Kriterien sich die Akteure bei der Neugestaltung ihrer Angebote orientieren sollen. Wo liegen die Gründe für die mangelnde Teilnahme von Zugewanderten an manchen Integrationsangeboten? Was sind die Ursachen für ausbleibenden Erfolg?

Bei Fragen zur Überprüfung der Qualität der bisherigen Angebote hat sich bewährt, die Betroffenen zu Beteiligten zu machen. Mit den Betroffenen können gemeinsam Stärken und Schwächen der Angebote analysiert und die Kriterien für die Neugestaltung der Integrationsangebote entwickelt werden. Sie nehmen eine andere Perspektive ein und haben damit auch andere Anforderungen an die Integrationsangebote. Dies kann die Diskussion bereichern und stärkt die Berücksichtigung zielgruppenspezifischer Bedarfe.

Das bedeutet, Zugewanderte in Zukunft verstärkt als Subjekte in Prozesse und Dialoge einzubinden. Erste Schritte in diese Richtung sind bereits über die Beteiligung in Form von Ausländerbeiräten und Integrationsräten erfolgt. Ergänzend gilt es, die Zugewanderten explizit an Arbeitskreisen und Diskussionsforen zu beteiligen.

Eine andere Art der Beteiligung wurde im Rahmen von KOMM-IN NRW erprobt. Zugewanderte wurden zunächst zu „Integrationshelfern“ qualifiziert, um ihre Partizipationsmöglichkeiten zu stärken. Sie bieten über bestehende Beratungsleistungen hinausgehende ergänzende Angebote für Neuzugewanderte an. Sie erwerben Kompetenzen in den Bereichen Vereinsmanagement, Zuwanderungsgesetz/Integrationskurse, Hartz IV, Schule, Ausbildung sowie Studium. Ergänzend werden sie über soziale Dienstleistungsangebote der Kommune informiert. Sie unterstützen Neuzugewanderte bei Behördengängen und informieren über die verschiedenen Sprach- und Integrationsangebote. Weitere Qualifizierungsmaßnahmen sind im Bereich Konflikt- und Zeitmanagement, Gesundheit und Bildung möglich.

Die Erfolge sind, dass die vorhandenen sozialen Dienstleistungen stärker frequentiert werden. Integrationshelfer fördern den Abbau von Vorbehalten bei Neuzugewanderten gegenüber der Verwaltung und anderen Institutionen. Sie treten als Bindeglied bzw. Vermittlerinnen und Vermittler zwischen der Ausländerbehörde, den Migrationserstberatungsstellen der Wohlfahrtsverbände und der Kommunen auf. Sie fördern die Vernetzung zwischen den Akteuren und tragen dazu bei, dass die Konkurrenz zwischen Akteuren abgebaut wird.

### Beispiele

Die **Stadt Bielefeld** hat Migrantenselbstorganisationen geschult, um die Organisationen aktiv einzubinden. Themen der Schulungen waren Öffentlichkeitsarbeit und Pressearbeit für den Verein, Zuwanderungsgesetz und Integrationskurse, Schule, Ausbildung, Studium, Hartz IV, Finanzierung von Vereinen sowie Ausbildungschancen. Weiterhin hat die Stadt die Bildungs- und Integrationsbeauftragten in verschiedene Aktivitäten einbezogen:

- Teilnahme an Vereinstreffen des Interkulturellen Büros und den Migrationsratssitzungen
- Mitarbeit im Beruflichen Qualifizierungs-Netzwerk in OWL
- Gespräche mit Lokalradio, Lokalredaktionen der Tageszeitungen
- Erstellung von Flyern und Plakaten für ihre Organisation
- Präsentation auf dem jährlichen Empfang des Oberbürgermeisters

Die **Stadt Herne** hat Integrations-Scouts ausgebildet, die als Vermittlerinnen und Vermittler zwischen der Ausländerbehörde und den Migrationserstberatungsstellen auftreten. Ihre Aufgabe ist es, zu informieren, zu koordinieren und zu vernetzen, Produkte wie Willkommenspakete zu verteilen sowie Bedarfe der Zielgruppen zu ermitteln.

In der Stadt Herten wurden 22 Frauen unterschiedlicher Kulturen zu Integrationshelferinnen ausgebildet. Im Rahmen der Maßnahme wurden sie über örtliche Integrationsangebote informiert und in Kommunikationstechniken qualifiziert. Durch die Integrationshelferinnen konnten schon Ende 2005 viele schwer erreichbare Zielgruppen zur Teilnahme an den Integrationskursen motiviert werden. Zwischenzeitlich haben sich die Frauen zu einer Selbsthilfegruppe zusammengeschlossen, unterstützen ehrenamtlich andere Zugewanderte bei der Kontaktaufnahme zu Dienstleistungseinrichtungen und beteiligen sich aktiv an öffentlichen Veranstaltungen.

### 4.3 Zielgruppenorientierung

Für eine effektive Integrationsarbeit ist die Definition von Zielgruppen wichtig. Eine differenzierte Betrachtung der Zugewanderten ist entscheidend, da im Grundsatz jeder Zugewanderte andere Voraussetzungen mitbringt und jeder Integrationsprozess auch individuell verläuft. Einige Zielgruppen benötigen nur zu Beginn eine Starthilfe. Andere Gruppen sind auf eine intensive länger ausgerichtete Unterstützung angewiesen.

#### Mögliche Kriterien für die Definition von Zielgruppen sind:

- Nationalität bzw. Ethnie
- Wirtschaftliche Situation
- Alter
- Geschlecht
- Sozialraum
- Sozialer Status
- Intensität bzw. Art der Zuwanderungsgeschichte (wie z. B. 1. oder 2. Generation; vgl. hierzu auch Wiesbadener Klassifikationsschema in: KGSt-Bericht 7/2005, S. 11)

#### Beispiel

Die **Stadt Herten** hat eine differenzierte Zielgruppenbetrachtung durchgeführt (s. Anlage 8.5.). In einer Matrix stehen Handlungsfelder mit den Zielgruppen in Beziehung zueinander. Die Maßnahmen

werden thematisch und nach Zielgruppe zugeordnet. Auf einen Blick wird deutlich, was beispielsweise für die Zielgruppe „Jugendliche bis 27 Jahre“ geboten wird.

### 4.4 Zielorientierung auf individueller Prozessebene

Integration ist ein Prozess, der sehr unterschiedlich abläuft. Die Bedarfe im Prozess unterscheiden sich, die Entwicklungsschritte nehmen einen unterschiedlichen Verlauf und die Ergebnisse sind verschieden. Bei vielen Zugewanderten läuft der Integrationsprozess ohne fremde Hilfe ab. Im Kontrast dazu bedürfen einige einer finanziellen oder sozialen Unterstützung.

Umso wichtiger ist es, dass Maßnahmen auf der individuellen Ebene ansetzen und prozesshaft aufeinander aufbauen. Auf der Basis persönlicher Kompetenzen, sind gemeinsam realisierbare Ziele zu entwickeln und die dafür erforderlichen Schritte zu vereinbaren. Die Migrationserstberatungsstellen setzen hier an und erarbeiten auf die Personen zugeschnittene Integrationspläne. Die Integrationspläne schaffen Transparenz für alle am Integrationsprozess Beteiligten. Auf einen Blick sehen sie den geplanten Verlauf der Integrationsmaßnahmen sowie den aktuellen Stand. Innerhalb eines Zeitraums von bis zu drei Jahren können der Erfolg des Prozesses sowie die Veränderungen beobachtet werden.

Der Integrationsplan folgt dem Konzept des Steuerungskreislaufs, wie er auch für die gesamtstädtische Ebene empfohlen wird (vgl. Kapitel 5).

#### Zielorientierung im individuellen Integrationsprozess



Das Beispiel der Stadt Münster verdeutlicht, dass eine Zielorientierung auch auf der individuellen Ebene die Chance für eine erfolgreich verlaufende Integration erhöht.

#### Beispiel

Die **Stadt Münster** hat sich in einem systemischen Ansatz mit individuellen Integrationsprozessen bzw. -wegen beschäftigt. Sie ist davon ausgegangen, dass sich Integration auf der individuellen Ebene messen lässt. Gemeinsam mit dem niederländischen Enschede wurde im Rahmen des binationalen Interreg-Projektes<sup>36</sup> die zentrale Frage bearbeitet: Unterscheidet sich der Verlauf der Integration von Aussiedlerinnen und Aussiedlern, die das herkömmliche Eingliederungsverfahren durchlaufen haben, vom Ergebnis der Arbeit mit sogenannten Integrationslotsen. Diese erarbeiten gemeinsam mit den Zugewanderten einen Integrationsplan, treffen eine individuelle, für beide Seiten verbindliche Vereinbarung über die Schritte für einen erfolgreichen Integrationsprozess und führen eine Sozialanamnese durch. Ergänzend unterstützen die Lotsen die Zugewanderten bei der Suche nach einer Erstwohnung in einem gewachsenen, nicht „segregierten“ Wohnquartier,

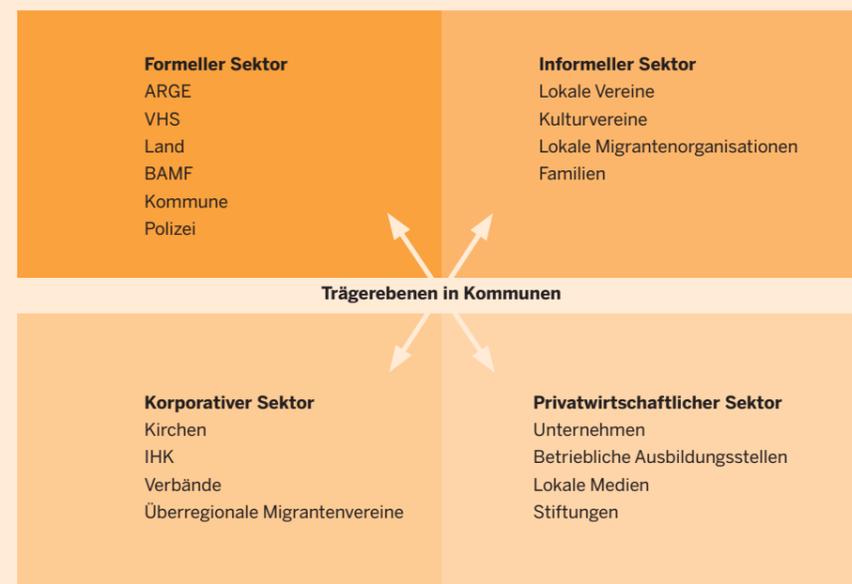
wo die Zugewanderten an ein Geflecht von Nachbarschaft, Vereinen, Kirchengemeinden, Sport-, Kultur- und Freizeitangeboten „andocken“ können. Gerade dieser „Dreiklang“ aus Integrationslotsen, Wohnumfeld und Netzwerk scheint Grundlage des Erfolges zu sein. Welche Wirkungen erkennbar sind, wurde im Rahmen einer Befragung ermittelt, die zeitnah nach der Einreise, nach eineinhalb Jahren und nach ca. zweieinhalb Jahren durchgeführt wurde. Schon für das zweite Jahr nach der Einreise ist der Erfolg des Projektes messbar. Unterschiede zeigten sich im Bereich aktiver Nachbarschaft, beruflichem Einstieg sowie Kenntnissen über die Gesellschaft. Tatsächlich konnten 93 % der Zugewanderten, die von einem Integrationslotsen begleitet wurden, ihre erste Wohnung in einem nicht segregierten Stadtteil nehmen; im herkömmlichen Eingliederungsverfahren war das bei nur 40 % der neu ankommenden Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler der Fall.

<sup>36</sup> Vgl. [www.muenster.de/stadt/zuwanderung/interreg.html](http://www.muenster.de/stadt/zuwanderung/interreg.html).

## 4.5 Vernetztes Arbeiten

Integration als Querschnittsaufgabe zu steuern bedeutet auch, die unterschiedlichen Akteure und Netzwerke zu kennen, zu beteiligen und zu koordinieren. In der kommunalen Landschaft lassen sich viele verschiedene Träger in unterschiedlichen Sektoren identifizieren (vgl. Will/Bosswick, S. 96ff.).

### Träger und Sektoren der Integrationsarbeit in den Kommunen



Jeder Sektor ist durch eine unterschiedliche Art der Organisation und der Netzwerkarbeit gekennzeichnet. Während der formelle Sektor aufgrund des hohen Anteils an Regeldiensten durch formale, strukturierte und nicht immer freiwillige Kontakte geprägt ist, lebt der informelle Sektor (Vereine, Initiativen, Runde Tische usw.) von ehrenamtlichem persönlichem Engagement und Kontakten. Dieser Sektor ist eine wichtige Basis für den Integrationsprozess (vgl. Will/Bosswick, S. 96 ff.).

Auf dieser Ebene finden Kontakte unmittelbarer statt und sind eher persönlicher Natur. Demnach sind auch andere Methoden bzw. Umgangsformen zu finden, um diese Kontakte zu pflegen und in das Integrationsnetzwerk einzubinden. Erfahrungen zeigen, dass die Resonanz der Zugewanderten auf offizielle Einladungen relativ gering ist. Individuelle Ansprachen bzw. eine unmittelbare Kontaktaufnahme führen dazu, dass Vertrauen aufgebaut wird und die Zugewanderten sich für eine Beteiligung öffnen. In den Kommunen zeigen sich spürbare Erfolge bei der Kooperation mit Migrantenselbstorganisationen. Meist finden diese Kontakte über ehrenamtliche Vertreterinnen und Vertreter statt, die als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für die Kommunen Kontakte zu Zuwanderungsgruppen aufnehmen, für die Angebote der Kommunen werben, Bedarfe erfragen und bei Behördengängen unterstützen.

Für die Pflege der informellen Kontakte bedarf es engagierter Personen mit Netzwerker-Fähigkeiten, die ein Zeitungsartikel anschaulich beschreibt:

- „Offenheit, auf andere zuzugehen.“
- Wer Beziehungen aufbauen will, muss Risiken eingehen, zum Beispiel einen Vertrauensvorschuss gewähren.
- Wichtig ist auch, ein klares Ziel zu haben: Was brauche ich, was kann ich bieten?
- Außerdem ist Zuverlässigkeit gefragt und unheimlich viel Geduld“ (Kölnische Rundschau vom 27.10.2006).

## 4.6 Öffentlichkeitsarbeit

Medien spielen im Integrationsprozess eine wichtige Rolle. Sie können durch ihre Berichterstattung den Dialog der Kulturen fördern, Informationen über Konflikte aufzeigen und die Akzeptanz für kulturelle Vielfalt stärken. Sie erzeugen bzw. verstärken durch die Art ihrer Berichterstattung Stimmungen in der Bevölkerung.

In jüngster Zeit hat sich die „Tonart“ in der gesellschaftlichen Diskussion verändert. Dies ist sicherlich eine Folge der aktuellen politischen Debatte in Deutschland und Europa sowie der demographischen Entwicklung in unserem Land und den veränderten Zu- und Auswandererzahlen. Integration ist in der Gesellschaft breit akzeptiert. Dies schlägt sich auch in der Berichterstattung nieder.

Die Wirkung der Medien auf die politischen Stimmungen in der Gesellschaft muss beachtet und für die Integrationsarbeit genutzt werden. Ziel sollte sein, eine systematische und überzeugende Öffentlichkeitsarbeit aufzubauen.

Mögliche Ansatzpunkte sind z. B.:

- Proaktive Öffentlichkeitsarbeit betreiben.  
Integrationsbeauftragte sollten die Initiative ergreifen und vorausschauend wichtige Themen der Integration vorstellen. Bürgerinnen und Bürger müssen für integrationsrelevante Themen sensibilisiert und gewonnen werden. Für einen konstruktiven Dialog sind informierte Bürgerinnen und Bürger unverzichtbar!
- Zentrale Botschaften vorvermitteln.  
In den Medien ist ein gemeinsames Verständnis von Integration zu verdeutlichen, wie z. B. „Integration ist ein Lernprozess“ oder „Integration schafft Mehrwert“. Die zentralen Aussagen sollten als roter Faden durch die Veröffentlichungen beibehalten werden. Sie prägen sich bei den Leserinnen und Lesern ein.
- Auch kleine und kurzfristige Erfolge kommunizieren.  
Die Basis ist mit einfachen Themen zu legen, die Wirkung in der Bürgerschaft entfalten und zur Mitwirkung motivieren. Bürgerschaftliches Engagement lässt sich zunehmend durch kurzfristige und zeitlich begrenzte Projekte aktivieren.

### Beispiel

Die **Stadt Dormagen** hat den Slogan „Zusammenleben in Dormagen (ZiD)“ und einen Internetauftritt für das Projekt entwickelt. Im Internet sind Informatio-

nen über das Projekt, Veranstaltungen, den Integrationsrat, verschiedene Arbeitskreise sowie andere Gremien einsehbar.

## 4.7 Interkulturelles Personalmanagement

Um die Integrationsarbeit und -politik vor Ort erfolgreich und effektiv gestalten zu können, muss ein interkulturelles Personalmanagement in den Verwaltungen implementiert bzw. das bestehende Personalmanagement um den Aspekt der Interkulturalität erweitert werden.

Interkulturelles Personalmanagement bezieht sich auf

- die Personalentwicklung und
- die Personalauswahl.

Im Rahmen der Personalentwicklung geht es vorrangig um die Vermittlung interkultureller Kompetenz. „Interkulturelle Kompetenz ist keine rein beruflich-fachliche, sondern eine zwischen fachlicher Ausbildung und bestimmten Persönlichkeitseigenschaften liegende Qualität“ (Leenen, S. 78). Interkulturelle Kompetenz weist kognitive, emotionale und handlungsbezogene Aspekte auf und umfasst ein breites Spektrum von Fähigkeiten.

Bereiche interkulturell relevanter Fähigkeiten	Beispiele für einzelne Fähigkeiten
4 Spezifische Kulturfähigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Sprachkompetenz</li> <li>• Landeskundliches Wissen</li> <li>• Deutungswissen bezüglich Wahrnehmungs- und Kommunikationsmuster</li> </ul>
3 Kulturallgemeine Fähigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bewusstsein der generellen Kulturabhängigkeit des Denkens, Deutens und Handelns</li> <li>• Vertrautheit mit Mechanismen der interkulturellen Kommunikation</li> <li>• Vertrautheit mit Akkulturationsvorgängen</li> </ul>
2 Soziale Kompetenzen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Differenzierte Selbstwahrnehmung und realistische Selbsteinschätzung</li> <li>• Fähigkeit zur Empathie</li> </ul>
1 Allgemeine Persönlichkeitseigenschaften	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Humor</li> <li>• Kognitive Flexibilität</li> <li>• Emotionale Elastizität</li> </ul>

Die Aneignung interkultureller Kompetenz wird häufig vereinfachend als bloß additiver Prozess dargestellt. Tatsächlich ist das Lernen in Innovationsprozessen aber kein kumulativer Vorgang. Vielmehr müssen bestimmte Fähigkeiten dazugelernt, andere dagegen verlernt werden, wenn beispielsweise alte Wissensbestände den Erwerb neuen Wissens stören oder sogar verhindern. „Eine Besonderheit interkulturellen Lernens besteht (...) darin, dass es sich nicht in einer Anhäufung von Wissen über andere Kulturen erschöpft, sondern selbstreflexive, die bestehenden Orientierungen umorganisierende Lernstrategien erfordert“ (Leenen, S. 95 f.). Insofern ist der Erwerb interkultureller Kompetenz eine lebenslange Aufgabe, die sich ständig an den veränderten Rahmenbedingungen orientieren muss und nicht in einem Fortbildungskurs abgeschlossen ist (vgl. Fischer, S. 81).

Die Vermittlung interkultureller Kompetenz sollte daher zum festen Bestandteil der Personalentwicklung in den Kommunen werden. Sie muss sich beziehen auf

- die Ausbildung und
- die berufsbezogene Fort- und Weiterbildung.

Während der Schwerpunkt im Rahmen der Ausbildung darin liegen sollte, die Grundlagen für interkulturelle Kompetenz und den kultursensiblen Umgang zu schaffen, sollte sich die Fort- und Weiterbildung möglichst nah an den praktischen beruflichen Situationen orientieren und kontinuierlich erfolgen.

### Vermittlung Interkultureller Kompetenz (IK)

#### Ausbildung

- z. B.
- Seminare und Workshops zu IK; Vermittlung i.d.R. in diversen Bausteinen
  - Seminare zu Problembereichen interkulturellen Handelns
  - Kulturspezifische Informations- und Austauschveranstaltungen (auch bi- und multikulturell)
  - Bearbeitung von Fallstudien
  - Trainings (Simulation, Rollenspiele)

#### Fort- und Weiterbildung

- z. B.
- Interkulturelles Coaching
  - Nachbereitung interkultureller Handlungssituationen
  - Seminare und Trainings
  - Mentorenprogramme

In vielen Kommunen bestehen bereits positive Ansätze für eine interkulturelle Personalentwicklung. Das Trainingskonzept der Stadt Offenbach am Main ist bereits in der ersten Auflage des Handbuchs „Integrationsarbeit – effektiv organisiert“ dargestellt worden. Im Rahmen des Förderprogramms KOMM-IN NRW sind weitere Beispiele aus Nordrhein-Westfalen dazu gekommen. Auch in der Ausbildung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des gehobenen Verwaltungsdienstes in Nordrhein-Westfalen wird der Vermittlung interkultureller Kompetenz bereits heute Rechnung getragen (z. B. durch Trainings, Seminare, Lehrveranstaltungen, Hochschultage; vgl. Erkes/Möltgen, S. 5 f.).

Inhalte und Tiefe der interkulturellen Personalentwicklung sind zielgruppenorientiert auszugestalten und an den örtlichen Bedarfen auszurichten. Für folgende **Zielgruppen** sollten spezifische Angebote vorgehalten werden:

- Für die **Beschäftigten der Ausländerbehörden** ist interkulturelle Kompetenz eine Schlüsselqualifikation. Aufgrund der aktuellen Anforderungen, die sich aus der Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes ergeben sowie dem notwendigen Wandel hin zu einer „Integrationsbehörde“, sollte diese Zielgruppe im Rahmen der berufsbezogenen Fort- und Weiterbildung Priorität haben.
- **Integrationsbeauftragte**  
Auch für die kommunalen Integrationsbeauftragten ist die Entwicklung interkultureller Kompetenz eine wesentliche Voraussetzung für eine effektive und erfolgreiche Arbeit. Ergänzend sind Fähigkeiten im Bereich Moderation und Konfliktmanagement zu vermitteln. Integrationsbeauftragte brauchen Instrumente und Methoden, um den Prozess zu steuern, Dialoge zu moderieren und auch in Konfliktsituationen handlungsfähig zu bleiben.
- **Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunalverwaltungen und der kommunalen Beteiligungsunternehmen**  
Grundsätzlich stellt die interkulturelle Kompetenz eine Basisqualifikation für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kommunalen Verwaltungen und Beteiligungsunternehmen dar, deren Bedeutung in Zukunft weiter steigen wird.

Um eine zielgruppen- und bedarfsorientierte Aus- und Weiterbildung zu gewährleisten, sollten die Kommunen auf bestehende Angebote und Anbieter zurückgreifen und Förderprogramme nutzen.<sup>37</sup>

Neben den Beschäftigten in den Verwaltungen sind auch die Vertreterinnen und Vertreter der politischen Gremien auf lokaler Ebene gefordert. Insbesondere die Mitglieder der Integrationsräte sollten über interkulturelle Kompetenz verfügen. Sie stellen daher eine weitere Zielgruppe interkultureller Personalentwicklung dar. Die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen (LAGA) hat für die Vertreterinnen und Vertreter der Ausländerbeiräte und Integrationsräte spezifische Fortbildungsprogramme entwickelt.

Will man Lernprozesse interkultureller Kompetenzentwicklung nachhaltig gestalten, sind nicht nur Veränderungen auf der personellen Ebene, d.h. auf der Ebene der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, erforderlich. Wesentlich ist auch, diese Lernprozesse entsprechend organisatorisch einzubinden und zu unterstützen. Der personale Lernprozess muss durch einen organisationalen Lernprozess ergänzt werden. Dazu sind Überlegungen des Diversity-Managements und Grundelemente des interkulturellen Kompetenzansatzes miteinander zu verknüpfen (vgl. Leenen, S. 99 ff.).

Interkulturelles Personalmanagement bezieht sich auch auf die Personalauswahl. Hier sind Menschen mit Zuwanderungsgeschichte verstärkt zu berücksichtigen. Die Rekrutierung solcher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eröffnet „(...) neue Chancen in der Kommunikation mit verschiedenen Gruppierungen im kommunalen Umfeld (...)“ (Leenen, S. 103).

Die verstärkte Berücksichtigung von Zugewanderten im Rahmen der Personalauswahl kann z. B. über folgende Instrumente sichergestellt werden:

- Weiterentwicklung/Überarbeitung bestehender Anforderungsprofile im Hinblick auf die interkulturelle Kompetenz und hinsichtlich bestimmter Vorerwartungen, die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte den Zugang erschweren.
- Festlegung von Quoten für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.
- Sicherstellung interkultureller Kompetenz in Auswahlgremien.
- Verwendung kultursensibler Auswahlinstrumente.
- Nutzung zielgruppenorientierter Kommunikationskanäle (Leenen, S. 103).

Positive Beispiele dafür, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte als potenzielle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die öffentliche Verwaltung zu gewinnen, existieren bereits in einigen Kommunen Nordrhein-Westfalens.

#### Beispiel

Die **Stadtverwaltung Duisburg** bietet Prospekte und Faltblätter in verschiedenen Sprachen an, die über die Ausbildungsmöglichkeiten informieren. Im Rahmen des Projektes „Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungssituation junger Migrantinnen und Migranten im

öffentlichen Dienst der Stadt Duisburg“, das gemeinsam durch das Institut für Aus- und Fortbildung, die RAA und die Universität Duisburg-Essen bearbeitet wird, sollen Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte für eine Ausbildung bei der Stadt Duisburg interessiert werden.

## 5. Integrationsarbeit strategisch steuern

Integrationsarbeit ist eine komplexe Dienstleistung und eine Querschnittsaufgabe. Kennzeichen dafür sind:

- Es gibt viele und heterogene Zielgruppen und Zielpersonen.
- Der Erfolg der Dienstleistungen setzt die Mitwirkung der Zielpersonen voraus.
- Integration berührt alle Handlungsfelder einer Kommune.
- Es sind unterschiedlichste Akteure innerhalb und außerhalb der Verwaltung zu beteiligen.

Ausgangspunkt ist damit eine komplexe Fragestellung: Wie lässt sich Integrationsarbeit als Querschnittsaufgabe steuern, um mit den verfügbaren Ressourcen den nach Deutschland kommenden oder hier schon lebenden Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bestmögliche Chancen zur Integration zu bieten? Es gibt dazu keine einfache Lösung. Das Optimieren einzelner Angebote oder Maßnahmen greift eindeutig zu kurz.

Die Herausforderung besteht darin,

- die vorhandenen Integrationsangebote zu erfassen und ihre Erfolge zu überprüfen.
- individuelle Potenziale und Entwicklungsziele zu ermitteln und mit den vorhandenen Rahmenbedingungen abzugleichen.
- die Integrationsziele in den Fokus zu nehmen und Antworten auf die Frage zu finden, welche Wirkung man mit der Integration erreichen will.
- bestehende Prioritäten zu hinterfragen und vor dem Hintergrund der begrenzten Ressourcen eine Neu- bzw. Umverteilung der Ressourcen zu entscheiden.
- die Angebote und Aktivitäten unterschiedlicher Akteure zu erfassen und mit Blick auf die jeweiligen Bedarfe (nach Individuen, Zielgruppen, Lebenslagen und Sozialräumen) zu bündeln, aufeinander abzustimmen und innovativ weiterzuentwickeln.
- die Integrationserfolge und Misserfolge zu beobachten und in Koordination mit den verschiedenen Akteursgruppen die weitere Ausrichtung der Integrationsarbeit zu „dirigieren“. Das gesellschaftliche Umfeld verändert sich. Damit variieren auch die möglichen Ansätze und Lösungen für individuelle Integrationsangebote.
- zur Mitwirkung zu motivieren und bürgerschaftliches Engagement für Aufgaben im Rahmen von Integrationsprozessen zu organisieren.

In der Konsequenz ist ein Steuerungsansatz zu wählen, der dieser Aufgabe gewachsen ist. Hier bietet sich der Ansatz „Strategische Steuerung“ an, der folgende Bausteine umfasst:

- Die Basis ist eine Vision und Vorstellung darüber, was gelungene Integration kennzeichnet.
- Daran schließt eine Bestandsaufnahme zur Ausgangslage an. Diese beinhaltet die Erfassung der vorhandenen Strukturen und Prozesse sowie eine Prüfung der bisher erreichten Erfolge.

<sup>37</sup> Beispielhaft ist das EU-Förderprogramm EQUAL zu nennen. Links zu Förderprogrammen befinden sich in den Anlagen dieses Handbuchs.

- Die Analyse liefert erste Anhaltspunkte, wo sich zukünftig Handlungsbedarf ergibt. Daran knüpft die Formulierung von Zielen mit Indikatoren und Kennzahlen an. Ziele sind die Konkretisierung von Zukunftsentwürfen und beinhalten Aussagen zu den angestrebten Wirkungen.
- Aufgrund begrenzter Ressourcen müssen Prioritäten gebildet werden. Schwerpunkte können nach unterschiedlichen Kriterien gesetzt werden.
- Die Kommunalverwaltung ist bei der Integrationsarbeit ein Akteur neben anderen. Ihr kommt jedoch als der einzig demokratisch legitimierte Instanz auf örtlicher Ebene eine besondere Rolle zu. Diese beinhaltet die Planung, Koordination und Steuerung unter Wahrung der Subsidiarität. Im strategischen Management ist die Kommunalverwaltung in besonderer Weise als Anstoßgeber, Finanzier und Vermittler gefragt. Die Herstellung von Adressaten-Gerechtigkeit von Angeboten und die Vernetzung von selbstständigen Akteuren ist für den Erfolg der Integrationsarbeit besonders wichtig, stellt aber gleichzeitig auch besonders hohe Anforderungen an die Akteure, passiert nicht von alleine und bedeutet einen vielfach unterschätzten zeitlichen Aufwand.
- Nur wer sich Ziele setzt, kann auch die Erfolge messen. Hier schließt sich der Steuerungskreislauf. Das Controlling gibt die unmittelbare Steuerungsinformation im Prozess. Durch Monitoring oder Evaluation werden möglicherweise veränderte oder neue Handlungsbedarfe für die Zukunft aufgezeigt.

#### Steuerungskreislauf zur Vernetzung



der Umsetzung dieses Steuerungskreislaufs sind im Wesentlichen Aufgabenbereiche verbunden.

#### 1. Steuerung der Integrationspolitik in der Kommune

- Begleitung der Zieldiskussion und Entscheidung in den politischen Gremien
- Aufbau eines Integrationsmonitorings für die Berichterstattung sowie der laufenden Steuerung

#### 2. Koordination der Integrationsarbeit der verschiedenen Träger und der internen Fachbereiche

- Netzwerkarbeit

#### 3. Geschäftsführung des Ausländerbeirates

- Etablierung des Ausländerbeirates bzw. Integrationsausschusses als Brückenbauer in der Kommune
- Unterstützung des Gremiums bei der Netzwerkarbeit und der Kontaktpflege

#### 4. Förderung des interkulturellen Dialogs in der Kommune

- Organisation der Öffentlichkeitsarbeit
- Durchführung von Veranstaltungen auf zentraler Ebene sowie dezentraler Ebene (z. B. in den Schulen)
- Unterstützung der Kontaktpflege zwischen einzelnen Gruppen in der Kommune (z. B. Schule und Moscheeverein; Vereine und Schulen)

Die Verantwortung für die Steuerung und Koordination ist zentral in der Kommunalverwaltung zu verankern. Mögliche Lösungen, wie z. B. ein Integrationsbeauftragter oder eine Fachstelle für Integration, sind in Abhängigkeit von der Größenklasse zu entscheiden.<sup>38</sup>

<sup>38</sup> Vgl. KGSt-Bericht 7/2005, S. 38.

## 6. Strategische Steuerung in der Praxis

Das vom Land Nordrhein-Westfalen geförderte Programm KOMM-IN NRW hat zum Ziel, innovative Prozesse in der kommunalen Integrationsarbeit zu initiieren. Als Leitlinie dienten drei Förderschwerpunkte, die die wesentlichen Bausteine strategischer Steuerung widerspiegeln.

**1. Transparenz:** Den Beteiligten, sowohl den Zugewanderten wie auch den Akteuren in der Integrationslandschaft, werden die Bedarfssituation sowie die Angebotsinfrastruktur und die -inhalte transparent gemacht.

**2. Vernetzung und Koordination:** Die Kommune und die anderen Träger von Angeboten der Integrationsarbeit entwickeln Strukturen und Prozesse zur Vernetzung ihrer Angebote vor Ort, um die Effektivität zu erhöhen. Mit Blick auf die Neuzugewanderten sind die Hilfen zeitlich, inhaltlich und räumlich zu koordinieren.

**3. Strategische Steuerung:** Die Abstimmung der Angebote der unterschiedlichen Akteure wird nach Quantität und Qualität von der Kommune strategisch gesteuert.

Angesichts der vielfältigen und unterschiedlichen Ansätze in der Integrationsarbeit liegt die Verantwortung für die Auswahl des Handlungsfeldes bei der Kommune. Die Bedarfe vor Ort sowie die vorhandenen Erfahrungen und die Kreativität der Akteure stehen dabei im Vordergrund.

Die erste Zwischenbilanz des Förderprogramms wurde durchgeführt und es wird deutlich, wie strategische Steuerung in der Praxis angewendet werden kann und dass sie Erfolge zeigt. Welche Instrumente oder Schritte machen strategische Steuerung aus und wie sind sie umzusetzen? Aus den praktischen Erfahrungen in den KOMM-IN Projekten können Erfahrungen berichtet werden. Dabei konzentrieren wir uns auf Folgendes:

Förderschwerpunkt	Fragen	Beispiel
Transparenz schaffen	Wie führen wir eine Bestandsaufnahme durch?	6.1.
	Wie bereiten wir die Ergebnisse auf?	6.2.
Vernetzung fördern	Wie beteiligen wir Betroffene, Mitwirkende und Verantwortliche?	6.3.
Quantität und Qualität der Angebote steuern	Wie erstellen wir ein Integrationskonzept?	6.4.
	Wie entwickeln wir in einem großen Personenkreis Ziele?	6.5.
	Wie richten wir Organisation und Prozesse an unseren Zielen aus?	6.6.
	Wie überprüfen wir die Wirkung unseres Handelns?	6.7.

## 6.1 Wie führen wir eine Bestandsaufnahme durch?

Die Integrationsarbeit in den Kommunen ist historisch gewachsen und weist ein differenziertes Bild an Integrationsangeboten auf.

Hier Transparenz zu schaffen, hat unterschiedliche Dimensionen:

- **Aus der Perspektive der Kommune:** Welche Zielgruppe hat welche Bedarfe? Wer bietet was mit wem bereits an? Wo fehlen Angebote? Wer hat welche Potenziale?
- **Aus der Perspektive der Träger von Integrationsmaßnahmen:** Welche Zielgruppe hat welche Bedarfe? Wie erfolgreich sind unsere Angebote? In welchen Bereichen müssen wir neue Themen besetzen, um den veränderten gesellschaftlichen Entwicklungen zu entsprechen?
- **Aus der Perspektive der Zugewanderten:** Wer bietet welche Angebote an? An wen kann ich mich mit meinen Fragen wenden? Was kann ich selber einbringen?

Die Bestandsaufnahme kann auf unterschiedliche Art vorgenommen werden:

- per Fragebogen,
- per Experteninterviews,
- in Workshops oder
- durch eine Kombination dieser Instrumente.

Die Erhebung kann durch eigene Kräfte der Kommunen oder von Externen durchgeführt werden. Günstig ist, wo möglich, die Kooperation mit Hochschulen.

### Beispiel

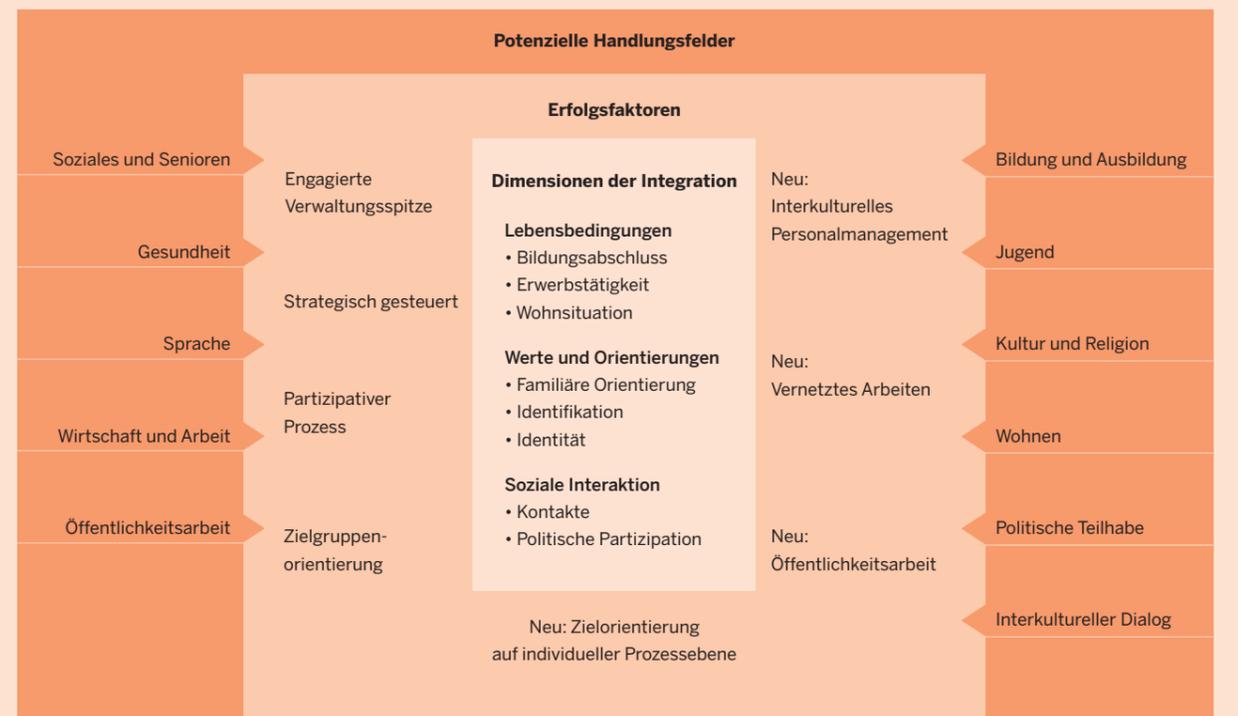
Ein Beispiel zur Durchführung einer Bestandsaufnahme ist der Fragebogen der **Stadt Viersen**. (Anlage 8.3.)

In Ergänzung zur Bestandsaufnahme ist zu empfehlen, die Ergebnisse mit einigen weiteren Fakten und Zahlen für die Analyse zu erweitern. Als hilfreich haben sich folgende Aspekte erwiesen:

- die Zielgruppen und eine Beschreibung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage,
- die demographische Entwicklung,
- die vorhandene Angebotsstruktur mit sozialräumlichen Bezug und dem damit verbundenen Ressourcenbedarf,
- eine Einschätzung der Stärken und Schwächen der bisherigen Integrationsarbeit und
- Potenziale für eine zukünftige Neuausrichtung der Integrationsarbeit (vgl. hierzu auch KGSt-Bericht 7/2005, S. 33).

Weiterhin ist die Vielfalt möglicher Aktivitäten in der Integrationsarbeit zu strukturieren. In der Praxis hat sich die Gliederung in Handlungsfelder durchgesetzt. Unter einem strategischen Handlungsfeld ist ein fachlich abgrenzbarer Satz von Aktivitäten zu verstehen. Dabei hat sich folgende Struktur in Projekten bewährt:

### Handlungsfelder



Die Struktur der Handlungsfelder kann unterschiedlich gewählt werden. Für das bundesweite Integrationsprogramm werden folgende fünf Handlungsfelder genannt, mit denen sich jeweils eine Arbeitsgruppe beschäftigt.

- **Sprachförderung:** In diesem Handlungsfeld werden die Bereiche allgemeine, vorschulische, schulische, hochschulische und berufsbezogene Sprachförderung schwerpunktmäßig behandelt.
- **Bildung:** Diesem Handlungsfeld wird eine Schlüsselrolle zugewiesen. Es befasst sich mit dem gesamten Bildungssystem, angefangen beim Kindergarten.
- **Berufliche Integration:** Durch die Bestandserhebung aktueller Angebote, Maßnahmen und Förderprogramme von Bund, Ländern und Kommunen, aber auch durch den engen Austausch mit allen relevanten Akteuren der Arbeitsmarktpolitik wird die notwendige Grundlage geschaffen, gemeinschaftlich Optimierungsvorschläge der bisherigen Praxis zu erarbeiten.
- **Soziale Beratung:** Dieses Handlungsfeld beschäftigt sich mit allen Beratungsangeboten, die Bund, Land und Kommune für Zugewanderte zur Verfügung stellen. Spezielle Beratungsleistungen des Bundes sind hierbei die Migrationserstberatung für Erwachsene und Jugendmigrationsdienste für jugendliche Neuzugewanderte.
- **Gesellschaftliche Integration:** Dieses Handlungsfeld umfasst ein breites Themenspektrum, z. B. politische Partizipation, interkulturelle Öffnung, Herstellung von Chancengleichheit, kulturelle Integration sowie zivilgesellschaftliches Engagement.

Im Rahmen des am 14. Juli 2006 stattgefundenen Integrationsgipfels verständigten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer darauf, einen nationalen Integrationsplan zu erarbeiten. Hierzu wurden Arbeitsgruppen und einige Unterarbeitsgruppen eingerichtet. Dabei wurde nach folgenden Handlungsfeldern strukturiert:

1. Integrationskurse verbessern
2. Von Anfang an deutsche Sprache fördern
3. Bildung, Ausbildung, Arbeitsmarkt
4. Lebenssituation von Frauen und Mädchen verbessern, Gleichberechtigung verwirklichen
  - 4.1. Migrationsspezifische Aspekte des Rechts, Partizipation
  - 4.2. Stärkung der Frauen in den Familien und im sozialen Umfeld
5. Integration vor Ort
6. Integration und Bürgergesellschaft
  - 6.1. Kultur
  - 6.2. Sport
  - 6.3. Medien
  - 6.4. Bürgerschaftliches Engagement
  - 6.5. Wissenschaft

Aufgrund der Komplexität der einzelnen Bereiche deckt ein Handlungsfeld nicht das ganze Spektrum eines Themas ab. Mit der Auswahl der Handlungsfelder setzen die Beteiligten bereits erste Prioritäten und nehmen eine Selektion des möglichen Themenspektrums vor. Die Struktur der gewählten Handlungsfelder legt die Basis für den Diskussionsprozess im Rahmen der Bestandsaufnahme und darüber hinaus auch für den weiteren Prozess.

## 6.2 Wie bereiten wir die Ergebnisse auf?

Die Befragung im Rahmen der Bestandsaufnahme liefert einen aktuellen Überblick über die Situation vor Ort. Wie diese Informationen für die Zugewanderten als auch für die beteiligten Akteure dargestellt werden können, ist von den Kommunen im KOMM-IN NRW Projekt unterschiedlich gelöst worden. Der überwiegende Teil hat sich dazu entschieden, ein Integrationsportal im Internet zu entwickeln. Zu den Inhalten dort zählen u. a.:

- soziale Angebote der Stadt/alle Zielgruppen,
- Netzwerke und Arbeitskreise der Stadt,
- Veranstaltungen.

Der Nutzen für die Zugewanderten ist, dass sie schneller auf alle relevanten Angebote und Adressen zugreifen können. Für die beteiligten Organisationen bietet das Portal die Basis für einen fachlichen Austausch zum Zweck der Angebotsverbesserung.

Ergänzend können die Angebote nach Stadtteilen strukturiert werden, z. B. in Form von Stadtkarten. Diese Karten geben einen Überblick über die verschiedenen Angebote der unterschiedlichen Träger in den einzelnen Stadtteilen. Vorteil ist, dass es eine knappe und übersichtliche Visualisierung der Angebote in den Stadtteilen – räumlich und inhaltlich – ermöglicht.

### Beispiel

Die **Stadt Wuppertal** entwickelte ein mehrsprachiges Internetportal. Die angesprochenen Zielgruppen können gezielt nach Angeboten suchen. Akteure der Integrationsarbeit können sich untereinander abstimmen. Zusätzlich wurden 23 Computerterminals an unterschiedlichen Standorten in der Stadt installiert, um einen gezielten und einfachen Zugang zu den Integrationsangeboten zu gewähren.

Zentrale Zugänge auf das Portal ermöglichen die Stadt über Kundenterminals der sieben Wuppertaler ARGE-Standorte, der Bundesagentur für Arbeit und denen in Jugendfreizeiteinrichtungen. [www.integration-in-wuppertal.de](http://www.integration-in-wuppertal.de)

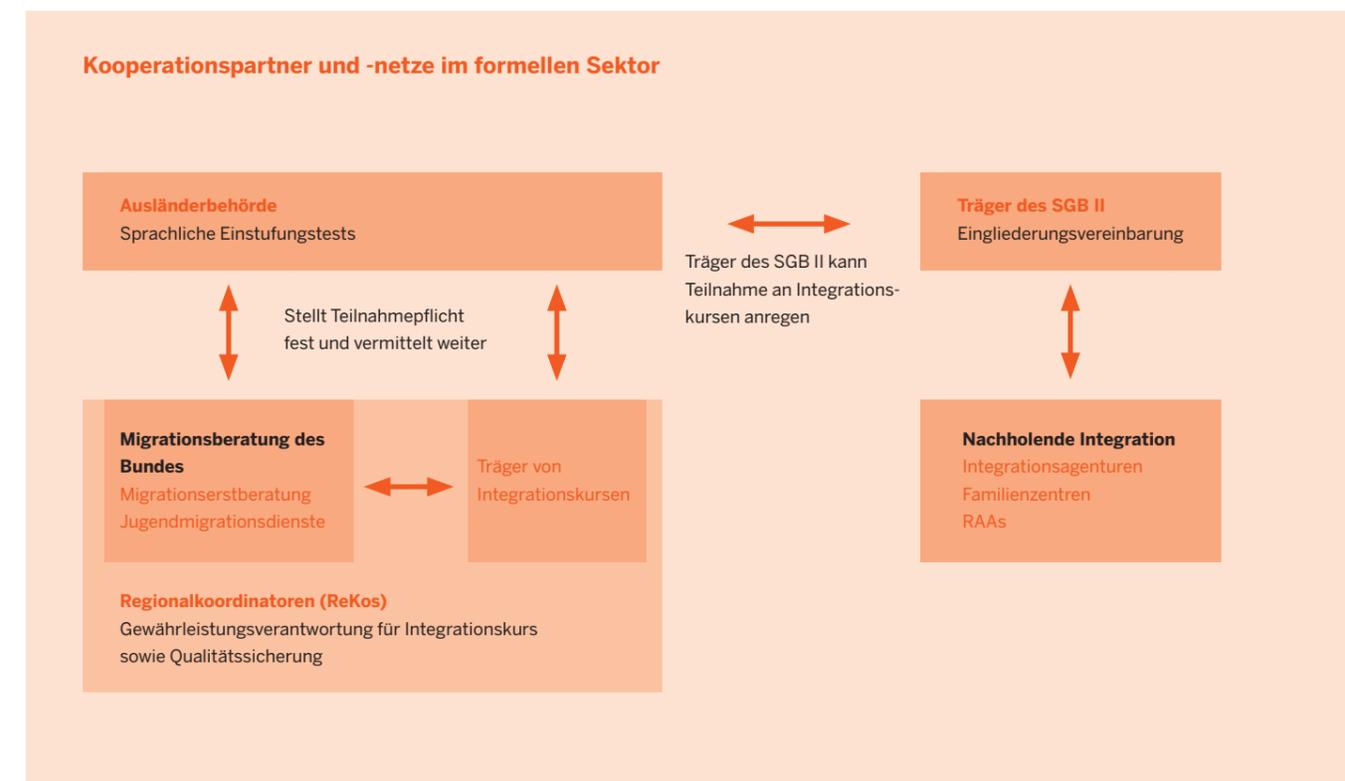
Die **Stadt Köln** hat einen Stadtplan erstellt, der alle Angebote der Träger mit dem Hinweis auf den jeweiligen Stadtbezirk abbildet und Adressen benennt. [www.stadt-koeln.de](http://www.stadt-koeln.de)

## 6.3 Wie beteiligen wir Betroffene, Mitwirkende und Verantwortliche?

Integration als Querschnittsaufgabe zu etablieren, bedeutet auch, die verschiedenen Akteure einzubinden. Dazu zählen die Stadtverwaltung, die Freien Träger, Unternehmen, Kirchen, Vereine, Initiativen, Migrantenselbstorganisationen (MSO) sowie die Zugewanderten selbst (vgl. Kapitel 4.5.).

Ein Netzwerk bedeutet „langfristige Kontaktpflege und ein gewinnbringendes Beziehungsgeflecht“ (Mansury, S. 95). Ein Netzwerk lebt von der Persönlichkeit der Beteiligten, dem Engagement gegenseitig Informationen, Ratschläge und Kontakte bereitzustellen und einer Offenheit füreinander. Der Begriff „Beziehung“ spiegelt sehr gut den Aspekt der Persönlichkeit wider und macht deutlich, dass auch Netzwerkarbeit kontinuierlich Aufwand bedeutet.

In erster Linie sind die Akteure einzubinden, die für die Integration der Zugewanderten sowie die nachholende Integration verantwortlich sind. Dazu zählen vorwiegend Akteure des formellen Sektors.



Für den Erfolg von Integrationsmaßnahmen ist eine Verknüpfung der unterschiedlichen Maßnahmen erforderlich. Oft bauen sie aufeinander auf. Die vorherige Graphik verdeutlicht, welche Akteure zu koordinieren sind bzw. sich abstimmen sollten, um den Erfolg ihrer eigenen Maßnahmen zu sichern. Die bereits begonnenen organisatorischen Veränderungen der Integrationsangebote durch den Bund und das Land Nordrhein-Westfalen bieten auch für die Kommunen Anlass dazu, die Koordination neu zu bedenken und ggf. veränderte Kommunikationsformen für die Kooperation zu finden. Die Zuständigkeiten der Akteure sind räumlich sowie inhaltlich zu klären, zu koordinieren und je nach Situation auch zu bündeln.

Aufgaben für die Netzwerkarbeit sind u. a.:

- Abstimmung und Koordination der einzelnen Angebote der Integrationsdienste sowie der Integrationskursträger – in Zusammenarbeit mit den Regionalkoordinatoren des Bundes
- Abschluss verbindlicher Vereinbarungen
- Klärung der Zusammenarbeit zwischen den Trägern des SGB II und der Ausländerbehörde in Bezug auf die freien Plätze für die Integrationskurse
- Transparenz über Bedarfe der verschiedenen Zielgruppen
- Bereitstellung von Informationen über Ansprechpartner, Angebote und Adressen
- Steuerung und Koordination der Gremien
- Konzeptentwicklung
- Pflege der persönlichen Kontakte

Um die ersten Brücken für ein Netzwerk aufzubauen, ist auch hier zunächst Transparenz zu schaffen. In Anlehnung an die Bestandsaufnahme sind folgende Faktoren relevant:

- Anbieter/Träger
- Ziele und Erfolgsindikatoren
- Zielgruppe
- Angebote
- Anzahl der Nutzer/Anteil der Zugewanderten
- Finanzierungen/Förderungen
- Kooperationspartner
- Orte der Durchführung

Bei der Vielzahl an unterschiedlichen Akteuren ist anzunehmen, dass sich vor Ort ein bunter Interessen-Mix ergibt. Die jeweiligen Institutionen haben spezifische Ziele und das Interesse, diese zu realisieren. Ihr Handeln ist vielfach auch politisch motiviert und wird als Mikropolitik bezeichnet (vgl. Küpper/Ortmann, S. 217). Sie nutzen ihre Quellen und Handlungsoptionen, um ihre Existenz zu sichern. Dabei kommt es auch zu Konkurrenz untereinander. Ein Nebeneinander von Angeboten, mangelndes Vertrauen in das „Können“ des Anderen sind typische Kennzeichen für diese Situationen. Nach außen wird Wert gelegt auf ein geordnetes Bild. Doch grundsätzlich stehen die eigenen Interessen vielfach im Vordergrund. Zwischen den beteiligten Interessengruppen zeigt sich ein vielschichtiges Beziehungsnetzwerk.

Um die vielfältigen Integrationsangebote vor Ort zielorientiert auszurichten, ist es wichtig, die Interessen der einzelnen Akteure zu erkennen, zu akzeptieren und Bündnisse für geeignete Themen zu schmieden. Dies kann auch bedeuten, einzelne Träger bzw. Angebote zu bündeln und somit für eine Zielgruppe Angebote aus einer Hand anzubieten, wie es z. B. die Stadt Aachen in Form einer Bildungsagentur erfolgreich praktiziert.

Entscheidend ist, die Arbeit in und mit den verschiedenen Integrationsstellen als mikropolitisch zu akzeptieren und einen Umgang mit den damit verbundenen Widerständen zu lernen. Daher bedarf es der Kompetenz, mit Mikropolitik umzugehen.

## 6.4 Wie erstellen wir ein Integrationskonzept?

Als Grundlage für eine kommunale Integrationsarbeit dient ein gesamtstädtisches Integrationskonzept. Ziel ist es, ein von Politik und Verwaltung gemeinsam getragenes Konzept zu erarbeiten, das auch von den Freien Trägern u. a. als verbindlich angesehen wird.

Ein gesamtstädtisches Integrationskonzept kann folgende Fragestellungen umfassen:

- Wie sehen die Leitgedanken/Grundsätze unserer Integrationspolitik aus?
- In welchen Handlungsfeldern wollen wir schwerpunktmäßig aktiv werden?
- Welche Ziele verfolgen wir mit dem jeweiligen Handlungsfeld?
- Wie wollen wir die Ziele erreichen?
- An welche Zielgruppe richten wir uns mit welchen Angeboten?
- Wer ist bei uns wofür verantwortlich?
- Wie verfolgen wir die Wirkung?
- Welche Ressourcen setzen wir dafür ein?

### Prozessschritte zur Entwicklung eines Integrationskonzeptes



Eine detaillierte Beschreibung ist als Anlage beigefügt (Anlage 8.6.).

Als Ergebnis der Phase „Erstellung Integrationskonzept“ sollte ein Umsetzungsplan vorliegen, der die Strategie aufzeigt und damit die angestrebten Ziele, die Produkte und Maßnahmen, die Ausgestaltung der Prozessebene sowie die erforderlichen Ressourcenbedarfe beinhaltet. Hier bietet sich ein Instrument des strategischen Ansatzes der KGSt an (vgl. KGSt Bericht 8/2000, S. 13 ff.), das ein Raster mit Leitfragen zur Strategieentwicklung beinhaltet.

### Instrumente einer Strategieentwicklung zur Erstellung eines Integrationskonzeptes

#### Analysephase

- Welche Herausforderungen kennzeichnen die aktuelle Situation (Stärken/Schwächen)?
- Wie wirken sich die demographischen Entwicklungen aus?
- Um welche Zielgruppen geht es?
- Wie sehen die Bedarfe der Zugewanderten aus?

#### Angestrebte Ergebnisse bzw. Wirkung

- Was wollen wir für die Zugewanderten erreichen?
- Welche Wirkung streben wir an?
- Wo sind Prioritäten zu setzen?
- Wie sehen die Ziele konkret aus?
- Woran erkennen wir gelungene Integration – je nach Zielgruppe?

#### Ressourcenbedarf

- Wie ist die bisherige Ressourcenentwicklung?
- Welche Kosten entstehen mit verändertem Produktspektrum
- Kosten/Nutzen-Analyse zu einzelnen Produkten

#### Produkt- und Leistungsspektrum

- Welche Zielgruppen sind relevant?  
Was kennzeichnet diese Zielgruppen speziell?
- Welche Angebote halten wir wo und für wen vor?
- Wo sind Veränderungen vorzunehmen?
- Welche Leistungen sind miteinander zu vernetzen bzw. abzustimmen?

#### Ausgestaltung der Prozesse und Strukturen

- Welche Personalbereiche benötigen Qualifikationen im Bereich interkulturelle Kompetenz?
- Wie setzen wir interkulturelle Öffnung um?
- Wo organisieren wir die Zuständigkeit für die Steuerung der Integrationsarbeit?
- Wie gestalten wir die Netzwerkarbeit?
- Was macht die Qualität unserer Angebote aus?

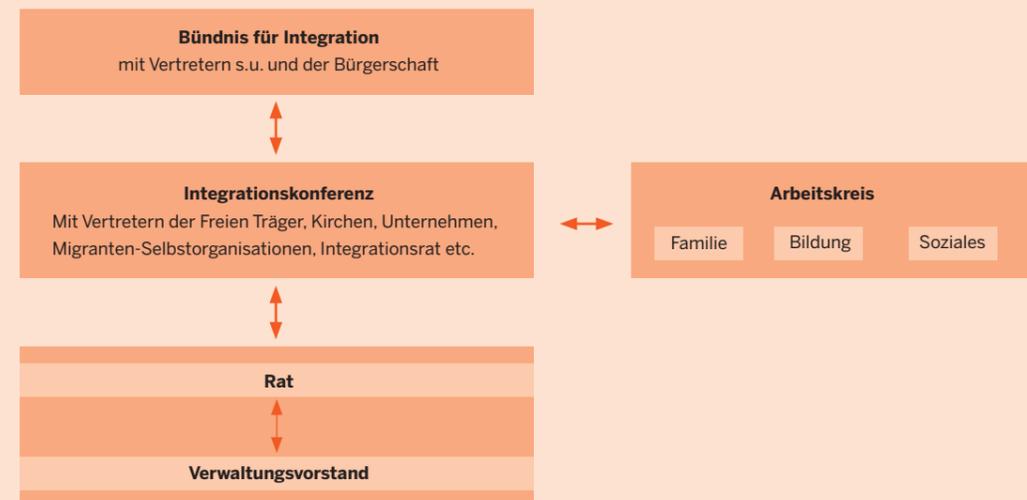
Strategische Steuerung bedeutet, Ziele zu formulieren und das Handeln auch an diesen Zielen auszurichten. Im zweiten Kasten der Graphik „Produkt- und Leistungsspektrum“ weist die Frage darauf hin „Wo sind Veränderungen vorzunehmen?“. Die bestehenden Leistungsangebote sind den Zielen anzupassen. Dazu gehört natürlich auch, dass die Leistungen eingestellt werden, die die formulierten Ziele nicht unterstützen. Einige Fragen können für diese Neuausrichtung der Angebotsstruktur als Orientierung dienen:

1. Welche Integrationsangebote müssen den Zielsetzungen angepasst oder eingestellt werden, da sie nicht die gewünschte Wirkung erzielen?
2. Welche Integrationsangebote sind auszubauen, da sie Erfolge aufweisen und in das Zielkonzept der Kommune passen?
3. Welche Integrationsangebote sind neu einzurichten?

## 6.5 Wie entwickeln wir in einem großen Personenkreis Ziele?

Im Prozess zur Erstellung eines Integrationskonzeptes ist eine Vielzahl von unterschiedlichen Personen, Gruppen und Organisationen zu berücksichtigen und zu beteiligen. Dazu hat sich die folgende Gremienstruktur bewährt.

### Beteiligte Gremien für eine Strategieentwicklung



Das Bündnis für Integration ist das größte Gremium. Ziel dieses Gremiums ist es, im konsensorientierten Prozess wesentliche Ziele und die Schritte der nächsten Jahre für die gesamte Kommune zu entwickeln. Als Form ist eine eintägige Großveranstaltung pro Jahr zu wählen.

#### Beispiel

Um eine möglichst breite Beteiligung zu ermöglichen, kann für die Großveranstaltung die Methode der Zukunftskonferenz eingesetzt werden. Die **Stadt Münster** hat dies mit Erfolg erprobt. Der Titel der Veranstaltung lautete: Das ganze System in einem Raum. Ziel war es, einen breit angelegten Beteiligungsprozess zu initiieren, Ziele im Konsens zu vereinbaren und eine Wegbeschreibung für die zukünftige strategische Steuerung der Integrationspolitik zu entwickeln. Zur Vorbereitung und damit auch Strukturierung der Arbeitsgruppen wurden die wesentlichen Interessen der Zugewanderten, wie z. B. „Ich werde in Münster für längere Zeit wohnen und möchte mich – neu in der Stadt und mit schlechten Sprach-

kenntnissen – schnell zurecht finden und mich heimisch fühlen.“ abgebildet. Die Zukunftskonferenz wurde in folgende Phasen aufgeteilt:

1. Rückblick in die Vergangenheit – Darstellung eines gemeinsamen Bildes der Geschichte und Entwicklung – Bilanzierung der bisherigen Strategie der Integrationsarbeit
2. Analyse externer Trends
3. Bewertung der gegenwärtigen Situation
4. Entwicklung von Bildern einer wünschenswerten Zukunft
5. Herausarbeiten von gemeinsamen Entwicklungszielen
6. Planung konkreter Maßnahmen

Die Integrationskonferenz dient als Steuerungsgruppe der Abstimmung zwischen den Akteuren. Sie fördert eine stadt- bzw. kreisweite fachliche Diskussion des Themas Integration. Daher sollten alle Verwaltungsbereiche, die Politik, die Wohlfahrtsverbände, die Migrantenselbstorganisationen, Unternehmen, Schulen, Kindergärten und Vereine vertreten sein. In diesem Gremium kann die Diskussion zu den einzelnen Maßnahmen und zu der Gestaltung der Schnittstellen zwischen den Angeboten erfolgen.

**Beispiel**

Die **Stadt Duisburg** hat dies umgesetzt und die Integrationskonferenz als verbindlichen Rahmen für den Entwicklungsprozess eingesetzt. Ziel der Stadt war es, die Integrationskonferenz als Methode des gesellschaftlichen Konsensus und der prozesshaften Steuerung der Integrationspolitik einzusetzen und

Integrationspolitik als gesamtstädtische Aufgabe zu etablieren. Dazu wurde eine Integrationskonferenz zu Beginn als Auftaktveranstaltung organisiert sowie in der Folge eine zweite Konferenz zum Beschluss des Gesamtkonzeptes und Vorlage einer Beschlussempfehlung an die politischen Gremien.

Wo Prioritäten zu setzen sind und wo die kommunalen Ressourcen eingesetzt werden sollen, ist im Rat bzw. Kreistag zu entscheiden.

Gerade in der aktuellen Integrationsdebatte kommt es darauf an, die Zieldiskussion zur Verbesserung der Integrationspolitik und der Maßnahmen mit der Politik – dem Ausländerbeirat/Integrationsrat – zu führen und wesentliche Entscheidungen gemeinsam zu treffen. Dies signalisiert, dass die politische Partizipation ernst gemeint ist. Der Ausländerbeirat/Integrationsrat kann im Prozess eine tragende Rolle spielen und als „Brückenbauer“ die Vermittlung zwischen den Zugewanderten und der Mehrheitsbevölkerung unterstützen.

**6.6 Wie richten wir Organisation und Prozesse an unseren Zielen aus?**

Zukünftig wird es immer mehr darauf ankommen, zusammenhängende Angebote zu einer Prozesskette zusammen zu führen. Ziel sollte sein, einzelne Aktivitäten verschiedener Träger miteinander so zu verknüpfen, dass sich für die Zugewanderten ein Integrationsprozess entwickelt, bei dem die Hilfeangebote aufeinander aufbauen.

Integrationsprozesse verlaufen über einen längeren Zeitraum. Kommunen haben Dokumente der individuellen Begleitangebote im Sinne von Vereinbarungen für den Integrationsprozess entwickelt. Sie zeigen den Zugewanderten die notwendigen Schritte im Integrationsprozess auf. Damit fördern sie eine aktive Rolle und selbstständige Kontaktaufnahme durch die Zugewanderten. Das Dokument verbleibt in der Hand des Zugewanderten. Der Zugewanderte bekommt eine Hilfe zur Selbsthilfe und gewinnt Möglichkeiten, Eigeninitiative zu ergreifen.

Die beteiligten Akteure sehen auf einen Blick, was bereits geschehen ist, was für die Zukunft vereinbart wurde und welche Rolle ihnen zugewiesen wird. Auf diese Weise werden sich wiederholende Gespräche vermieden.

Die individuellen Begleitangebote haben die Form von kompakten Dokumenten oder Mappen, die in leicht verständlicher Sprache die wesentlichen Informationen darstellen. Sie dienen

- zur Sammlung von persönlichen Angaben und Informationen,
- zum Festhalten der bisherigen Aktivitäten sowie
- der Planung der nächsten Schritte und Stationen.

Ein wesentlicher Erfolg dieser Maßnahmen in den Kommunen ist, dass die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Integrationsstellen sich verstärkt hat und dadurch u. a. auch doppelte Beratungsleistungen vermieden werden konnten.

**Migrantenticket der Stadt Aachen.**



Um Prozesse miteinander zu verbinden, ist auch über organisatorische Konsequenzen nachzudenken. Eine Lösung stellt die Bildung einer zentralen Anlaufstelle für Zugewanderte mit allgemeinen Angeboten u. a. zu Integrations- und Sprachfördermaßnahmen, zu den Integrationskursen sowie anderen Angeboten der Kommune, wie z. B. der Kinderbetreuung, Wohnungsangebote, finanzielle Sicherung, Ehrenamt bei Vereinen oder Freizeit- und Kulturangebote, dar. Die Anlaufstelle ermöglicht eine umfassende Information und allgemeine Beratung für Zugewanderte und legt die Basis für einen nachhaltigen Integrationsprozess.

### Zentrale Anlaufstelle als Basis für einen nachhaltigen Integrationsprozess



Die vom Bund finanzierte Erstberatung (Migrationserstberatung und Jugendmigrationsdienste) kann sich in diesen Veränderungsprozess einbringen. Ob Außendienstmitarbeiterinnen und -mitarbeiter in der Anlaufstelle vertreten sind, ist zu prüfen. So könnte dann auch der Abschluss der Integrationsvereinbarung bzw. die Erstellung eines Integrationsplans bereits in dieser Stelle erfolgen.

Ausländerbehörden sind die erste und vielleicht auch die bekannteste Stelle im Integrationsprozess. Das Zuwanderungsgesetz sieht vor, dass die Zugewanderten sich bei der Ausländerbehörde melden und sich für den Integrationskurs anmelden. In der Konsequenz tritt die Ausländerbehörde stärker als Kontaktstelle für die Zugewanderten auf. Die Ausländerbehörde gewinnt eine neue Rolle. Interkulturelle Kompetenz des Personals und damit eine grundsätzliche Offenheit gegenüber anderen Kulturen ist wünschenswert. Daher ist zu prüfen, ob die zentrale Anlaufstelle bei der Ausländerbehörde angesiedelt werden kann.

Grundsätzlich ist zu empfehlen, keine neuen und zusätzlichen Anlaufpunkte zu schaffen. Es besteht bereits eine Vielzahl an Organisationseinheiten und damit Kontaktstellen, die Integrationsangebote anbieten. Ziel sollte sein, Angebote und damit auch organisatorische Einheiten zu bündeln.

Mit der Bündelung von Integrationsangeboten wird angestrebt:

- dass die Beteiligten Angebote aus einer Hand erhalten und
- eine individuelle und passgenaue Beratung bekommen,
- sich die Wege verkürzen und
- eine kontinuierliche Begleitung und Unterstützung ermöglicht wird.

### Beispiel

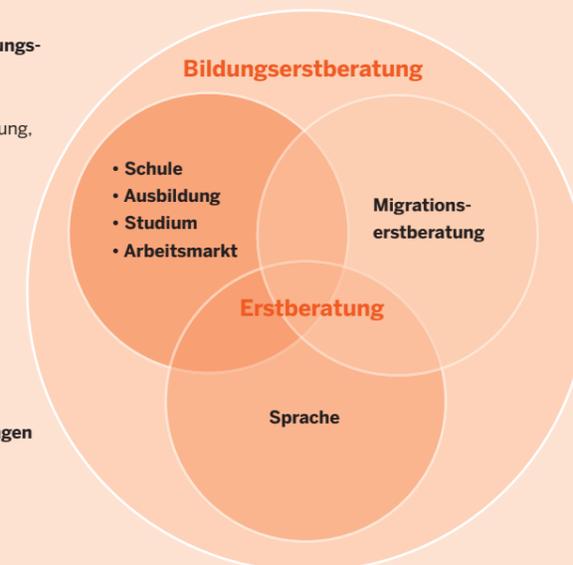
Die **Stadt Aachen** hat eine Anlaufstelle mit einer fachlichen Schwerpunktsetzung gegründet – eine kommunale Agentur für Bildungserstberatung. Diese Agentur führt junge sowie erwachsene Zugewanderte auf dem kürzesten Weg in eine Beratung, die mit ihnen entlang der

Beratungskette „Spracherwerb – Schulabschluss – Aus-/Weiterbildung – Beruf – Arbeit“ einen Lebensplan entwickelt. Die nachstehende Grafik visualisiert, was die Bildungserstberatung beinhaltet und welche Akteure beteiligt werden.

### Bildungserstberatung

**Berufliche Weiterbildungseinrichtungen**  
VHS, Berufskolleg für Wirtschaft und Verwaltung, Tertia, FAA

**Integrative Einrichtungen**  
PÄZ  
EUROTÜRK



**Wohlfahrtsverbände**  
Regionalverbund der Migrationserstberater:  
Caritas  
Diakonie  
DRK

**Sprachschulen**  
Diakonie, Sprachenakademie,  
VHS, Helene-Weber-Haus,  
Berlitz, DAA

Zu den weiteren Aufgaben der Agentur zählen:

- Sozialanalyse der Kundinnen und Kunden im Hinblick auf die Herkunft, Dauer des Aufenthaltes, Muttersprache, finanzielle sowie soziale Situation etc.
- Gezielte Weiterleitung an Fachberaterinnen und Fachberater und die kontinuierliche

Begleitung sowie ggf. Steuerung der individuellen Bildungsbemühungen

- Konzeptionierung eines für die Kundinnen und die Kunden ausdrückbaren elektronischen Bildungsportfolios, das im Beratungsgeschäft mit allen individuellen Bildungsgängen und Abschlüssen gespeist wird

## 6.7 Wie überprüfen wir die Wirkung unseres Handelns?

Erfolge und Defizite im Integrationsprozess sind allen beteiligten Akteuren aufzuzeigen, um daraus zu lernen. Dieses Beobachten der Veränderungen ermöglicht den Beteiligten folgende Fragen zu beantworten: Welche gewünschten und unerwünschten Wirkungen erreichen wir? Was können und sollen wir anders machen, um die gewünschte Wirkung zu erreichen?

Die KGSt hat ein Indikatorenset für ein Monitoring kommunaler Integrationspolitik auf der Ebene von gesellschaftlichen Zuständen entwickelt (vgl. KGSt Materialie 2/2006: Integrationsmonitoring). Ziel war es, ein Indikatorenset zu entwickeln, das unabhängig von der Größe der Kommune mit wenig zusätzlichem Aufwand angewendet werden kann.

Im Unterschied zu einer Evaluation ist Monitoring eine auf Dauer angelegte Tätigkeit. Aufgabe ist es, die möglichst effiziente Zielerreichung mit den verfügbaren Ressourcen zu überprüfen. In periodischen Abständen werden Daten ermittelt, um Entwicklungsverläufe zu betrachten.

## 7. Entwicklung von Innovationen in der Integrationsarbeit

Dieses Kapitel wurde von Stefan Buchholt, Landesstelle Unna-Massen, erarbeitet.

### 7.1 KOMM-IN NRW Programm als Element der kommunalen Förderung durch das Land Nordrhein-Westfalen

Die Ausgangslage und die Zielrichtung der KOMM-IN NRW Förderung ist eindeutig in der Förderkonzeption festgelegt. Darin heißt es: Nordrhein-Westfalen zeichnet sich durch vorbildliche Strukturen und Angebote der Integrationsarbeit aus. Auf Landes- und kommunaler Ebene wirken eine Vielzahl von Trägern und Einrichtungen und bieten vielfältige Angebote für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte an.

Für (Neu-)Zugewanderte, wie auch für Kommunen und die Anbieter selbst, ist diese Vielfalt an Angeboten und Hilfen oft nicht transparent. Insbesondere Zugewanderte, die mit einer langfristigen Perspektive ins Land kommen, stehen zu Beginn vor zahlreichen neuen Aufgaben. Zu diesem Zeitpunkt ist es für die Zugewanderten ganz besonders wichtig, einen schnellen Zugang zu einer passenden Unterstützung zu finden.

Die Umsetzung des seit 2005 in Kraft getretenen Zuwanderungsgesetzes bietet für alle die Chance, die vorhandenen Strukturen und Prozesse zu überprüfen und auf die neuen Anforderungen auszurichten. Denn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist auf die Zusammenarbeit mit den Ausländerbehörden, dem Bundesverwaltungsamt, den Integrationsstellen der Kommunen, den Migrationsdiensten und den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II angewiesen.

Der weitaus größte Teil der Verantwortung bei der Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte fällt nach wie vor in die Zuständigkeit der Kommunen. Die Kommunen sind der Ort, an dem die Nachfragenden wohnen und die Angebote platziert werden müssen. Die möglichen Handlungsfelder der Kommunen sind dabei vielfältig und reichen von der Sprachförderung über die Sozialarbeit bis zur Stadtentwicklung (vgl. Förderkonzept S. 4).

Mit dem Programm KOMM-IN NRW beabsichtigt das Land Nordrhein-Westfalen, die Kommunen bei der Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes zu unterstützen.

Ziel der Förderung ist es, als begleitende Unterstützung eines Organisationsentwicklungsprozesses die Angebote, Strukturen und Prozesse zur Aufnahme von Neuzugewanderten – und zur Integration von hier lebenden Menschen mit Zuwanderungsgeschichte – in den Kommunen und durch die Kommunen zu verbessern, d. h. sie durch Innovation nachhaltig effizienter und effektiver zu gestalten.

### 7.1.1 Programminhalte

Die Förderung konzentriert sich auf drei Schwerpunkte.

- 1. Transparenz:** Den Beteiligten, sowohl den Zugewanderten wie auch den Akteuren in der Integrationslandschaft, werden die Bedarfssituation sowie die Angebotsinfrastruktur und die -inhalte transparent gemacht.
- 2. Vernetzung und Koordination:** Die Kommune und die anderen Träger von Angeboten der Integrationsarbeit entwickeln Strukturen und Prozesse zur Vernetzung ihrer Angebote vor Ort, um die Effektivität zu erhöhen. Mit Blick auf die Neuzugewanderten sind die Hilfen zeitlich, inhaltlich und räumlich zu koordinieren.
- 3. Strategische Steuerung:** Die Abstimmung der Angebote der unterschiedlichen Akteure wird nach Quantität und Qualität von der Kommune strategisch gesteuert.

Angesichts der vielfältigen und unterschiedlichen Ansätze in der Integrationsarbeit liegt die Verantwortung für die Auswahl des Handlungsfeldes bei der Kommune. Die Bedarfe vor Ort sowie die vorhandenen Erfahrungen und die Kreativität der Akteure stehen dabei im Vordergrund.

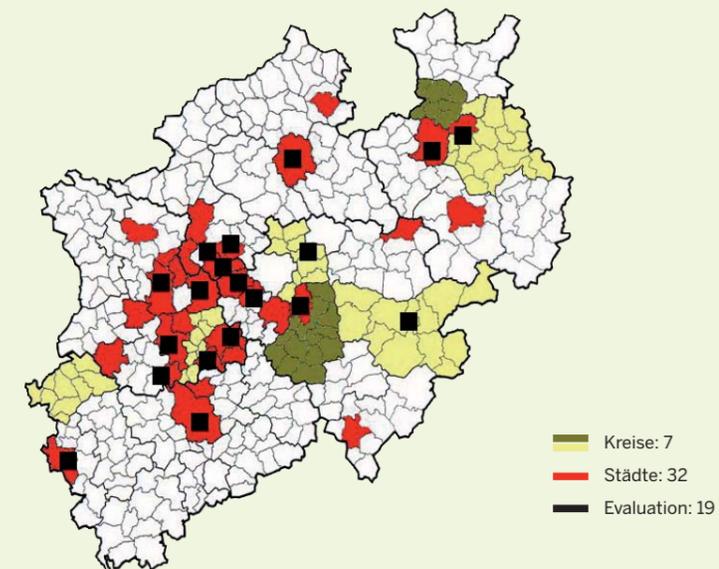
### 7.1.2 Förderphasen und Projekte

Im Haushaltsjahr 2005 konnte in 39 Kommunen des Landes ein KOMM-IN NRW Projekt mit einem Mittelvolumen in Höhe von insgesamt 2,3 Millionen Euro gefördert werden.

Im Haushaltsjahr 2006 wurden 38 Folgemaßnahmen und 26 neue Projekte in Höhe von insgesamt 2,4 Millionen Euro genehmigt. Bei den neuen Projekten handelt es sich um 16 bereits 2005 geförderte Kommunen, die einen weiteren Antrag mit neuem inhaltlichen Schwerpunkt gestellt haben und um zehn Neuanträge. Insgesamt haben 49 Kommunen im Rahmen des Programms eine Förderung erhalten, davon 40 Städte und neun Kreise. Das Gesamtfördervolumen beträgt 4,7 Millionen Euro.

Das Landesprogramm wird von der Landesstelle begleitet und evaluiert. Bisher ist bei allen im Haushaltsjahr 2005 geförderten 39 Kommunen eine Befragung erfolgt. Ergänzend dazu wurden bei 19 ausgewählten Projekten qualitative Interviews durchgeführt. Die nachfolgende Karte zeigt die Standorte der beteiligten Kommunen.

### Standorte Projekte und Evaluation



Ein Blick auf die 39 Projekte der ersten Förderrunde unter Berücksichtigung der Förderschwerpunkte des KOMM-IN NRW Programms macht deutlich, welche spezifischen Ansätze die Projekte verfolgen.

#### Förderschwerpunkt Transparenz

Bestandsaufnahme Angebote	31	97 %
Bestandsaufnahme Bedarfe	25	78 %
Datenbank	20	62 %
Integrationsatlas	16	50 %
Beratungsführer	15	46 %
Begrüßungspaket	13	41 %
Zentrale Anlaufstelle (Zugewanderte)	8	25 %
Sonstiges	10	31 %

**Projektanzahl** **32**

Bemerkung: Mehrfachnennungen möglich

Der Förderschwerpunkt Transparenz war bei keinem Projekt alleiniger Schwerpunkt, so dass neben der Eruiierung des Angebots und der Nachfrage noch weitere Schritte innerhalb der Projekte geplant waren. Hervorzuheben ist, wie wichtig für viele Kommunen die Bestandsaufnahme der Angebote und Bedarfe war, schaffen sie doch die Grundlage für weitere Aktivitäten im Bereich der Vernetzung und Steuerung. Ebenso wichtig ist die Darstellung der Angebote für Zugewanderte und Beratungseinrichtungen. Diese fallen in unterschiedliche Bereiche, wie Begrüßungspaket, Datenbank oder zentrale Anlaufstelle.

Förderschwerpunkt Vernetzung		
Kommunikationsplattform	29	76 %
Integrationskonferenz	26	68 %
Angebotsvernetzung inhaltlich	22	58 %
Koordinierungsstelle (Angebote)	18	47 %
Angebotsvernetzung zeitlich	16	42 %
Angebotsvernetzung räumlich	14	37 %
Sonstiges	4	10 %
<b>Projektanzahl</b>	<b>38</b>	

Bemerkung: Mehrfachnennungen möglich

Die Verteilung des Förderschwerpunktes Vernetzung zeigt auf, dass die meisten Kommunen mit 76 % eine Kommunikationsplattform für die Etablierung von Netzwerken schafften. Fast ebenso viele richteten eine Integrationskonferenz aus oder strukturierten das Angebot in zeitlicher, räumlicher oder inhaltlicher Weise. Hervorzuheben ist, dass die Vernetzung häufig bereits Schritte der Steuerung impliziert oder nach sich zieht, weil durch sie die Integrationsangebote aufeinander bezogen bzw. neu strukturiert werden.

Förderschwerpunkt Steuerung		
Leitbild	15	60 %
Evaluation/QM	10	40 %
Controlling/Kennzahlen	9	36 %
Kontrakte	7	28 %
Sonstiges	4	16 %
<b>Projektanzahl</b>	<b>25</b>	

Bemerkung: Mehrfachnennungen möglich

Der Förderschwerpunkt Steuerung zeigt, dass sehr viele Kommunen innerhalb des Projektes ein Leitbild der Integrationsarbeit und -politik erstellen. Einige steuern durch Kontrakte oder erheben Kennzahlen bzw. evaluieren die Ergebnisse ihres Projektes oder der kommunalen Integrationsarbeit.

## 7.2 Erfolgsfaktoren und Hemmnisse: Ergebnisse der Evaluation

Die Vorstellung einiger Ergebnisse der Evaluation orientiert sich an den Leitbegriffen:

- programmtechnische Aspekte
- positive Aspekte der Projektumsetzung
- hemmende Faktoren und
- Gesamteinschätzung der Projekte.

Eine Veröffentlichung der Gesamtergebnisse der Evaluation ist für Frühjahr 2008 geplant.

### 7.2.1 Programmtechnische Aspekte

Die Rahmenbedingungen der KOMM-IN NRW Förderung werden von den meisten Kommunen als positiv bewertet, weil bereits durch das Förderkonzept die Notwendigkeit besteht, Projekte klar zu strukturieren und entsprechend der Förderschwerpunkte Transparenz, Vernetzung und strategische Steuerung festzulegen. Zudem wurde auch im Nachhinein vielfach die Notwendigkeit begrüßt, die Ausländerbehörden an den Projekten zu beteiligen, weil dadurch sowohl neue integrative Aufgabengebiete von der Behörde bearbeitet als auch Vernetzungen zu anderen Akteuren aufgebaut und verbessert werden. Besonders hervorzuheben ist, dass das KOMM-IN NRW Programm rechtzeitig zu einer Zeit aufgelegt wurde, in der die Kommunen unter anderem durch die Veränderungen des Zuwanderungsgesetzes die Notwendigkeit sahen, ihre Integrationsarbeit neu zu strukturieren und zu akzentuieren. Daher konnte die Förderung diese Prozesse unterstützen und deren Realisierung in einem kürzeren Zeitrahmen ermöglichen.

Die Höhe der Förderung wird von den meisten Kommunen für eine Anschubfinanzierung als ausreichend empfunden. Allerdings besteht bei einigen Kommunen der Wunsch, diese in eine längerfristige Finanzierung zu verwandeln, weil dadurch mehr Anstrengungen und Maßnahmen möglich und diese längerfristig abzusichern wären. Es wurde als nachteilig empfunden, dass durch die relativ kurze Projektlaufzeit (haushaltsbedingt in der Regel nur für ein halbes Jahr, Folgeanträge für ein Jahr) und kaum vorhandene Vorlaufphase enge Fristen entstanden, die der Abstimmung und Erstellung einer sorgfältigeren und anspruchsvolleren Projektkonzeption nicht förderlich waren. Zudem sei der Verwaltungsaufwand mit Zwischen- und Abschlussbericht für diese kurze Laufzeit zu groß gewesen.

Trotz dieser Schwierigkeiten haben die meisten Kommunen ihre Projekte mit Erfolg und voraussichtlich nachhaltiger Wirkung durchgeführt. Dazu trug unter anderem bei, dass zwischen Kommunen Erfahrungsaustausche stattfanden, die teilweise auf informellen bzw. bestehenden formellen Kontakten beruhten sowie im Rahmen von landesweiten Veranstaltungen, Projektworkshops und Projektmesen entstanden.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass trotz der o. g. hemmenden Faktoren – die aber in der Regel nicht programmimmanenten Rahmenbedingungen geschuldet und damit kaum anders zu handhaben waren – das KOMM-IN NRW Programm grundsätzlich sehr viele Prozesse und Strukturveränderungen in den Kommunen initiierte und intensivierete, die die Integrationslandschaft vor Ort positiv verändert haben.

Im Einzelnen zeichnen sich verschiedene Veränderungsprozesse innerhalb der KOMM-IN NRW Projekte ab, die nachfolgend unter verschiedenen Perspektiven näher erläutert werden.

### 7.2.2 Positive Aspekte der Projektumsetzung

Die Evaluation der Projektkommunen zeigt auf, dass das KOMM-IN NRW Programm erfolgreiche Ansätze in den Kommunen förderte. Dieses lässt sich zunächst an den drei Förderschwerpunkten aufzeigen.

#### Transparenz

Betrachtet man den Förderschwerpunkt Transparenz, so lässt sich festhalten, dass in sehr vielen Projekten die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die Städte und Kreise selbst als auch die Träger von Integrationsmaßnahmen erfahren haben, welche Maßnahmen angeboten werden, welche speziellen Maßnahmen fehlen und welche Bedarfe bestehen. In sehr vielen Fällen wurde diese Transparenz unter anderem durch die Einbeziehung von zugewanderten Menschen oder deren Selbstorganisationen in die Projekte und Prozesse erreicht.

#### Vernetzung

Der Förderschwerpunkt Vernetzung war in sehr vielen Projekten vorhanden und schloss sowohl die Vernetzung von Integrationskursträgern als auch der Verwaltung und ihrer Einheiten selbst sowie die der Selbstorganisationen und Akteure im Bereich der Integrationsarbeit ein. Es ist sowohl für den Prozess selbst als auch für dessen Nachhaltigkeit sehr positiv zu bewerten, dass durch diese Vernetzung neue Strukturen geschaffen wurden, die momentan für eine Verbesserung in der Integrationsarbeit sorgen, darüber hinaus aber auch längerfristige Wirkungen zeigen, da bestehende Netzwerke funktionieren und die weitere Arbeit mitgestalten.

#### Steuerung

Aufbauend auf Transparenz und Vernetzung war es innerhalb des Programms ein Anliegen vieler Kommunen, die Integrationslandschaft und das Integrationsangebot strategisch zu steuern, um selbst Ziele im Integrationsbereich zu setzen und diese mit Maßnahmen und strukturellen Veränderungen zu erreichen. Dieses ist in vielen Städten und Kreisen gelungen. Es wurden Gremien und Konferenzen eingerichtet, Zuschnitte in der Verwaltung verändert, Ausländerbehörden eingebunden, Selbstorganisationen für Aufgabenfelder gewonnen und Kooperationen zwischen Selbstorganisationen und der Ausländerbehörde aufgebaut, die langfristig die Steuerung durch die Kommunen erleichtern.

Generell kann vor dem Hintergrund der drei Förderschwerpunkte konstatiert werden, dass die Kommunen und Kreise innerhalb der Laufzeit der Projekte viele Prozesse initiiert und umgesetzt haben. Vielfach ist es zudem gelungen, diese Prozesse abzusichern und eine dauerhafte Wirkung zu erreichen.

Im Einzelnen lassen sich die integrations- bzw. projektfördernden Prozesse der Kommunen unter drei Themenbereiche subsumieren, die unterschiedliche Projektaktivitäten beinhalten:

#### A. Vernetzung

- Projektsteuerung durch die Kommunen
- Projektverantwortlichkeit
- Einbindung Verwaltungsspitze
- Einbindung Ausländerbehörden
- Einbindung Integrationsräte, Ausländerbeiräte, Integrationsausschüsse und politischer Gremien
- Einbindung Migrantenselbstorganisationen
- Vernetzung Politik, Verwaltung und Praxis
- Einsetzen einer neutralen Moderation

#### B. Steuerung

- Bedarfsorientierung und Priorisierung
- Kontinuität
- Sicherung der Nachhaltigkeit
- Controlling und Kennzahlen

#### C. Organisation und Öffentlichkeit

- Einrichtung einer Integrationsstelle in der Kommune
- Aufbau individueller Begleitangebote
- Entwicklung adäquater Kommunikationsstrukturen
- Sensibilisierung und Öffentlichkeitsarbeit

### Gestaltungsansätze

#### A. Vernetzung

##### Projektsteuerung durch die Kommunen

Die Tatsache, dass die Kommunen selbst die Projekte einrichteten und steuerten kann nicht hoch genug bewertet werden. Denn die Kommune wird vielfach als neutrale Instanz gesehen, die neue Aktivitäten und Maßnahmen strukturiert. Dadurch wird zum einen die Konkurrenz der Akteure minimiert, die kommunalen Strukturen werden aufeinander abgestimmt, Verwaltung und Politik partizipieren an diesem Prozess und beziehen dadurch Integration in vielfältigen Facetten in ihr aktives Handeln ein. Insgesamt wird somit die Etablierung der Integration als Querschnittsaufgabe forciert.

Die Bedeutung der Steuerung durch die Kommune wurde von nahezu allen Projekten herausgestellt, die in der Evaluation näher befragt wurden. Fast alle hoben die vielfältigen strukturverändernden und projektfördernden Impulse hervor, die daraus entstanden. Darum erweist sich die Einbindung der Kommune als ganz wesentlicher Aspekt der KOMM-IN NRW Förderung mit weitreichenden positiven Konsequenzen.

##### Projektverantwortlichkeit

Die Projektverantwortlichen sind für den Projektverlauf von besonderer Bedeutung. Denn durch ihre Arbeit wird die Durchführung und Kontinuität der Projekte abgesichert. Sie sind in der Regel innerhalb der Kommune Fürsprecher der Projekte und haben die „Fäden in den Händen“. Sie kümmern sich um den Projektverlauf und tragen ihre Erkenntnisse an die entscheidenden Funktionsträger in Politik und Verwaltung weiter. Dadurch wird nochmals der Prozessverlauf gestärkt und das Thema breiter und intensiver in kommunale Strukturen hineingetragen.

**Einbindung Verwaltungsspitze**

Sehr viele Projekte werden innerhalb der Kommunen von der Verwaltungsspitze mitinitiiert oder von diesen mitbefördert. Dadurch haben die Projekte einen enormen Stellenwert bei der Umsetzung und die Projektverantwortlichen erhalten bei Schwierigkeiten im Projektverlauf den notwendigen Rückhalt.

**Einbindung Ausländerbehörden**

Die Einbindung der Ausländerbehörden war innerhalb der Programmkonzeption gefordert. Viele Projekte stellen dies im Nachhinein als wichtigen Aspekt heraus, weil die Ausländerbehörden wie geplant einen anderen Stellenwert in der Integrationsarbeit bekommen. Zudem vernetzen sie sich enger mit den weiteren Verwaltungen, den Migrantenselbstorganisationen und anderen Trägern von Integrationsmaßnahmen. Dadurch werden die gesamten Angebote enger gekoppelt und die Akzeptanz der Aufgabenwahrnehmung der Ausländerbehörde steigt.

**Einbindung Integrationsräte, Ausländerbeiräte, Integrationsausschüsse und politischer Gremien**

Nahezu in allen Projekten kann festgestellt werden, dass die Einbindung von Integrationsausschüssen, Integrationsräten, Migrationsräten sowie von politischen Gremien für einen positiven Projektverlauf eine große Bedeutung besitzt. Dies muss in der Regel nicht heißen, dass die Projekte im Rat oder Hauptausschuss thematisiert werden (was allerdings häufig vorkam), aber die Beschäftigung mit den Themen in den Fachausschüssen und die Informationen und Abstimmungsprozesse in den Fraktionen trugen sehr viel zu einer positiven Strukturierung sowie zur Akzeptanz des Projektgeschehens und der Neuausrichtung bei.

**Einbindung Migrantenselbstorganisationen**

Dieser Sachverhalt der Einbeziehung integrationsrelevanter Akteure ist nicht hoch genug einzuschätzen. In der Mehrzahl der Projekte kam es den Projektverantwortlichen darauf an, nicht mehr über, sondern mit den Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu sprechen. Auf diesem Wege konnten nicht nur Bedarfe ermittelt, sondern gleichzeitig die Migrantenselbstorganisationen und andere Akteure und Träger stärker in die weitere Integrationsarbeit der Kommunen eingebunden werden. Damit sind sie vielfach als Partizipierende und Handelnde in die strategische Steuerung der Kommune involviert, führen Maßnahmen aus und haben Multiplikationsfunktionen inne.

**Vernetzung Politik, Verwaltung und Praxis**

Das gleiche gilt für die Vernetzung der Politik, Verwaltung und Praxis. In vielen Projekten wurden enge Arbeitskontakte zwischen den unterschiedlichen Akteuren in den Städten und Kreisen initiiert, die sich mit dem Thema Integration befassen und somit die Arbeit der Projekte vorantreiben und nach außen tragen. Integration wird damit zum Querschnittsthema und bezieht zudem eine Reihe von Akteuren in die Prozesse ein.

Einige Kommunen sehen bereits jetzt die Notwendigkeit, mit gezielten Maßnahmen dafür zu sorgen, dass zwischen den vorhandenen Netzen Austauschprozesse stattfinden, um die Erkenntnisse in anderen Bereichen nutzbar zu machen. Dazu wurde z. B. ein „Metanetzwerk“ geschaffen, das die Prozesse koordinieren soll.

**Neutrale Moderation**

In vielen Projekten wurde eine externe oder neutrale Moderation eingesetzt, was sich vor allem im Bereich der Vernetzung und der Angebotsstrukturierung als richtungsweisend und akzeptanzfördernd erwies. Dadurch konnte mit der häufig bestehenden Konkurrenzsituation aktiv umgegangen werden und die Träger leichter auf eine gemeinsame Ausrichtung bzw. Spezifizierung auf bestimmte Kontexte festgelegt werden. Im Bereich der Konferenzen war die neutrale Moderation förderlich für eine breite Diskussion und die Festlegung von allgemeinverbindlichen Zielen. Die neutrale Moderation wurde in vielen Fällen entweder an externe Institutionen oder Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vergeben oder von der Stadt bzw. dem Kreis selbst übernommen. Hierzu wurden dann speziell in Moderationstechniken ausgebildete kommunale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Projekte ausgewählt.

**B. Steuerung****Bedarfsorientierung und Priorisierung**

Implizit ist bereits angesprochen worden, dass die Kommunen die Projekte dazu nutzen, um z. B. durch die Einbeziehung der Migrantenselbstorganisationen bzw. durch Auswertung statistischer Daten die Angebote stärker auf die vorhandenen Bedarfe zu beziehen bzw. diese zu erkennen. Dies ist in einer Vielzahl der untersuchten Projekte gelungen. Ausgehend von dieser Erkenntnis wurden in vielen Projekten Handlungsfelder priorisiert. Dies geschah insbesondere vor dem Hintergrund der z. T. angespannten Haushaltslage in den Kommunen. Das Vorgehen führt dazu, dass die Themen, die zum einen drängend sind zum anderen aber mit dem Auflegen von einzelnen kurzfristigen Maßnahmen verbessert werden können, in den Fokus rücken, was zu konkreten und kontinuierlichen Angebotsstrukturen führt. Weiterhin werden Zielsetzungen festgelegt, in welchen weiteren Feldern Anstrengungen in welcher Weise geplant werden können. In diesem Zusammenhang wurden vielfach Integrationskonferenzen unter Beteiligung einer großen Anzahl von Akteuren durchgeführt.

**Kontinuität**

Innerhalb der Integrationskonferenzen und anderen Steuerungsmaßnahmen durch die Kommunen konnte festgestellt werden, dass die Anstrengungen sich darauf beziehen, bestehende Angebote zu strukturieren und aufeinander zu beziehen. Die Kommunen haben diese Anforderung umgesetzt und die Integrationsarbeit strukturiert und aufeinander abgestimmt. Es stehen dabei weniger die Auflegung neuer Einzelmaßnahmen im Fokus, sondern die sinnvolle Bündelung und gegenseitige inhaltliche und zeitliche Verknüpfung von Integrationsmaßnahmen.

**Sicherung der Nachhaltigkeit**

Von besonderer Bedeutung ist die langfristige Absicherung der Projekterfolge. Dies wurde in manchen Projekten dadurch erreicht, dass in den Projekten erarbeitete Maßnahmen und Bausteine nach der Etablierung an Dritte übergeben wurden bzw. diese nach der Projektdurchführung mit entsprechenden Aufgaben betraut wurden. Hierzu haben die Kommunen neue Strukturen in der Verwaltung geschaffen und konnten darüber hinaus Träger von Integrationsmaßnahmen, Vernetzungen und Migrantenselbstorganisationen mit ihren spezifischen Fähigkeiten und Kenntnissen in die Arbeit einbinden. Dadurch wird gewährleistet, dass die geschaffenen Strukturen weiter erfolgreich bestehen.

**Controlling und Kennzahlen**

Im Bereich Controlling, Monitoring und Kennzahlenerhebung im Integrationsbereich haben mehrere Projekte damit begonnen, für diesen Bereich die Vorarbeiten zu leisten. Diese Verfahren laufen bei den meisten Projekten noch, stehen aber bei einigen bereits vor dem Abschluss. Festgehalten werden kann daher, dass die Erreichung dieser Zielsetzung sehr zeitintensiv ist und in den kurzen Zeiträumen der Anschubfinanzierung nicht umgesetzt werden konnte. Hinzu kommt, dass die Kommunen und Kreise auch die Veränderungen durch die KOMM-IN NRW Projekte selbst einbeziehen wollten, die in dieser Form jedoch noch nicht messbar sind. Deutlich hervorzuheben ist aber, dass die Einbeziehung solcher Kenntnisse enorm wichtig ist für die Veränderungsprozesse in den Kommunen und die Schaffung von Kontinuität, Qualität und Konzentration innerhalb der Integrationsarbeit.

**C. Organisation und Öffentlichkeit****Einrichtung einer Anlaufstelle in der Kommune**

Den Schritt der Einrichtung einer Integrationsstelle haben verschiedene Kommunen unternommen. Diese zentralen Stellen hatten in den Projekten unterschiedliche Bezeichnungen, ihnen ist aber gemeinsam, dass sie den Zugang der Zugewanderten zu den kommunalen Angeboten steuerten und strukturierten. Dadurch wurden die Angebote aufeinander abgestimmt und Zugewanderte passgenau und zeitnah vermittelt. Die Kommunen geben durch dieses Vorgehen z. T. auch Zielsetzungen vor, welche weiteren Angebote und Maßnahmen mittel- und langfristige angeboten werden sollen.

**Aufbau individueller Begleitangebote**

Einige Projekte erreichten innerhalb der KOMM-IN NRW Förderung die Etablierung von unterschiedlichen Strukturen, die den Zugang zur Kommune und die Integrationsprozesse systematisierten und vereinfachten. Diese Projekte liefen unter Titeln wie „Integrationscout“ und „Migrantenticket“ oder es handelte sich um zentrale Anlaufstellen für Zugewanderte. Es ist hervorzuheben, dass in vielen Kommunen für die individuellen Steuerungsprozesse noch Strukturen geschaffen werden müssen, damit die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte durch die vielfältigen Integrationsangebote auch erreicht werden.

**Entwicklung adäquater Kommunikationsstrukturen**

In vielen Projekten wurde festgestellt, wie wichtig es bei der Einbindung bestimmter Gruppen ist, diese in entsprechende Formen zu kleiden. Z. B. ist es wichtig, bei der Einbindung von Migrantenselbstorganisationen darauf zu achten, dass die Selbstorganisationen häufig von berufstätigen Ehrenamtlichen geführt werden, die entsprechend zu Terminen eingeladen werden müssen, die außerhalb der Arbeitszeit liegen. Ebenso ist für verschiedene Veranstaltungen mit Migrantenselbstorganisationen das Rathaus nicht der Ort, an dem Sitzungen abgehalten werden sollten. Es besteht die Notwendigkeit, interkulturelle Kompetenzen und Erkenntnisse zu entwickeln, um zugewanderte Menschen passgenau in die Arbeit der Projekte einzubeziehen.

**Sensibilisierung und Öffentlichkeitsarbeit**

Wie bei dem Aspekt der Vernetzung schon verdeutlicht wurde, wird durch die Projekte die Aufgabe Integration zum Querschnittsthema. Damit geht in vielen Kommunen einher, dass viele Funktionsträger und die Öffentlichkeit für das Thema sensibilisiert werden. Es war ein Ziel einer Reihe von Projekten, die Öffentlichkeit über den Projektfortgang und -erfolg zu informieren. Dies geschah sowohl, um die Erkenntnisse weiterzugeben als auch zur Akzeptanzsteigerung

des Themas Integration in der Öffentlichkeit. Die Beschäftigung mit Integrations-themen bekam in vielen Kommunen eine positive Konnotation.

**7.2.3 Hemmende Faktoren**

Viele hemmende Faktoren ergeben sich im Grunde durch die Negation der bisher genannten positiven Erkenntnisse aus den Projekten. Hervorzuheben ist aber, dass bei einer begrenzten Projektlaufzeit die Zielsetzungen nicht zu komplex und weitreichend sein sollten. Projekte, die sich auf notwendige und erreichbare Zielsetzungen konzentrieren und innerhalb des Ablaufs für Kontinuität und Nachhaltigkeit sorgen, sind unter den im Programm angesprochenen Gesichtspunkten sehr erfolgreich.

Ein weiterer wichtiger Punkt besteht in der bereits angesprochenen Projektsteuerung durch die Kommune. Zwar kann es durchaus sinnvoll sein, dass die Kommune den Auftrag der Projektdurchführung an Dritte weitergibt. In einem solchen Fall sollten sich aber dennoch Kommunalvertreter um den Projektverlauf kümmern und dessen Kommunikation in kommunale Zusammenhänge sicherstellen, damit die oben beschriebenen positiven Aspekte ihren Niederschlag finden können. Darüber hinaus sind bei neuen Projekten die programmimmanenten hemmenden Faktoren wie Laufzeit und Vorlaufzeit in die Überlegungen einzubeziehen. Die Fördervoraussetzungen von KOMM-IN NRW sind mittlerweile bekannt, sodass Kommunen sich auf die Ausschreibungen einstellen können. Daher ist es möglich, bereits im Vorfeld Überlegungen anzustellen, welche spezifischen Projekte zum jetzigen Zeitpunkt in den Kommunen notwendig sind und zu den KOMM-IN NRW Förderrichtlinien passen.

**7.2.4 Gesamteinschätzung**

Insgesamt ist feststellbar, dass sich neben den einzelnen angesprochenen Faktoren in den projektdurchführenden Kommunen und Kreisen die „Integrationslandschaft“ verändert hat.

Von fast allen befragten Projekten wird hervorgehoben, dass durch die Förderung des Landes die Aufgabe Integration zum Querschnittsthema geworden ist, an dem sich alle Fachbereiche beteiligen und bei vielen Maßnahmen in der Kommune Berücksichtigung findet.

Weiterhin wird vielfach angemerkt, dass sich ebenso die Wahrnehmung durch die Politik gewandelt hat. Fragestellungen im Rahmen der Integration werden aufgenommen, angesprochen und Themen in die Räte und Verwaltungen eingebracht.

Darüber hinaus wirken die Projekte auf die Stadtöffentlichkeit. Durch die Veröffentlichung der Zielsetzungen, Projektprozesse und Erfolge gelangt das Thema Integration in den öffentlichen Diskurs.

Das KOMM-IN NRW Programm kam zur rechten Zeit, das heißt, in Städten und Kreisen bestand nach der Einführung des Zuwanderungsgesetzes 2005 die Notwendigkeit Veränderungsprozesse einzuleiten. Das Programm konnte damit in diesem zeitlichen Rahmen zur strategischen Steuerung und Neustrukturierung mit längerfristiger Wirkung entscheidend beitragen.

### 7.3 Praxisbeispiele

Die 19 unten genannten Projekte wurden einer qualitativen Evaluation unterzogen. Die Kurzübersichten stellen die Projekte mit ihren Hauptzielsetzungen vor.

Die Übersichtstabelle zu den hier vorgestellten KOMM-IN NRW Projekten bietet Interessierten die Möglichkeit, auf einen Blick die Kommunen zu finden, die ein bestimmtes Produkt im Rahmen der KOMM-IN NRW Förderung realisieren. Da sich die hier aufgeführten Projekte hinsichtlich Fördersummen und -laufzeiten unterscheiden und einige Projekte zum Zeitpunkt der Evaluation noch nicht abgeschlossen waren, ist zu berücksichtigen, dass hinter dem namentlich gleichen Projekten verschiedene

- Rahmenbedingungen,
- Akteursbeteiligungen,
- Herangehensweisen/Methoden/Ansätze,
- konkrete Ausgestaltungsweisen und
- Umsetzungsgrade stehen.

In dieser Übersicht finden sich die Projekte und Gestaltungsansätze, die am häufigsten in den hier präsentierten Projekten und Kommunen umgesetzt wurden, das heißt, dass spezielle Produkte, die in nur einer Kommune eingerichtet wurden, nicht beinhaltet sind – über solche Aktivitäten geben die nachfolgenden Kurzbeschreibungen der einzelnen KOMM-IN NRW Projekte Aufschluss. Es sei zudem darauf hingewiesen, dass diese Übersicht nicht die insgesamt in den vorgestellten Kommunen zur Verfügung stehenden Produkte und Strukturen im Integrationsbereich abbildet, sondern ausschließlich die im Rahmen der KOMM-IN NRW Förderung entwickelten und implementierten. Eine Gesamtübersicht aller geförderten KOMM-IN NRW Projekte der ersten Förderphase findet sich im Anhang.

Inhalte der KOMM-IN Projekte	Kommune																Gestaltungsansatz			
	Stadt Aachen	Stadt Bad Salzuflen	Stadt Bielefeld	Stadt Bochum	Stadt Dormagen	Stadt Duisburg	Stadt Düsseldorf	Stadt Essen	Stadt Gelsenkirchen	Stadt Herne	Hochsauerlandkreis	Stadt Iserlohn	Stadt Köln	Stadt Münster	Stadt Recklinghausen	Stadt Solingen		Kreis Unna	Stadt Witten	Stadt Wuppertal
Integrationsbroschüre Angebote – print/online –				X	X		X	X		X	X	X	X		X	X	X	X		Transparenz und Vernetzung
Integrationsdatenbank Angebote/internetgestützte Vernetzung Angebotsträger	X			X	X			X			X	X			X		X		X	
Integrationsportal im Internet	X			X				X			X	X					X		X	
Begleitangebote/Checkliste zu Beratungsabläufen – gedruckt/im Internet/personell –	X			X	X			X		X		X					X		X	Prozesssteuerung
Zentrale Anlaufstelle für Neuzugewanderte in (der Nähe) der Ausländerbehörde	X	X*		X	X		X*	X		X					X	X	X			
Etablierung Fachstelle Integration in der Kommunalverwaltung (Koordinationsstelle)	X			X*	X		X												X*	Vernetzung und Steuerung
Vernetzungsgremium Anbieter (insbesondere Integrationskursanbieter)	X	X*		X	X				X	X	X	X	X		X	X	X	X		
Integrationskonferenz(en)		X		X	X	X			X				X	X	X		X	X		
Handlungsempfehlungen/Leitlinien zur Integrationsarbeit/-politik bzw. Integrationskonzept	X°	X	X	X		X	X°		X°		X		X	X			X	X		
Handlungsfeldbezogene Arbeitsgruppen/Workshops		X	X	X		X	X		X	X	X			X			X	X		Beteiligung
Stärkung Mitwirkungskompetenz Migranten-selbstorganisationen			X		X+									X	X		X	X		
Entwicklung Monitoring/Kennzahlen				X		X	X		X	X	X				X	X				Controlling

\* parallele Entwicklung zum KOMM-IN Projekt der Kommune, nicht Teil der Förderung  
 ° bereits vor Projektstart begonnen  
 + „Rat der Religionen“

## Stadt Aachen

<b>Projekttitle:</b>	„Kommunale Agentur für Bildungserstberatung für Migrantinnen und Migranten“
<b>Ausgangslage:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einwohnerzahl: 260.000</li> <li>• Anteil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte: 14 % (ca. 36.000)</li> </ul>
<b>Durchführungszeitraum:</b>	1.7.2005 – 31.12.2006
<b>Förderschwerpunkte:</b>	Transparenz, Vernetzung, Strategische Steuerung
<b>Projekthalt:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kommunale Agentur für Bildungserstberatung: Aufbau eines Verbunds von städtischen Ämtern der Verwaltung – Ausländerbehörde, Stabstelle Integration, VHS – und externen Beraterteams von Sprachkurs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsträgern, Berufskolleg, Migrantenselbstorganisationen zwecks Durchführung einer individuellen und passgenauen Erstberatung für Neuzugewanderte sowie bedarfsorientierter Beratung für Bestandsausländerinnen und -ausländer mit den Schwerpunkten Migrationserstberatung, Sprachberatung, Schule/Ausbildung, Arbeitsmarkt</li> <li>• „Migrantenticket“ als Steuerungsinstrument für Beratungsabläufe und als Wegweiser</li> <li>• Erstellung eines persönlichen Profils, das dem Bildungsweg des Zugewanderten als Grundlage weiterer bedarfsorientierter Beratungen stets angepasst wird</li> <li>• Datenbank kommunaler Nachfrage- und Angebotsprofile</li> </ul>
<b>Erfolgsfaktoren:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Effektivität und Wirtschaftlichkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• Schaffung passgenauer Bildungsangebote und Herstellung einer ausgeglichenen Bilanz von Angebot und Nachfrage</li> <li>• Koordinierung entscheidender Stellen zur Vermeidung von Ressourcenverschwendung und Zeitverlust</li> </ul> </li> <li>• Innovation <ul style="list-style-type: none"> <li>• Flexibilität der Planungen aufgrund von Transparenz und Vernetzung</li> <li>• Zusammenführung von bisher separiert agierenden kommunalen und sonstigen Beratungseinrichtungen zu einer organisatorischen Einheit</li> <li>• Aufbrechen bestehender Strukturen und Einbindung vieler Akteure</li> </ul> </li> <li>• Nachhaltigkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• Neue Organisationseinheit bleibt nach Projektende arbeitsfähig</li> <li>• Bereitschaft zur langfristigen Zusammenarbeit bei allen Beteiligten</li> <li>• Wertschätzung durch politische Gremien: Aufnahme als „Vorzeigeprojekt“ in das städtische Integrationskonzept</li> </ul> </li> </ul>
<b>Ansprechpartnerin:</b>	Frau Kreuzer, E-Mail: iris.kreutzer@mail.aachen.de Tel.: 0241/432-5663, Fax: -5666
<b>Internetadresse der Kommune:</b>	www.aachen.de
<b>E-Mail-Adresse des Projektes:</b>	integration@mail.aachen.de

## Stadt Bad Salzuflen

<b>Projekttitle:</b>	„Wirkungsorientierte Steuerung“ „Projekt zur Erstellung von Leitlinien für die Integrationspolitik und Integrationsarbeit unter Einbeziehung aller Bereiche der Stadtgesellschaft“
<b>Ausgangslage:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einwohnerzahl: ca. 60.000</li> <li>• Anteil Menschen mit Zuwanderungsgeschichte: ca. 2.386 ausländische Menschen und ca. 3.282 Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler</li> </ul>
<b>Durchführungszeitraum:</b>	1.8.2005 bis 30.9.2006
<b>Förderschwerpunkte:</b>	Transparenz, Vernetzung, Strategische Steuerung
<b>Projekthalt:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Durchführung von neun Workshops zur Erstellung von Leitlinien zur Ausgestaltung der zukünftigen Integrationsarbeit mit Teilnehmenden aus der gesamten Stadtgesellschaft unter Einbeziehung von Migrantenselbstorganisationen in den Bereichen Schule/Bildung, Wohnen, Arbeit und Partizipation</li> <li>• Erstellung von Leitlinien zur Integrationspolitik und Integrationsarbeit der Stadt</li> <li>• Politischer Beschluss zur Umsetzung der Leitlinien auf allen kommunalen Ebenen</li> </ul>
<b>Erfolgsfaktoren:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Effektivität und Wirtschaftlichkeit Mit relativ geringem Förderbetrag umfassende Einbindung von Expertenwissen aus unterschiedlichen Bereichen zur Gewinnung von Erkenntnissen für die Integrationspolitik und deren weitere Ausrichtung</li> <li>• Innovation Entwicklung von Leitlinien aus gemeinschaftlichem, kommunikativem Diskurs mit Teilnehmenden, die auch für die Umsetzung verantwortlich sind</li> <li>• Nachhaltigkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• Aufbau von Vernetzungsstrukturen innerhalb und außerhalb der Verwaltung</li> <li>• Ratsbeschlüsse zu den Leitlinien, die bei Entscheidungen von Fachbereichen und Verwaltung berücksichtigt werden müssen</li> <li>• Installierung von Anschlussmaßnahmen und Projekten, die die Integrationsarbeit und -politik strukturieren und ausbauen (u. a. unter Berücksichtigung eines Folgeprojektes durch KOMM-IN)</li> </ul> </li> </ul>
<b>Ansprechpartner:</b>	Herr Herrmann, E-Mail: j.herrmann@bad-salzuflen.de Tel.: 05222/952-454, Fax: -409
<b>Internetadresse der Kommune:</b>	www.bad-salzuflen.de

## Stadt Bielefeld

<b>Projekttitle:</b>	„Entwicklung eines interkulturellen Gesamtkonzeptes plus Modul Migrantenselbstorganisationen“
<b>Ausgangslage:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einwohnerzahl: 330.000</li> <li>• Anteil Menschen mit Zuwanderungsgeschichte: über 70.000</li> </ul>
<b>Durchführungszeitraum:</b>	1.7.2005 – 31.12.2006
<b>Förderschwerpunkte:</b>	Transparenz, Vernetzung, Strategische Steuerung
<b>Projekthalt:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Schulung der Migrantenselbstorganisationen</li> <li>• Vorbereitende Workshops zur Erstellung des „Konzeptes zur Verbesserung und Förderung der Integration der Zuwanderinnen und Zuwanderer“</li> </ul>
<b>Erfolgsfaktoren:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Effektivität und Wirtschaftlichkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einbindung unterschiedlicher Beteiligter (Dezernate, Wohnungswirtschaft, Polizei etc.); dadurch Identifizierung und Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven, Zielsetzungen und Handlungsfelder</li> <li>• Einbeziehung von Migrantenselbstorganisationen, um Bedarfe zu erkennen und abzudecken</li> <li>• Überprüfung der Regelangebote der Stadt durch Einbeziehung von Migrantenselbstorganisationen</li> </ul> </li> <li>• Innovation <ul style="list-style-type: none"> <li>• Hebung des Engagements von Selbstorganisationen über Schulungen und Einbindungsprozesse</li> <li>• Abstimmungsprozesse mit den Bildungs- und Integrationsbeauftragten der Selbstorganisationen mit Rückwirkung auf die Vereine</li> </ul> </li> <li>• Nachhaltigkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• Integration hat u. a. durch das Projekt und die Einbeziehung des Oberbürgermeisters einen neuen Stellenwert bekommen</li> <li>• Einbindung der Dezernate und intensiver Austausch mit Zugewanderten und deren Organisationen zur Erarbeitung eines Integrationskonzeptes sichert Integrationsarbeit langfristig ab</li> <li>• Kommune bezieht Zielsetzungen, Themen und Projekte der Selbstorganisationen bei der Umsetzung mit ein</li> <li>• Stadt wird weiterhin die Arbeit der Selbstorganisationen unterstützen, sodass bei Vorliegen des Integrationskonzeptes weitere Schritte unter Einbeziehung der Vereine umgesetzt werden können</li> </ul> </li> </ul>
<b>Ansprechpartnerin:</b>	Frau Grewe, E-Mail: interkulturelles.buero@bielefeld.de Tel: 0521/51-3403, Fax: -6019
<b>Internetadresse der Kommune:</b>	www.bielefeld.de

## Stadt Bochum

<b>Projekttitle:</b>	„Informationsbüro für Neuzugewanderte und InteressentInnen an Integrationskursen“ „Integration geht alle an! Auf dem Weg zu einem gesamtstädtischen Integrationskonzept“
<b>Ausgangslage:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einwohnerzahl: ca. 380.000</li> <li>• Ausländerinnen und Ausländer: rd. 8,8 %</li> </ul>
<b>Durchführungszeitraum:</b>	1.7.2005 - 15.2.2007
<b>Förderschwerpunkte:</b>	Transparenz, Vernetzung, Strategische Steuerung
<b>Projekthalt:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Informationsbüro für Neuzugewanderte in der Nähe der Ausländerbehörde besetzt durch die verschiedenen Träger</li> <li>• Mehrsprachiger Flyer zu Integrationskurs- und Migrationserstberatungsangeboten, Online-Informationsdienst zum aktuellen lokalen Integrationskursangebot</li> <li>• Beratungsführer („EinWanderführer“), internetgestützter Integrationsatlas</li> <li>• Erste Integrationskonferenz und Gründung von fünf handlungsfeldbezogenen Fachforen zur Entwicklung eines gesamtstädtischen Integrationskonzeptes</li> </ul>
<b>Erfolgsfaktoren:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Effektivität und Wirtschaftlichkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• Betrachtung neuer Themenfelder unter den Gesichtspunkten von Migration und Integration</li> <li>• Erweiterung der durch KOMM-IN erzielten Angebots- und Trägervernetzung und damit Transparenz des gesamten Bochumer Integrationsangebotes</li> </ul> </li> <li>• Innovation <ul style="list-style-type: none"> <li>• Dezernatsübergreifende Abstimmung integrationspolitischer Ziele durch Neueinrichtung des Integrationsbüros in Anbindung an das Büro der Oberbürgermeisterin sowie regelmäßig tagende Lenkungsgruppe auf Dezernats-ebene unter Leitung der Oberbürgermeisterin</li> </ul> </li> <li>• Nachhaltigkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• Breite Unterstützung durch Politik, Verwaltung und Verwaltungsvorstand</li> <li>• Verstärktes öffentliches Interesse an Integrationsfragen durch gute Öffentlichkeitsarbeit</li> <li>• Steuerung der implementierten Arbeitsstrukturen zur Integrationskonzeptentwicklung und Pflege des künftigen Internet-Integrationsatlases durch das neue Integrationsbüro</li> <li>• Weiterführung des Informationsbüros</li> <li>• Etablierung des Gremiums Integrationskonferenz über Projektende hinaus</li> <li>• Fortführung der Vernetzung der Integrationskursträger durch den Regional Koordinator des BAMF</li> </ul> </li> </ul>
<b>Ansprechpartnerinnen:</b>	Frau Dogruer-Rütten: E-Mail: Dogruer-Ruetten@bochum.de Tel.: 0234/910-1800, Fax: -1119 Zum „EinWanderführer“: Frau Timmermann: E-Mail: htimmermann@bochum.de Tel. 0234/910-2869, Fax: -2926
<b>Internetadresse der Kommune:</b>	www.bochum.de
<b>Internetadresse des Projektes:</b>	www.bochum.de/integrationsbuero/integrationskonferenz2006.htm

## Stadt Dormagen

<b>Projekttitle:</b>	„Zusammenleben in Dormagen (ZiD)“
<b>Ausgangslage:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einwohnerzahl: 63.051</li> <li>• Anteil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte: 12 % (= 7.620)</li> </ul>
<b>Durchführungszeitraum:</b>	1.7.2005 - 30.11.2006
<b>Förderschwerpunkte:</b>	Transparenz, Vernetzung, Strategische Steuerung
<b>Projekthalt:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Leit- und Koordinierungsstelle: Durchführung einer Bestandsaufnahme zu allen kommunalen Integrationsleistungen, Errichtung eines Netzwerkes zur Koordination von und Information über Integrationsleistungen, Erstellung einer Website und einer telefonischen Hotline</li> <li>• Beratungsführer: Vermittlung wichtiger Anlaufstellen zu Themen wie Beruf, Gesundheit, Wohnen, Kultur usw.</li> <li>• Integrationskonferenz: Schaffung eines Forums zur Etablierung eines Netzwerkes in der Integrationsarbeit</li> <li>• Rat der Religionen: Organ aus Vertretern der Dormagener Religionsgemeinschaften mit dem Ziel des Austausches, der Diskussion aktueller Problemlagen sowie Ausgestaltung eines Arbeitsprogramms unter wissenschaftlicher Begleitung</li> <li>• Einsetzung und Beibehaltung einer Integrations-Steuerungsgruppe aus Mitgliedern des Integrationsrates, des Rates der Religionen und des ZiD-Netzwerkes</li> <li>• Bestellung einer städtischen Integrationsbeauftragten</li> </ul>
<b>Erfolgsfaktoren:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Effektivität und Wirtschaftlichkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erfolgsorientierte Vermittlung von Integrationskursteilnehmerinnen und -teilnehmern, dadurch Reduzierung von Folgekosten für alle integrationsrelevanten kommunalen Stellen</li> <li>• Schaffung von Strukturen, die Reibungsverluste minimieren und Arbeitsprozesse optimieren</li> </ul> </li> <li>• Innovation <ul style="list-style-type: none"> <li>• Schaffung neuer Strukturen, Institutionen und Gremien</li> <li>• Abstimmung zwischen bisher völlig separat wirkender Stellen und Interessensgruppen</li> </ul> </li> <li>• Nachhaltigkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• ZiD-Leitstelle mit Personal aus dem Fachbereich „Soziales Wohnen“ wird fester Bestandteil der Administration</li> <li>• Aufrechterhaltung der geschaffenen Strukturen aufgrund hoher Akzeptanz seitens politischer Gremien, Kooperationspartnern und der Öffentlichkeit</li> <li>• Zusage weiterer Mitwirkung durch die Kooperationspartner</li> <li>• Weiterbestehen der Integrationskonferenz, Netzwerkabsprachen und Steuerungsgruppe</li> <li>• Fortbestehen des im Wesentlichen ehrenamtlich konstituierenden Rates der Religionen</li> </ul> </li> </ul>
<b>Ansprechpartner:</b>	Herr Katers, E-Mail: wilhelm-josef.katers@stadt-dormagen.de Tel.: 02133/257-424, Fax: -884
<b>Internetadresse der Kommune:</b>	www.dormagen.de

## Stadt Duisburg

<b>Projekttitle:</b>	“Integrationspolitik ist Stadtpolitik: Duisburg ist auf dem Weg“ „Integration durch Konsens – auf dem Weg zu einer gemeinsamen Stadtgesellschaft“
<b>Ausgangslage:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einwohnerzahl: ca. 500.000</li> <li>• Anteil Menschen mit Zuwanderungsgeschichte: über 24 % (15 % Ausländerinnen und Ausländer, rund 9 % Aussiedlerinnen und Aussiedler)</li> </ul>
<b>Durchführungszeitraum:</b>	1.8.2005 - 31.12.2006
<b>Förderschwerpunkte:</b>	Vernetzung, Strategische Steuerung
<b>Projekthalt:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Integrationskonferenzen: Entwicklung eines Integrationsgesamtkonzeptes unter Berücksichtigung der Ergebnisse von aktionsfeldspezifischen Arbeitsgruppen, die Leitlinien und Handlungsempfehlungen erstellten</li> <li>• Indikatorensysteme zur Zielerreichung</li> </ul>
<b>Erfolgsfaktoren:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Effektivität und Wirtschaftlichkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• Partizipativer Ansatz: aktive Beteiligung von über 200 Personen und Organisationen an den auf freiwilliger Basis arbeitenden Arbeitsgruppen</li> <li>• Zahlreiche Bereiche und Behörden der Duisburger Stadtverwaltung beteiligten sich an den durch die unerwartet große Beteiligung an der ersten Integrationskonferenz entstandenen Mehrkosten</li> </ul> </li> <li>• Innovation <ul style="list-style-type: none"> <li>• Zwei Integrationskonferenzen als Rahmen und „Methode des gesellschaftlichen Konsens und der prozesshaften Steuerung der Integrationspolitik“: Entwicklung eines gesamtstädtischen Integrationskonzeptes auf der Basis demokratischer Abstimmungsprozesse zwischen allen relevanten und interessierten Akteuren im Integrationsbereich mit Hilfe professioneller Moderation</li> <li>• Erfolgreiche Vernetzung „Politik und Basis“ durch Integrationskonferenzen und Arbeitsgruppen, Kontrolle des Umsetzungsprozesses durch beide Seiten</li> </ul> </li> <li>• Nachhaltigkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• Übergreifender Lenkungsausschuss des Projektes (Institutionen) ist als gesamtstädtisches Koordinations- und Kontrollmedium etabliert, bleibt über das Projekt hinaus bestehen und trägt die Verantwortung für die Nachhaltigkeit im Integrationsgesamtkonzept</li> <li>• Fortbestand der Mehrzahl der Arbeitsgruppen zur Co-Kontrolle der Umsetzung des Gesamtkonzeptes</li> <li>• Ausbau der Koordinierungsfunktion des Integrationsbüros, das Controlling, Steuerung und Weiterentwicklung des Gesamtkonzeptes übernimmt</li> </ul> </li> </ul>
<b>Ansprechpartnerin:</b>	Frau Kartal, E-Mail: n.kartal@stadt-duisburg.de Tel.: 0203/80095-37, Fax: -57
<b>Internetadresse der Kommune:</b>	www.duisburg.de

## Stadt Düsseldorf

<b>Projekttitle:</b>	„Aufbau einer Fachstelle Integration“
<b>Ausgangslage:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einwohnerzahl: ca. 570.000</li> <li>• Anteil Menschen mit Zuwanderungsgeschichte: rund 20 % Ausländerinnen und Ausländer</li> </ul>
<b>Durchführungszeitraum:</b>	1.7.2005 – 30.6.2006
<b>Förderschwerpunkte:</b>	Transparenz, Vernetzung, Strategische Steuerung
<b>Projekthalt:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Aufbau einer Fachstelle Integration</li> <li>• Handbuch „Integration für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren“ und „Wegweiser Integration für Migrantinnen und Migranten“ (beide sind auch im Internetauftritt der Fachstelle Integration enthalten)</li> <li>• Defizitanalyse mit priorisierten Handlungsfeldern und Handlungsempfehlungen auf Basis von Fachkonferenzen</li> </ul>
<b>Erfolgsfaktoren:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Effektivität und Wirtschaftlichkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erarbeitete Handlungsfelder sind z. T. bereits umgesetzt</li> <li>• Erfolgreiche politische Einbindung des Projektes, politischer Rückhalt und sehr gute Zusammenarbeit mit Ausschüssen</li> </ul> </li> <li>• Innovation <ul style="list-style-type: none"> <li>• Implementierung neuer „Spielregeln“ im Integrationsbereich: Steuerung des Wettbewerbes von Integrationsangeboten durch neue Fachstelle Integration auf der Basis transparenter Strukturen</li> <li>• Verkürzung von Kommunikationswegen (Zusammenlegung Geschäftsstelle Ausländerbeirat und Fachstelle Integration) und Schaffung neuer (z. B. Vernetzung mit neuer Clearingstelle der Verbände als zentrale Anlaufstelle für Neuzugewanderte)</li> </ul> </li> <li>• Nachhaltigkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• Fortführung der Optimierungsprozesse und der Vernetzung von Verwaltung, Politik und verwaltungsexternen Integrationsakteuren durch die innerhalb des Projektes neu etablierte Fachstelle Integration als zentrale Koordinationseinheit integrationsrelevanter Fragen und Aufgaben</li> <li>• Fortführung der Beratung der Fachstelle Integration durch den Projekt-Lenkungskreis auf Dezernatsebene</li> <li>• Jährliche Aktualisierung der Produkte Handbuch und Wegweiser und Verfügbarkeit über umfangreichen Internetauftritt der Fachstelle Integration</li> <li>• Künftige Dokumentation des Grads der interkulturellen Öffnung regulärer städtischer Maßnahmen durch die Fachstelle, resultierend aus der Identifikation vier integrativer Maßnahmenkategorien der städtischen Angebote innerhalb des KOMM-IN Projektes</li> </ul> </li> </ul>
<b>Ansprechpartnerin:</b>	Frau Haase, E-Mail: <a href="mailto:fachstelle.integration@stadt.duesseldorf.de">fachstelle.integration@stadt.duesseldorf.de</a> Tel.: 0211/89-95955, Fax: -35955
<b>Internetadresse der Kommune:</b>	<a href="http://www.duesseldorf.de">www.duesseldorf.de</a>
<b>Internetadresse des Projektes:</b>	<a href="http://www.duesseldorf.de/sozialamt/integration/index.shtml">www.duesseldorf.de/sozialamt/integration/index.shtml</a>

## Stadt Essen

<b>Projekttitle:</b>	„Konzeptentwicklung für den Aufbau eines nutzerbezogenen Informations- und Leitsystems Integration“ und „Aufbau eines Datenbank gestützten Integrationsatlas“
<b>Ausgangslage:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einwohnerzahl: rund 584.000 zum 31.12.2005</li> <li>• Anteil Menschen mit Zuwanderungsgeschichte: über 20 % (16,3 % Ausländerinnen und Ausländer sowie Doppelstaatlerinnen und Doppelstaatler)</li> </ul>
<b>Durchführungszeitraum:</b>	15.7.2005 - 30.6.2006
<b>Förderschwerpunkte:</b>	Transparenz, Vernetzung, Strategische Steuerung
<b>Projekthalt:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Nutzerbezogenes Informations- und Leitsystem Integration – in Form von: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Mehrsprachiger Begrüßungsmappe als Erstinformation</li> <li>• Informationspunkt der Migrationserstberatung in den Ausländerbehörden</li> <li>• Curriculum für niederschwellige Sprachkurseangebote</li> <li>• Datenbank gestütztem Integrationsatlas</li> </ul> </li> </ul>
<b>Erfolgsfaktoren:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Effektivität und Wirtschaftlichkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erhöhte Frequentierung der Migrationserstberatung durch Informationspunkt und regelmäßiges Aufsuchen von Sprachkursen durch die Migrationserstberatung</li> <li>• Gute Zusammenarbeit der am Umsetzungsprozess beteiligten Akteure, u. a. durch gezielte Überantwortung von Projektbausteinen an die Arbeitsgemeinschaft Migration der Freien Wohlfahrtspflege oder an die Volkshochschule</li> <li>• Kooperation mit interneterfahrenen Stellen und Online-Redaktion der Stadtverwaltung</li> <li>• Enge Verknüpfung des KOMM-IN Projektes mit dem „Konzept für interkulturelle Arbeit der Stadt Essen“ und den diesbezüglichen Steuerungsstrukturen</li> </ul> </li> <li>• Innovation <ul style="list-style-type: none"> <li>• Innovativer Projektcharakter: Anwendung der „Leitsystemphilosophie“ im Sinne von Standort- und Zielbestimmung, Verwendung genormter Instrumente und Visualisierung auf den Essener Integrationsraum</li> <li>• Thematische Aufarbeitung zu Perspektiven ethnischer Ökonomie als Integrationsstandorte</li> <li>• Automatisierte Form der Trägerverwaltung durch Integrationsatlas</li> </ul> </li> <li>• Nachhaltigkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausrichtung aller im Projekt entwickelten Produkte auf Nachhaltigkeit</li> <li>• Einleitung des Wandels der Ausländerbehörde zu einer Integrationsbehörde</li> <li>• Verbesserung der Informationssituation für (Neu-)Zugewanderte durch systematische Information, Angebotsvernetzung und -überleitung</li> <li>• Optimierung der Arbeit der Stadtverwaltung mit den Trägern von Integrationskursangeboten und deren Zusammenarbeit</li> </ul> </li> </ul>
<b>Ansprechpartnerin:</b>	Frau Kaplan-Meys, E-Mail: <a href="mailto:iris.kaplanmeys@raa-interkulturellesbuero.de">iris.kaplanmeys@raa-interkulturellesbuero.de</a> Tel.: 0201/8328-401, Fax: -555
<b>Internetadresse der Kommune:</b>	<a href="http://www.essen.de">www.essen.de</a>
<b>Internetadresse des Projektes:</b>	<a href="http://www.essen.de/integrationsatlas">www.essen.de/integrationsatlas</a>

## Stadt Gelsenkirchen

<b>Projekttitle:</b>	„Vom Konzept zum Handeln – Integration in Gelsenkirchen – effektiv umgesetzt“
<b>Ausgangslage:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einwohnerzahl: ca. 270.000</li> <li>• Anteil Menschen mit Zuwanderungsgeschichte: über 21 % (rund 14 % Ausländerinnen und Ausländer sowie Aussiedlerinnen und Aussiedler und über 7 % Eingebürgerte)</li> </ul>
<b>Durchführungszeitraum:</b>	1.7.2005 - 30.6.2006
<b>Förderschwerpunkte:</b>	Vernetzung, zusätzlich Strategische Steuerung in 2006
<b>Projekthalt:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Integrationskonferenzen</li> <li>• Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse zum Zwecke weiterer Netzwerk-initiiierungen</li> <li>• In der Umsetzung: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Initiierung weiterer Netzwerke</li> <li>• Vorliegen des Instruments „Integrationsbericht“</li> <li>• Umsetzung von Handlungsempfehlungen des Gelsenkirchener Integrationskonzeptes</li> </ul> </li> </ul>
<b>Erfolgsfaktoren:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Effektivität und Wirtschaftlichkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• Fortschritte in der Umsetzung des Gelsenkirchener Integrationskonzeptes durch das KOMM-IN Projekt</li> <li>• Themenbezogene Vernetzung der Integrationsakteure vor Ort</li> <li>• Einbindung verschiedenster Träger in die Umsetzung des Integrationskonzeptes (insbesondere Migrantenselbstorganisationen)</li> </ul> </li> <li>• Innovation <ul style="list-style-type: none"> <li>• Initiierung eines Prozesses der Dezentralisierung integrationsrelevanter Anliegen durch das Gelsenkirchener Integrationskonzept und das darauf aufbauende KOMM-IN Projekt: Innerhalb der Stadtverwaltung, aber auch bei den Migrantenselbstorganisationen und den Verbänden sind Erwartungshaltungen, die die Integration betreffen nicht mehr auf eine Stelle fokussiert. Jede Fachstelle nimmt sich inzwischen des Themas Integration an.</li> </ul> </li> <li>• Nachhaltigkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• Etablierung jährlicher Integrationskonferenzen</li> <li>• Ermittlung der Vernetzung der Integrationsakteure und weiterer Vernetzungsbedarfe</li> <li>• Qualifizierung der mit Integrationsaufgaben beschäftigten haupt- und ehrenamtlichen Akteure</li> <li>• Grundstein zur langfristigen Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Gelsenkirchener Integrationskonzeptes</li> </ul> </li> </ul>
<b>Ansprechpartner:</b>	Herr Fokking, E-Mail: manfred.fokking@gelsenkirchen.de Tel: 0209/169-3075, Fax: -3511
<b>Internetadresse der Kommune:</b>	www.gelsenkirchen.de

## Stadt Herne

<b>Projekttitle:</b>	„Integrations-Scout“
<b>Ausgangslage:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einwohnerzahl: 165.254 im September 2006</li> <li>• Anteil Menschen mit Zuwanderungsgeschichte: ca. 20 % (12,1 % Ausländerinnen und Ausländer)</li> </ul>
<b>Durchführungszeitraum:</b>	1.8.2005 - 31.12.2006
<b>Förderschwerpunkte:</b>	Transparenz, Vernetzung, Strategische Steuerung
<b>Projekthalt:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Etablierung des „Integrations-Scouts“ in räumlicher Nähe zu primären Kontaktstellen wie Ausländerbehörde, Bürgerbüro und Bürgerlokal</li> <li>• Der „Integrations-Scout“ ist Bindeglied zwischen Ausländerbehörde und den Migrationserstberatungsstellen mit Informations- und Koordinationsfunktion sowohl für Zugewanderte als auch für Träger von Integrationsangeboten. Zudem kommt ihm eine zentrale Basisfunktion für die übrigen Produkte zu: <ul style="list-style-type: none"> <li>• „Willkommenspaket“ mit „Migranten-Stadtplan“, „Info-Flyer“ und „Gutscheinheft für Neubürger“</li> <li>• Bestandsaufnahme der Integrationsangebote und -bedarfe der Zielgruppe und der Träger von Integrationsangeboten</li> <li>• Etablierung eines ausbaufähigen Netzwerkes unter besonderer Berücksichtigung der Integrationskursanbieter</li> </ul> </li> </ul>
<b>Erfolgsfaktoren:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Effektivität und Wirtschaftlichkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• Koordination des Netzwerkes und der Öffentlichkeitsarbeit des Projektes durch das städtische Koordinierungsbüro für Migration und Integration</li> <li>• Inanspruchnahme des „Integrations-Scouts“ durch alle Neuzugewanderten</li> <li>• Verbesserung des zeitnahen Integrationskursangebotes durch Transparenz und Vernetzung bei den Angebotsträgern</li> <li>• Optimierung der Integrationsangebote hinsichtlich der Nachfrage</li> </ul> </li> <li>• Innovation <ul style="list-style-type: none"> <li>• Neutralität der städtischen Organisationseinheit „Integrations-Scout“ als Erfolgsfaktor bei der erstmaligen Vernetzung insbesondere der Integrationskursanbieter</li> <li>• Enge Zusammenarbeit aller Projektpartner, insbesondere sehr gute Kooperation mit der Ausländerbehörde, in deren Arbeitsabläufe das Projekt erfolgreich eingebunden werden konnte</li> <li>• Statistische Erfassung der Basisdaten aller Neuzugewanderten durch die „Integrations-Scouts“ und damit Basis zur künftigen Abstimmung von Integrationsangeboten auf die Bedarfe der Zielgruppe</li> </ul> </li> <li>• Nachhaltigkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• Etablierung des Projektes in der Stadtverwaltung</li> </ul> </li> </ul>
<b>Ansprechpartnerin:</b>	Frau Bolle, E-Mail: claudia.bolle@herne.de Tel.: 02323/16-2447, Fax: -3574
<b>Internetadresse der Kommune:</b>	www.herne.de

## Hochsauerlandkreis

<b>Projekttitle:</b>	„Initiative für Integration im Hochsauerlandkreis“
<b>Ausgangslage:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einwohnerzahl: ca. 278.000</li> <li>• Anteil Menschen mit Zuwanderungsgeschichte: ca. 33.000 Menschen (17.640 Ausländerinnen und Ausländer, 12.523 Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sowie eingebürgerte Einwohnerinnen und Einwohner)</li> </ul>
<b>Durchführungszeitraum:</b>	1.7.2005 - 30.6.2006
<b>Förderschwerpunkte:</b>	Transparenz und Vernetzung
<b>Projekthalt:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bestandsaufnahme der Integrationsangebote des Kreises</li> <li>• Internetplattform mit Darstellung des Integrationsangebotes des Kreises (Integrationsatlas)</li> <li>• Integrationsbericht</li> <li>• Aufbau eines Netzwerkes mit Subnetzwerken mit dem Schwerpunkt Sprachförderung</li> </ul>
<b>Erfolgsfaktoren:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Effektivität und Wirtschaftlichkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bereitstellung vielfältiger Informationen zum Angebot des gesamten Kreises sowohl für Beratungsorganisationen als auch für zugewanderte Menschen</li> <li>• Einbindung des Gesamtkonzeptes in das wirtschaftspolitische Programm des Kreises, wodurch enge Verknüpfungen mit anderen Handlungsfeldern bestehen</li> </ul> </li> <li>• Innovation <ul style="list-style-type: none"> <li>• Analyse und Darstellung des Integrationsangebotes des Kreises ist bisher nicht vorhanden. Durch Integrationsatlas und Integrationsbericht werden daher neue Wege eingeschlagen</li> <li>• Bisher lagen nur wenige Informationen darüber vor, was in den kreiszugehörigen Städten und Gemeinden im Integrationsbereich angeboten wird</li> </ul> </li> <li>• Nachhaltigkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• Projekt ist Bestandteil des wirtschaftspolitischen Programms des Hochsauerlandkreises und wird in diesem Rahmen fortgesetzt. Zudem wurden durch die Bestandsaufnahme und Vernetzung vorhandene Strukturen im Kreisgebiet effektiv zusammengeführt und damit der Weg zu einer Steuerung der Integration in der Region ermöglicht</li> <li>• Langfristig wird das Ziel der Verbesserung der Integration durch Organisationsentwicklung weiter verfolgt. Weitere Prozesse sollen auch durch die Einbeziehung von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unterstützt werden</li> </ul> </li> </ul>
<b>Ansprechpartnerin:</b>	Frau Hohmann, E-Mail: fd.320@hochsauerlandkreis.de Tel: 0291/94-1346, Fax: -26184
<b>Internetadresse der Kommune:</b>	www.hochsauerlandkreis.de
<b>Internetadresse des Projektes:</b>	www.hochsauerlandkreis.de/Buergerservice_und_Aktuelles/Wegweiser_fuer_Zuwanderer.php

## Stadt Iserlohn

<b>Projekttitle:</b>	„Überblick = Durchblick“ (Datenbank und Leitnetzwerk Integration)
<b>Ausgangslage:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einwohnerzahl: 99.000</li> <li>• Anteil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ca. 9,6 % (aktueller Stand: ca. 9.500 Ausländerinnen und Ausländer)</li> </ul>
<b>Durchführungszeitraum:</b>	1.7.2005 – 31.12.2006
<b>Förderschwerpunkte:</b>	Transparenz, Vernetzung, Strategische Steuerung
<b>Projekthalt:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Internetdatenbank Bereitstellung von Informationen zu allen zuwanderungsrelevanten Aspekten wie Selbstorganisationen, Beratungsstellen sowie Themen wie Sprache, Schule, Arbeit. Anbieter können sich und ihre Angebote vorstellen und sich über andere Angebote informieren</li> <li>• Broschüre für Zugewanderte Entwicklung einer Broschüre zu den wichtigsten Angeboten parallel zur Internetdatenbank</li> <li>• Leitnetzwerk Integration Koordinierung der Vielzahl der in der Stadt operierenden Einzelnetzwerke mit dem Ziel einer Abstimmung der Angebote und Schließung von Angebotslücken</li> </ul>
<b>Erfolgsfaktoren:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Effektivität und Wirtschaftlichkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• durch Ausnutzung vorhandener Ressourcen Umsetzung des Projektes mit relativ geringen Mitteln</li> <li>• wirtschaftliches Arbeiten aller Träger durch passgenaue Vermittlungen der Zugewanderten besonders im Sprachkursbereich</li> </ul> </li> <li>• Innovation <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erfassung und Bereitstellung von Informationen zu integrationsspezifischen Angeboten</li> <li>• Neupositionierung der Ausländerbehörde in Richtung auf eine Integrationsbehörde</li> <li>• Neugestaltung, Verbesserung und Intensivierung des Beziehungsgeflechtes aller integrationsrelevanten Akteure</li> </ul> </li> <li>• Nachhaltigkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• Benutzerfreundlich konzipierte Datenbank, die sich bei gemeinsamer Pflege durch die Akteure „selbst aktualisiert“ und ohne Aufwand trägt</li> <li>• Dauerhafte Neuausrichtung der Ausländerbehörde (positiver Nebeneffekt: verstärkter Austausch zwischen Ausländerbehörde und ARGE)</li> <li>• Weitere Effektivitätssteigerung der zukünftigen Arbeit durch Popularisierung aller am Projekt beteiligten Kooperationspartner in der Kommune</li> </ul> </li> </ul>
<b>Ansprechpartner:</b>	Herr Schreiber, E-Mail: auslaender@iserlohn.de Tel.: 02371/217-1757, Fax: -2993
<b>Internetadresse der Kommune:</b>	www.iserlohn.de
<b>Internetadresse des Projektes:</b>	www.integration-iserlohn.de

## Stadt Köln

<b>Projekttitel:</b>	„Landkarte der Integration für die Stadt Köln und Integrationskonferenz“
<b>Ausgangslage:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einwohnerzahl: ca. 1 Million</li> <li>• Anteil Menschen mit Zuwanderungsgeschichte: ca. 20 % (rund 30.000 Aussiedlerinnen und Aussiedler und rund 180.000 Ausländerinnen und Ausländer)</li> </ul>
<b>Durchführungszeitraum:</b>	1.7.2005 – 30.6.2006
<b>Förderschwerpunkte:</b>	Transparenz, Vernetzung, Strategische Steuerung
<b>Projekthalt:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Integrationslandkarte <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erstellung einer Landkarte, die alle Angebote der Träger mit dem Hinweis auf den jeweiligen Stadtbezirk abbildet und Adressen benennt</li> <li>• Abstimmung der Angebotsstruktur mit den Trägern über Erfassung in der Landkarte</li> </ul> </li> <li>• Integrationskonferenz Neben der Erstellung der Landkarte wurde im Rahmen des Projektes die Integrationskonferenz in die Zuständigkeit der Stadt Köln übernommen. Zielsetzung ist es, alle Anbieter (unabhängig von der Unternehmensform) einzubinden und die Angebote je nach Bedarf und Nachfrage zu koordinieren und abzustimmen, Konferenzleitung: Ausländerbehörde</li> </ul>
<b>Erfolgsfaktoren:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Effektivität und Wirtschaftlichkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• Karte und Konferenz: Grundlage zur Planung und Abstimmung der Integrationsangebote mit Trägern</li> <li>• Minimierung von Überangeboten und Parallelangeboten</li> </ul> </li> <li>• Innovation <ul style="list-style-type: none"> <li>• Umfassende Erhebung und neuartige Darstellungsform des bestehenden Integrationsangebotes</li> </ul> </li> <li>• Nachhaltigkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erkenntnisse des Projektes zur Planung und Umsetzung von weiteren Maßnahmen</li> <li>• Strukturveränderung: Weitergehende Angebotsabstimmung zwischen Ausländerbehörde, Migrationserstberatung und Trägern</li> <li>• Fortschreibung der Karte und Sensibilisierung der Träger für Kooperation und das Gesamtangebot</li> <li>• Schaffung von Netzwerken</li> <li>• Aufbau eines Integrationsmaßnahmen-Kataloges auf Basis der Erkenntnisse aus dem Projekt</li> </ul> </li> </ul>
<b>Ansprechpartnerin:</b>	Frau Dahmen, E-Mail: dagmar.dahmen@stadt-koeln.de Tel.: 0221/221-26434, Fax: -26909
<b>Internetadresse der Kommune:</b>	www.stadt-koeln.de

## Stadt Münster

<b>Projekttitel:</b>	Zukunftskonferenz „‘Migration in Münster‘ – Demographischen Wandel gestalten – Aktive vernetzen“
<b>Ausgangslage:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einwohnerzahl: 280.000</li> <li>• Anteil Menschen mit Zuwanderungsgeschichte: 56.000</li> </ul>
<b>Durchführungszeitraum:</b>	1.7.2005 bis 31.12.2005
<b>Förderschwerpunkte:</b>	Vernetzung, Strategische Steuerung
<b>Projekthalt:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zukunftskonferenz zur Erarbeitung eines Handlungsprogrammes für die weitere Integrationsarbeit der Stadt</li> <li>• Dokumentation und Handlungsprogramm</li> </ul>
<b>Erfolgsfaktoren:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Effektivität und Wirtschaftlichkeit Gemessen an dem geringen Gesamtvolumen der Förderung, wurde sehr viel professionelles Fachwissen innerhalb des Projektes vereint. Trotz des engen Zeitrahmens konnten klare Handlungsempfehlungen erarbeitet werden, die bereits jetzt bei der weiteren Entwicklung von Maßnahmen eine Berücksichtigung finden.</li> <li>• Innovation Die Idee einer Zukunftskonferenz, um langfristig die integrative Arbeit einer Kommune zu strukturieren und zu steuern ist innovativ, insbesondere, wenn Funktionsträger aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Verbänden und Selbstorganisationen an dem Projekt beteiligt sind.</li> <li>• Nachhaltigkeit Die Nachhaltigkeit wird in der Stadt dadurch gesichert, dass das erarbeitete Handlungsprogramm durch den Ausländerbeirat weiterbearbeitet und in Maßnahmen umgesetzt werden soll. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass Projektarbeit immer auch finanzielle Erfordernisse beinhaltet, sodass nicht alle Aspekte sofort umgesetzt werden können. Generell ist die Perspektive der Zukunftskonferenz auch langfristig angelegt, sodass das Programm über mehrere Jahre prägend sein soll. Weiterhin ist angedacht, dass die Erkenntnisse der Zukunftskonferenz in das Leitbild der Stadt einfließen sollen. Die Kooperationen aus der Konferenz haben weiterhin Bestand und helfen, den gemeinsamen Entwicklungsprozess zwischen Teilnehmenden zu strukturieren.</li> </ul>
<b>Ansprechpartnerinnen:</b>	Frau Dierks, E-Mail: dierkshe@stadt-muenster.de Tel.: 0251/492-6042, Fax: -7708 Frau Schwering, E-Mail: maria.schwering@stadt-muenster.de Tel. 0251/492-5002, Fax: -7900
<b>Internetadresse der Kommune:</b>	www.muenster.de

## Stadt Recklinghausen

<b>Projekttitle:</b>	„Die Integrationskurse in der Praxis – Es geht nur kooperativ!“ „Optimierte Integrationsförderung in der Stadt Recklinghausen“
<b>Ausgangslage:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einwohnerzahl: 125.000</li> <li>• Anteil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte: ca. 20 % (= 25.000)</li> </ul>
<b>Durchführungszeitraum:</b>	1.7.2005 – 31.10.2006
<b>Förderschwerpunkte:</b>	Transparenz, Vernetzung, Strategische Steuerung
<b>Projekthalt:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Integrationsbüro: Aufbau einer lokalen Koordinierungsstelle für die Sprachkursangebote in Recklinghausen</li> <li>• Erarbeitung eines Flyers, einer mehrsprachigen Begrüßungsmappe und eines Internetauftritts unter Beteiligung aller Anbieter</li> <li>• Installierung regelmäßiger Arbeitstreffen der Kursanbieter</li> <li>• Integrationskonferenz als zentrale Plattform aller am Integrationsgeschehen beteiligten Akteure</li> <li>• Dokumentation standardisierter Profile der türkischen und islamischen Migrantenselbstorganisationen</li> </ul>
<b>Erfolgsfaktoren:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Effektivität und Wirtschaftlichkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• Schaffung eines ausgeglichenen Verhältnisses von Angebot und Nachfrage</li> <li>• Aufbau einer individuell passgenauen und flexiblen Kurslandschaft</li> <li>• Vermeidung von Folgekosten durch inhaltliche und zeitliche Straffung der individuellen sprachlichen Qualifizierungsgänge</li> <li>• Verbesserung der Kommunikation aller beteiligten Stellen und damit schnellere Lösungsansätze bei speziellen Problemlagen von Kunden</li> </ul> </li> <li>• Innovation <ul style="list-style-type: none"> <li>• Koordinierung von kommunalen Stellen, Verbänden, Organisationen und Anbietern</li> <li>• Ablösung von Konkurrenzdenken und Misstrauen durch offenen und kooperativen Kommunikationsstil, der besonderen Ausdruck in den Integrationskonferenzen findet</li> <li>• Wandlung der Ausländerbehörde zum kundenorientierten Dienstleister</li> </ul> </li> <li>• Nachhaltigkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• Institutionalisierung der kooperierenden Verwaltungsstellen (Integrationsbüro)</li> <li>• Verbindlichkeit der Zusammenarbeit sonstiger Akteure zum Beispiel in den ebenfalls institutionalisierten Integrationskonferenzen</li> <li>• Bewusstseinswandel durch die gelungene Verankerung der Idee von Integration als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung</li> <li>• Verbesserung der Kommunikation zwischen Verwaltung, Politik und Migrantenselbstorganisationen</li> </ul> </li> </ul>
<b>Ansprechpartnerin:</b>	Frau Hegemann-Lescher, E-Mail: monika.hegemann-lescher@recklinghausen.de Tel.: 02361/ 502010, Fax: -502013
<b>Internetadresse der Kommune:</b>	www.recklinghausen.de
<b>E-Mail-Adresse des Projektes:</b>	Institut-Bruecke@recklinghausen.de

## Stadt Solingen

<b>Projekttitle:</b>	„Solinger Integrationsnetzwerk“ „Strategische Steuerung und Qualifizierung des Solinger Integrationsnetzwerkes“
<b>Ausgangslage:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einwohnerzahl: ca. 162.700</li> <li>• Anteil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte: ca. 21,36 %</li> </ul>
<b>Durchführungszeitraum:</b>	30.6.2005 – 31.12.2006
<b>Förderschwerpunkte:</b>	Transparenz, Vernetzung, Strategische Steuerung
<b>Projekthalt:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Integration als Querschnittsaufgabe durch Vernetzung aller integrationsrelevanten Stellen: Eine Steuerungsgruppe regelt und koordiniert die Maßnahmen</li> <li>• Erarbeitung eines Kennzahlensystems auf der Grundlage des Integrationskonzeptes</li> <li>• Ausbau bestehender Netzwerke und Intensivierung der Zusammenarbeit</li> <li>• Die Ausländerbehörde als „Lotse“ und kundenorientierter Dienstleister: Das neue Selbstverständnis der Ausländerbehörde wird gemessen an dem wachsenden Anteil von (Neu)Zugewanderten, die sich an Migrationserstberatungsstellen wenden, in Integrationskurse vermittelt werden, eine Niederlassungserlaubnis erhalten oder eingebürgert werden sowie der gestiegenen Kundenzufriedenheit</li> <li>• Integrationsleitfaden für Neuzugewanderte in verschiedenen Sprachen</li> <li>• Zusammenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen durch Schulungen und regelmäßige Netzwerktreffen, Unterstützung durch Seminare zur Fördermitelakquise und zur Öffentlichkeitsarbeit</li> </ul>
<b>Erfolgsfaktoren:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Effektivität und Wirtschaftlichkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wirtschaftlicher Stellenplan durch Einbindung vorhandener, auch ehrenamtlicher Kräfte (mittelfristige Ressourcen durch Einbindung der Migrantenselbstorganisationen)</li> <li>• Verhinderung paralleler Strukturen durch entwickelte Informationsstrukturen</li> <li>• Passgenaue Vermittlungen in Integrationskurse und Förderangebote helfen, Folgekosten zu verhindern</li> </ul> </li> <li>• Innovation <ul style="list-style-type: none"> <li>• Vernetzung von Stellen der Stadt, der Kursträger, Verbände und Migrantenselbstorganisationen</li> <li>• Schaffung von Steuerungsinstrumenten</li> <li>• Intensiver Austausch zwischen Ausländerbehörde und Integrationsakteuren</li> <li>• Integrationsbörse und Internetpräsenz der Migrantenselbstorganisationen</li> </ul> </li> <li>• Nachhaltigkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• Neuausrichtung der Ausländerbehörde</li> <li>• Fortsetzung der intensiven Zusammenarbeit der am Projekt beteiligten Stellen</li> <li>• Monitoring des Integrationsgeschehens als Daueraufgabe</li> </ul> </li> </ul>
<b>Ansprechpartner/in:</b>	Frau Wehkamp, E-Mail: a.wehkamp@solingen.de, Tel.: 0212/290-2225, Fax: -2162 Herr Häusgen, E-Mail: m.haeusgen@solingen.de, Tel.: 0212/290-2225, Fax: -2767
<b>Internetadresse der Kommune:</b>	www.solingen.de
<b>Internetadresse des Projektes:</b>	www.zuwanderer.solingen.de

## Kreis Unna

<b>Projekttitle:</b>	„KOMM IN-Kreis Unna“
<b>Ausgangslage:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einwohnerzahl: ca. 440.000</li> <li>• Anteil Menschen mit Zuwanderungsgeschichte: mindestens 11,8 % (rund 7,7 % Ausländerinnen und Ausländer, rund 4,1 % Aussiedlerinnen und Aussiedler)</li> </ul>
<b>Durchführungszeitraum:</b>	1.7.2005 – 30.9.2006
<b>Förderschwerpunkte:</b>	Transparenz, Vernetzung, Strategische Steuerung
<b>Projekthalt:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Begrüßungsbroschüre, Info-Agenturen in den beiden Ausländerbehörden des Kreises</li> <li>• Integrationsportal, Faltblatt zum Portal</li> <li>• Kreisweite Integrationskonferenz und Arbeitsforen zu Leitlinien für ein Handlungskonzept</li> </ul>
<b>Erfolgsfaktoren:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Effektivität und Wirtschaftlichkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• Initiierung und Umsetzung umfangreicher kreisweiter Optimierungsprozesse im Integrationsbereich durch die erfahrene Projektleitung der RAA sowie durch die starke Unterstützung seitens der Verwaltungsspitze</li> <li>• Neutralität des Kreises bei der Vernetzung der Träger von Integrationskursangeboten</li> </ul> </li> <li>• Innovation <ul style="list-style-type: none"> <li>• Öffentlichkeitswirksame kreisweite Integrationskonferenz zur langfristigen Abstimmung der Akteure in Politik, Verwaltung und Organisationen des Kreises</li> <li>• Kreistagsbeschluss zur Entwicklung von Integrationsleitlinien als Grundstein für die strategische Steuerung der kommunalen Integrationsarbeit</li> <li>• Anwenderfreundliches Integrationsportal mit Überblick über alle Angebote im Integrationsbereich des Kreises</li> <li>• Erweiterung der Vernetzungsstrukturen durch die Einbeziehung der Arbeitsgemeinschaft SGB II (ARGE)</li> <li>• Transfer der Tätigkeit der neuen Info-Agentur in die Arbeit der Ausländerbehörde durch Freistellung einer Mitarbeiterin/eines Mitarbeiters einer Ausländerbehörde</li> </ul> </li> <li>• Nachhaltigkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• Übernahme der Federführung und der Moderation des Arbeitskreises Integrationskursträger durch den Regionalkoordinator des BAMF</li> <li>• Übernahme der Geschäftsführung der weiterhin ein- bis zweimal im Jahr stattfindenden Integrationskonferenz durch die RAA Kreis Unna</li> <li>• Fortführung der Arbeit der Info-Agenturen durch die Ausländerbehörden</li> <li>• Administrative Zuständigkeit und technische Weiterentwicklung des Internetportals durch den Fachdienst Zentrale Datenverarbeitung des Kreises</li> </ul> </li> </ul>
<b>Ansprechpartnerin:</b>	Frau Raupach, E-Mail: marina.raupach@kreis-unna.de Tel.: 02307/92488-72, Fax: -88
<b>Internetadresse der Kommune:</b>	www.kreis-unna.de
<b>Internetadresse des Projektes:</b>	www.welkomm-in.kreis-unna.de

## Stadt Witten

<b>Projekttitle:</b>	„KOMM-IN Witten – Witten auf dem Weg zum Integrationskonzept“ „Aufbau eines Kommunikations- und Steuerungssystems zur Integrationsförderung in Witten“
<b>Ausgangslage:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einwohnerzahl: ca. 100.000</li> <li>• Anteil Menschen mit Zuwanderungsgeschichte: über 10 % (rund 8 % Ausländerinnen und Ausländer, rund 2 % Aussiedlerinnen und Aussiedler; 113 Nationalitäten)</li> </ul>
<b>Durchführungszeitraum:</b>	1.7.2005 - 31.12.2006
<b>Förderschwerpunkte:</b>	Transparenz, Vernetzung, Strategische Steuerung
<b>Projekthalt:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Netzwerk „WIN“ der hauptamtlichen Integrationsakteure sowie der Migranten-selbstorganisationen</li> <li>• Vier Arbeitskreise zur Entwicklung eines interkulturellen Handlungskonzeptes mit weiteren am Thema Integration interessierten Personen und Organisationen</li> <li>• Beratungsführer für Zugewanderte in Printform und online über Integrationsangebote</li> <li>• Newsletter</li> </ul>
<b>Erfolgsfaktoren:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Effektivität und Wirtschaftlichkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• Netzwerk profitiert von der Mediationskompetenz der neuen Integrationsbeauftragten der Stadt und der Projektträgerschaft des Caritas-Verbandes Witten mit seinen zahlreichen Kontakten zu Zugewanderten sowie von den Schulungen und Workshops innerhalb des Projektes</li> <li>• Große Resonanz aus der Bevölkerung und hohe Beteiligung der Haupt- und Ehrenamtlichen durch Nutzung von Kontakten und adressatengerechter Ansprache sowie durch positive Presse</li> <li>• Rückhalt und Mitwirkung aller Ratsfraktionen der Stadt</li> </ul> </li> <li>• Innovation <ul style="list-style-type: none"> <li>• Gemeinsame Planung, Umsetzung und politisches Engagement im Integrationsbereich von 14 unterschiedlichen Nationalitäten an einem Tisch</li> <li>• Abbau vieler Vorbehalte bei den Integrationsakteuren unterschiedlicher Nationalitäten untereinander und gegenüber der Stadt</li> <li>• Förderung der politischen Partizipation vieler unterschiedlicher Migranten-gruppen für die nächste Integrationsratswahl</li> </ul> </li> <li>• Nachhaltigkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• Etablierung der neuen Integrationsbeauftragten der Stadt Witten als zentrale Koordinationsstelle; Fortführung der Vernetzungsarbeit und der Umsetzung des interkulturellen Handlungskonzeptes</li> <li>• Überlegungen zur Verselbstständigung des Netzwerkes („e.V.“, Einbezug der Wirtschaft) zur Sicherung des Newsletters und damit der öffentlichen Wirksamkeit des Netzwerkes</li> <li>• Zahlreiche ehrenamtlich getragene Projekte aus den Arbeitskreisen</li> </ul> </li> </ul>
<b>Ansprechpartnerin:</b>	Frau Ertel, E-Mail: claudia.ertel@stadt-witten.de Tel. 02302/581-5005; Fax : -5099
<b>Internetadresse der Kommune:</b>	www.witten.de

## Stadt Wuppertal

<b>Projekttitel:</b>	„www.integration-in-wuppertal.de“
<b>Ausgangslage:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einwohnerzahl: ca. 359.000 zum 30.6.2006</li> <li>• Anteil Menschen mit Zuwanderungsgeschichte: ca. 30 % (davon 14 % ausländische Staatsangehörige)</li> </ul>
<b>Durchführungszeitraum:</b>	1.7.2005 – 30.6.2006
<b>Förderschwerpunkte:</b>	Transparenz, Vernetzung
<b>Projekthalt:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Mehrsprachiges anwenderfreundliches Internetportal über die Integrationsangebote in Wuppertal mit „interaktivem Wegweiser“ und Sprachkursdatenbank für die Öffentlichkeit und einem geschlossenen Bereich für Akteure der Integrationsarbeit zur Abstimmung und Vernetzung der Angebote inklusiver Sprachkursdatenbank</li> <li>• Öffentliche Terminalzugänge für Zugewanderte zu den Integrationsangeboten an 19 Standorten der Migrantenselbstorganisationen und der Wohlfahrtsverbände</li> <li>• Kundenterminals mit zentralem Zugang auf das Portal für die sieben Standorte der Wuppertaler Arbeitsgemeinschaft SGB II (ARGE) sowie für die Bundesagentur für Arbeit und die Jugendfreizeiteinrichtungen</li> </ul>
<b>Erfolgsfaktoren:</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Effektivität und Wirtschaftlichkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einbringen des Themas Integration in die Öffentlichkeit durch die Darstellung im Integrationsportal und durch die öffentlich zugänglichen Computerterminals</li> <li>• Vernetzung über institutionalisierte Strukturen hinaus</li> <li>• Perspektivwechsel der Integrationsakteure vom Institutionen- zum Angebotsbezug</li> <li>• Große Beteiligung von Ehren- und Hauptamtlichen am Projekt</li> </ul> </li> <li>• Innovation <ul style="list-style-type: none"> <li>• Partizipativer Ansatz: Aktive Beteiligung von 15 Migrantenselbstorganisationen; Schulung der Akteure im Umgang mit dem Portal</li> <li>• Konsensuale Partizipation: Festlegung von Spielregeln zur Beteiligung am Portal; Mitbestimmung bei der Struktur und Gestaltung der Website und der Aufstellung der Computerterminals</li> <li>• Öffentliche Vorstellung des „Gemeinschaftswerkes“ in den Räumlichkeiten einer beteiligten Migrantenselbstorganisation</li> </ul> </li> <li>• Nachhaltigkeit <ul style="list-style-type: none"> <li>• Künftige Pflege des Portals erfolgt durch die vier in der Projektgruppe vertretenen Migrationsdienste der Wohlfahrtsverbände, die Pflege der Sprachkursdatenbank durch die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zugelassenen Sprachkursträger</li> <li>• Redaktion obliegt dem Ressort für Zuwanderung und Integration</li> <li>• Weitere Zusammenarbeit mit und Ausbau der Beteiligungsmöglichkeiten von Migrantenselbstorganisationen</li> </ul> </li> </ul>
<b>Ansprechpartnerin:</b>	Frau Roddewig-Oudnia, E-mail: christine.roddewig@stadt.wuppertal.de Tel. : 0202/563-2750, Fax : -8178
<b>Internetadresse der Kommune:</b>	www.wuppertal.de
<b>Internetadresse des Projektes:</b>	www.integration-in-wuppertal.de

## 8. Anlagen

### 8.1 Ansprechpersonen zu den 39 KOMM-IN NRW Projekten

#### Liste der 2005 bewilligten Projekte

Nr.	Antragsteller	Titel des Projektes	Ansprechpartner/innen
1.	Stadt Aachen	„Kommunale Agentur für Bildungserstberatung für Migrantinnen und Migranten“	Frau Kreutzer Tel.: 0241/432-5663 iris.kreutzer@mail.aachen.de
2.	Stadt Bad Salzuflen	„Wirkungsorientierte Steuerung“	Herr Herrmann Tel.: 05222/952-454 j.herrmann@bad-salzuflen.de
3.	Stadt Bielefeld	„Entwicklung eines interkulturellen Gesamtkonzeptes plus Modul Migrantenselbstorganisation“	Frau Grewe Tel.: 0521/51-3403 interkulturelles.buero@bielefeld.de
4.	Stadt Bochum	„Informationsbüro für Neuzugewanderte und InteressentInnen an Integrationskursen“	Frau Timmermann Tel.: 0234/910-2869 htimmermann@bochum.de Frau Dogruer-Rütten Tel.: 0234/910-1800 Dogruer-Ruetten@bochum.de
5.	Stadt Bottrop	„Vernetzung der Integrationsdienste für Migranten nach dem Zuwanderungsgesetz“	Herr Pillath Tel.: 02041/996980 dieter.pillath@bottrop.de
6.	Stadt Dinslaken/Wesel	„Effektivierung und Vernetzung interkultureller Zusammenarbeit, sowie Zusammenwirken freier Träger.“	Herr Muschik Tel.: 02064/66431 lothar.muschik@dinslaken.de
7.	Stadt Dormagen	„Zusammenleben in Dormagen (ZID)“	Herr Katers Tel.: 02133/257-424 wilhelm-josef.katers@stadt-dormagen.de
8.	Stadt Dorsten	„Entwicklung und Förderung von Kooperationsstrukturen in der Stadt Dorsten.“	Herr Rentmeister Tel.: 02362/664422 thomas.rentmeister@dorsten.de
9.	Stadt Duisburg	„Integrationspolitik ist Stadtpolitik: Duisburg ist auf dem Weg“	Frau Kartal Tel.: 0203/8009537 n.kartal@stadt-duisburg.de
10.	Stadt Düsseldorf	„Aufbau einer Fachstelle Integration“	Frau Haase Tel.: 0211/89-95955 fachstelle.integration@stadt.duesseldorf.de

Nr.	Antragsteller	Titel des Projektes	Ansprechpartner/innen
11.	Stadt Essen	„Konzeptentwicklung für den Aufbau eines nutzerbezogenen Informations- und Leitsystems Integration“	Frau Kaplan-Meys Tel.: 0201/8328-401 iris.kaplanmeys@ raa-interkulturellesbuero.de
12.	Stadt Gelsenkirchen	„Vom Konzept zum Handeln – Integration in Gelsenkirchen effektiv umgesetzt“	Herr Fokkink Tel.: 0209/169-3075 manfred.fokkink@gelsenkirchen.de
13.	Stadt Hagen	„Vernetzung der Angebote örtlicher Integrationskursträger, Transparentmachung der Angebote in der Öffentlichkeit“	Herr Dr. Link Tel.: 02331/207-3745
14.	Kreis Heinsberg	„Kommunale Integrationsarbeit im Kreis Heinsberg“	Herr Jennes Tel.: 02452/133221 peter.jennes@kreis-heinsberg.de
15.	Kreis Herford	„Migrationsvernetzung im Kreis Herford“	Herr Bischof Tel.: 05221/13-1316 p.bischof@kreis-herford.de
16.	Stadt Herne	„Integrations-Scout“	Frau Bolle Tel.: 02323/16-2447 claudia.bolle@herne.de
17.	Stadt Herten	„Mit Kommunikation zur Integration“	Frau Neumann Tel.: 02366/303373 h.neumann@herten.de
18.	Hochsauerlandkreis	„Initiative für Integration im Hochsauerlandkreis“	Frau Hohmann Tel.: 0291/94-1346 fd320@hochsauerlandkreis.de
19.	Stadt Iserlohn	„Überblick = Durchblick“	Herr Schreiber Tel.: 02371/217-1757 auslaender@iserlohn.de
20.	Stadt Köln	„Landkarte der Integration für die Stadt Köln und Integrationskonferenz“	Frau Dahmen Tel.: 0221/221-26434 dagmar.dahmen@stadt-koeln.de
21.	Stadt Krefeld	„Integrationsfahrplan Krefeld“	Herr Dr. Rehbein Tel.: 02151/862650 fb40@krefeld.de Frau Kemmerling u.kemmerling@krefeld.de
22.	Stadt Lengerich	„Integrationsinitiative Lengerich“	Herr Dierkes Tel.: 05481/33-118 l.dierkes@lengerich.de

Nr.	Antragsteller	Titel des Projektes	Ansprechpartner/innen
23.	Stadt Leverkusen	„Leverkusen – Stadt der Integration“	Herr Roth Tel.: 0214/406-3366 helmut.roth@stadt.leverkusen.de
24.	Kreis Lippe	„Integration durch Bildung“	Frau Beine Tel.: 05231/62398 s.beine@lippe.de
25.	Stadt Lippstadt	„Lippstadt braucht Zuwanderer – Zuwanderer brauchen Lippstadt“	Herr Bertelsmeier Tel.: 02941/980-677
26.	Märkischer Kreis	„Netzwerk für Integration: Ein Konzept für mehr Transparenz, Vernetzung, Wirksamkeit und Qualität.“	Herr Grunwald Tel.: 02351/966-6663 Bgrunwald@maerkischer-kreis.de
27.	Kreis Mettmann	„Willkommen in unserem Kreis“	Frau Theis Tel.: 02104/99-2128 renate.theis@kreis-mettmann.de Frau Haider Tel.: 02104/99-2175 claudia.haider@kreis-mettmann.de
28.	Stadt Mönchengladbach	„Mönchengladbach – Die Integrative“	Herr Schmitz Tel.: 02161/25-3010 klaus.schmitz@ moenchengladbach.de
29.	Stadt Münster	Zukunftskonferenz „'Migration in Münster' Demographischen Wandel gestalten – Aktive vernetzen“	Frau Dierks Tel.: 0251/492-6042 dierkshe@stadt-muenster.de Frau Schwering Tel.: 0251/492-5002 maria.schwering@stadt-muenster.de
30.	Stadt Oberhausen	„Zusammenleben der Nationen und Kulturen in Oberhausen, Analytische Betrachtung und zukünftige Gestaltung“	Herr Rohwedder Tel.: 0208/8259460 peter.rohwedder@oberhausen.de sozialplanung@oberhausen.de
31.	Stadt Paderborn	„Bestandsaufnahme und konzeptionelle Weiterentwicklung der Integrationsangebote in Paderborn“	Herr Heidebrecht Tel.: 05251/88-1359 m.heidebrecht@paderborn.de
32.	Stadt Ratingen	„Fokus Integrationsstandort Ratingen“	Herr Rösnick Tel.: 02102/550-5098 karlhein.zoesnick@ratingen.de
33.	Stadt Recklinghausen	„Die Integrationskurse in der Praxis – Es geht nur kooperativ!“	Frau Hegemann-Lescher Tel.: 02361/502010 monika.hegemann-lescher@ recklinghausen.de

Nr.	Antragsteller	Titel des Projektes	Ansprechpartner/innen
34.	Stadt Remscheid	„Integration als Querschnittsaufgabe in der Kommune – Durchführung eines Managementprogramms“	Herr Sternkopf Tel.: 02191/16-3267 sternkopf@str.de
35.	Stadt Siegen	„Koordinierungs- und Vernetzungsstelle für Migranten“	Herr Liedtke Tel.: 0271/4042103 a_liedtke@siegen.de
36.	Stadt Solingen	„Solinger Integrationsnetzwerk“	Frau Wehkamp Tel.: 0212/290-2225 a.wehkamp@solingen.de
37.	Kreis Unna	„KOMM-IN – Kreis Unna“	Frau Raupach Tel.: 02307/92488-72 marina.raupach@kreis-unna.de
38.	Stadt Witten	„KOMM-IN Witten – Witten auf dem Weg zum Integrationskonzept“	Frau Ertel Tel.: 02302/58-5005 claudia.ertel@stadt-witten.de
39.	Stadt Wuppertal	„www.integration-in-wuppertal.de“	Frau Roddewig-Oudnia Tel.: 0202/563-2750 christine.roddewig@stadt.wuppertal.de

## 8.2 Fragebogen zur Vernetzung und Wirkungssteigerung (Stadt Herten)

Fragebogen zur Vernetzung und Wirkungssteigerung von Integrationsmaßnahmen auf der Grundlage des Rahmenkonzeptes zur Integration in Herten 2006 – 2009.

**Antragsteller:** Name: \_\_\_\_\_  
Anschrift: \_\_\_\_\_

**Projektverantwortlicher:** Name: \_\_\_\_\_  
Anschrift: \_\_\_\_\_  
Telefonnummer: \_\_\_\_\_  
E-Mail-Kontakt: \_\_\_\_\_

**Projektträger:** Name: \_\_\_\_\_  
Anschrift: \_\_\_\_\_  
Telefonnummer: \_\_\_\_\_  
E-Mail-Kontakt: \_\_\_\_\_

**Kooperationspartner:** \_\_\_\_\_

**Fördergeber:** \_\_\_\_\_

**Förderprogramm:** \_\_\_\_\_

**Förderschwerpunkte/Handlungsfelder**

Sprachförderung: \_\_\_\_\_

Bildung/Erziehung: \_\_\_\_\_

Ausbildung/Arbeit: \_\_\_\_\_

Soziale Arbeit: \_\_\_\_\_

Wohnen/Quartiermanagement: \_\_\_\_\_

Gesellschaftliche Integration/ Interreligiöser Dialog: \_\_\_\_\_

Sonstiges: \_\_\_\_\_

**Projektname:** \_\_\_\_\_

**Zielgruppe:**

Überregionales Angebot: \_\_\_\_\_

Stadtteilbezogenes Angebot: \_\_\_\_\_

**Durchführungsort:** \_\_\_\_\_

**Durchführungszeitraum:** \_\_\_\_\_

**Projektziele:** \_\_\_\_\_

**Erfolgsindikatoren:** \_\_\_\_\_

**Aktueller Planungsstand:** \_\_\_\_\_

## 8.3 Fragebogen zur Integrationsarbeit (Stadt Viersen)

Fragebogen zur Integrationsarbeit für und mit Migrantinnen und Migranten in der Stadt Viersen

### A ALLGEMEINE DATEN

- 1 Name/Adresse der Einrichtung \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_
- 2 AnsprechpartnerInnen \_\_\_\_\_
- 3 Telefon/E-Mail \_\_\_\_\_
- 4 Art der Einrichtung \_\_\_\_\_
- 1  Freier Träger im Jugendbereich
- 2  Freier Träger im Sozialbereich
- 3  Kindergarten/-tagesstätte
- 4  Schule
- 5  Kirchengemeinde
- 6  „ausländischer“ Verein
- 7  Einrichtung des Gesundheitswesens
- 8  Sportverein
- 9  Kulturtreibender Verein
- 10  Sonstige (bitte ergänzen): \_\_\_\_\_

### B ART DER ANGEBOTE IHRER EINRICHTUNG

- 5 Hält Ihre Einrichtung spezifische Angebote für Migrantinnen und Migranten vor bzw. erbringt Ihre Einrichtung allgemeine Leistungen in spezieller Form für Migrantinnen und Migranten?
- 1  Ja  
 Wenn ja, bitte weiter mit Frage 6
- 2  Nein  
 Wenn nein, ist dies eine sehr wichtige Information für die Bestandsaufnahme!! Wir danken Ihnen herzlich für Ihre Mitwirkung und bitten darum, den Fragebogen an die Stadtverwaltung Viersen zurückzusenden!!!

### C BESCHREIBUNG DER INTEGRATIONSANGEBOTE IHRER EINRICHTUNG

- 6 Welche inhaltlichen Ziele verfolgt Ihre Einrichtung mit der Integrationsarbeit für und mit Migrantinnen und Migranten? Bitte benennen Sie maximal fünf Ziele und formulieren diese möglichst konkret.
- 7 An welche vorrangigen Zielgruppen richtet sich Ihre Einrichtung mit der Integrationsarbeit für und mit Migrantinnen und Migranten? Bitte lesen Sie sich die Kategorien vor Beantwortung der Frage durch. Mehrfachnennungen möglich.
- 1  Kinder bis 6 Jahre
- 2  Kinder zwischen 6 und 10 Jahren
- 3  Kinder zwischen 10 und 14 Jahren
- 4  Jugendliche zwischen 14 bis unter 18 Jahren
- 5  Junge Erwachsene zwischen 18 bis unter 27 Jahren
- 6  vorrangig Mädchen/weibliche Jugendliche im Alter zwischen  
 (bitte ergänzen): \_\_\_\_\_ Jahren
- 7  vorrangig Jungen/männliche Jugendliche im Alter zwischen  
 (bitte ergänzen): \_\_\_\_\_ Jahren
- 8  Frauen
- 9  Männer
- 10  Alleinerziehende
- 11  Familien
- 12  Erwachsene/Personen im erwerbsfähigen Alter
- 13  Senioren
- 14  Aussiedler
- 15  Personen mit einer bestimmten Nationalität bzw. entsprechendem Migrationshintergrund  
 (Nationalität bitte ergänzen): \_\_\_\_\_
- 16  Sonstige Zielgruppen (bitte ergänzen): \_\_\_\_\_

- 8 In welchen Handlungsfeldern bzw. Schwerpunktbereichen der Integrationsarbeit ist Ihre Einrichtung vorrangig tätig? (Mehrfachnennungen möglich)

- 1  Sprache
- 2  Bildung und Ausbildung
- 3  Wirtschaft und Arbeit
- 4  Wohnen
- 5  Soziales
- 6  Gesundheit
- 7  Kultur
- 8  Sport
- 9  Integration und Sicherheit
- 10  Religion
- 11  Gemeinwesenarbeit
- 12  Sonstiges (bitte ergänzen): \_\_\_\_\_

- 9 Welche Angebote/Leistungen bietet Ihre Einrichtung konkret an? Bitte geben Sie hier nur solche Angebote an, die sich speziell an Migrantinnen und Migranten richten oder speziell bzw. in spezifischer Form für diese Zielgruppe angeboten werden. (Mehrfachnennungen möglich)

- 1  Sprachförderung
- 2  Sprachkurse
- 3  Migrationserstberatung
- 4  Berufsberatung
- 5  Arbeitsvermittlung
- 6  Wohnungsvermittlung
- 7  Kulturangebote
- 8  Sportangebote
- 9  offene Jugendarbeit/verbandliche Jugendarbeit
- 10  Schulsozialarbeit
- 11  Frauenarbeit/Mädchenarbeit
- 12  Familienbildung
- 13  Gesundheitsförderung
- 14  Pflege des eigenen Brauchtums in Vereinsstrukturen
- 15  Pflege der eigenen Religion
- 16  präventive Kriminalitätsbekämpfung
- 17  Fortbildungsangebote im Bereich „interkultureller Kompetenz“
- 18  Gemeinwesenarbeit
- 19  Sonstiges (bitte ergänzen) \_\_\_\_\_

### D RAHMENBEDINGUNGEN DER INTEGRATIONSARBEIT IHRER EINRICHTUNG

- 10 Gibt es einen gesetzlichen Auftrag für die Integrationsarbeit Ihrer Einrichtung?
- 1  Nein
- 2  Ja  
 Wenn ja, welchen? \_\_\_\_\_
- 11 Arbeitet Ihre Einrichtung aufgrund eines Landes-, Bundes- oder europäischen Programms?
- 1  Nein
- 2  Ja  
 Wenn ja, benennen Sie bitte das Programm \_\_\_\_\_
- 12 Wer leistet konkret die Integrationsarbeit in Ihrer Einrichtung? Bitte geben Sie die Anzahl und die Qualifikation Ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an.  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

13 Nutzt Ihre Einrichtung das Potenzial ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Erstellung der Integrationsangebote?

- 1  nein
- 2  ja

wenn ja, wie viel Prozent der Gesamtarbeit werden etwa durch ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abgedeckt? \_\_\_\_\_ %

14 Wie wird die Integrationsarbeit Ihrer Einrichtung finanziert? (Mehrfachnennungen möglich)

- 1  Mitgliedsbeiträge
- 2  Spendenerlöse
- 3  öffentliche Förderung (bitte konkretisieren):
  - a  Stadt Viersen
  - b  Kreis Viersen
  - c  Land NRW
  - d  Bund
  - e  Europäische Union

4  Zuweisungen, z. B. über einen Dachverband

5  sonstige Einnahmen (bitte ergänzen): \_\_\_\_\_

15 An welchem Ort führt Ihre Einrichtung die Integrationsarbeit durch?

- 1  am oben genannten Ort (wie Adresse)
- 2  an einem anderen Ort (Adresse bitte ergänzen): \_\_\_\_\_

#### E WIRKSAMKEIT DER INTEGRATIONSARBEIT IHRER EINRICHTUNG

16 Wie schätzen Sie die Wirksamkeit der Integrationsarbeit Ihrer Einrichtung im Hinblick auf die Ziele Ihrer Einrichtung ein?

- 1  sehr wirksam
- 2  wirksam
- 3  weniger wirksam

17 Wie schätzen Sie die Wirksamkeit der Integrationsarbeit Ihrer Einrichtung im Hinblick auf die Integration in der Stadt Viersen insgesamt ein?

- 1  sehr wirksam
- 2  wirksam
- 3  weniger wirksam

18 Auf welcher Basis beurteilen Sie die Wirksamkeit der Integrationsarbeit Ihrer Einrichtung? (Mehrfachnennungen möglich)

- 1  persönliche Einschätzung meinerseits
- 2  abgestimmte Meinung der im Bereich der Integration tätigen MitarbeiterInnen
- 3  internes Controlling der Einrichtung
- 4  externes Controlling (z. B. durch einen anderen Projektträger)
- 5  einmalige Evaluation der Integrationsarbeit
- 6  kontinuierliche Evaluation der Integrationsarbeit
- 7  Sonstiges (bitte ergänzen): \_\_\_\_\_

19 Welche Kriterien (Indikatoren, Kennzahlen) sind wesentlich für die Beurteilung der Wirksamkeit Ihrer Integrationsangebote? Bitte benennen Sie maximal fünf Kriterien!

#### F ZUSAMMENARBEIT MIT ANDEREN AKTEUREN

20 Arbeitet Ihre Einrichtung bei der Erbringung der Integrationsangebote mit anderen Einrichtungen/Akteuren zusammen?

- 1  nein
- 2  ja

Wenn ja, mit wem? (bitte ergänzen): \_\_\_\_\_

21 Gibt es Ihrer Ansicht nach weitere Akteure/Anbieter vor Ort, deren Angebote die Ihrer Einrichtung sinnvoll ergänzen und mit denen Sie sich daher eine Zusammenarbeit vorstellen könnten?

- 1  nein
- 2  ja

wenn ja, Akteure bitte benennen: \_\_\_\_\_

#### G ERFOLGSFAKTOREN DER INTEGRATIONSARBEIT

22 Worin liegen auf Basis Ihrer Erfahrungen wesentliche Erfolgsfaktoren für die Integrationsarbeit Ihrer Einrichtung? Bitte benennen Sie maximal fünf Erfolgsfaktoren und formulieren diese möglichst konkret.

\_\_\_\_\_

23 Worin liegen Ihrer Ansicht nach wesentliche Erfolgsfaktoren der Integrationsarbeit in der Stadt Viersen allgemein? Bitte benennen Sie maximal fünf Erfolgsfaktoren und formulieren diese möglichst konkret.

\_\_\_\_\_

#### H ZUKÜNFTIGE GESTALTUNG DER INTEGRATIONSARBEIT IN DER STADT VIERSEN

24 Welche Handlungsfelder/Schwerpunkte der Integrationsarbeit sollten Ihrer Ansicht nach in den nächsten Jahren Priorität in der Stadt Viersen haben? (Mehrfachnennungen möglich)

- 1  Sprache
- 2  Bildung und Ausbildung
- 3  Wirtschaft und Arbeit
- 4  Wohnen
- 5  Soziales
- 6  Gesundheit
- 7  Kultur
- 8  Sport
- 9  Integration und Sicherheit
- 10  Religion
- 11  Gemeinwesenarbeit
- 12  Sonstiges (bitte ergänzen): \_\_\_\_\_

25 Gibt es Ihrer Ansicht nach konkrete Angebote/Leistungen für Migrantinnen und Migranten, die derzeit fehlen und für die ein Bedarf besteht?

26 Halten Sie den Aufbau von Netzwerkstrukturen für die Integrationsarbeit in der Stadt Viersen für notwendig?

- 1  nein
- 2  ja

Wenn ja, in bzw. für welchen Themenbereich? (bitte ergänzen): \_\_\_\_\_

27 Haben Sie Interesse an einer verantwortlichen Mitarbeit in Arbeitskreisen oder Netzwerkstrukturen im Bereich der Integration?

- 1  nein
- 2  ja

Wenn ja, in einem bestimmten Themenbereich? (bitte benennen): \_\_\_\_\_

28 Haben Sie konkrete Anregungen, Wünsche oder Empfehlungen für die zukünftige Ausgestaltung der Integrationsarbeit in der Stadt Viersen?

29 Wären Sie bereit, an einem vertiefenden persönlichen Interview teilzunehmen?

- 1  nein
- 2  ja

Wenn ja, falls andere Ansprechpartnerin/anderer Ansprechpartner, bitte benennen: \_\_\_\_\_

## 8.4 Indikatorenset für die Bestandsaufnahme und das Monitoring (KGSt)

KGSt-Indikatorenset für die Bestandsaufnahme und das Monitoring kommunaler Integrationspolitik auf der Ebene von gesellschaftlichen Zuständen

Handlungsfeld	Ziel	Kennzahl
1. Rechtliche Integration	Ein gesicherter Aufenthaltstatus ist ein Hinweis auf eine verbesserte Integrationsmöglichkeit	1.01 Anteil der Ausländer mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel und Unionsbürger an allen Ausländern
	Dauerhafter Aufenthalt, Verfestigung des Aufenthalts in Deutschland	1.02 Anteil der Ausländer mit Aufenthaltsdauer in Deutschland: 20 Jahre und mehr an allen Ausländern im Alter von 20 Jahren und älter
	Erhöhung des Anteils der Ausländer mit Einbürgerungsanspruch	1.03 Anteil der Ausländer mit Einbürgerungsanspruch
	Erhöhung der Inanspruchnahme der Option Rechtsgleichheit durch Einbürgerung	1.04 Anteil der Einbürgerungen an den Ausländern mit Einbürgerungsanspruch im Jahr
2. Bildung	Möglichst hoher Anteil am Kindergartenbesuch von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte (Angleichung von Entwicklungen)	2.01a Anteil der einzuschulenden Kinder mit Zuwanderungsgeschichte mit Besuch eines Kindergartens oder einer vergleichbaren päd. Einrichtung (mind. 3-jähriger Besuch) an allen einzuschulenden Kindern eines Schuljahres mit Zuwanderungsgeschichte
		2.01b Anteil der einzuschulenden Kinder ohne Zuwanderungsgeschichte mit Besuch eines Kindergartens oder einer vergleichbaren päd. Einrichtung (mind. 3-jähriger Besuch) an allen einzuschulenden Kindern eines Schuljahres ohne Zuwanderungsgeschichte
	Möglichst hoher Anteil auch bei Kindern mit Zuwanderungsgeschichte	2.02 Anteil der Schüler von Gymnasien Jahrgang acht mit/ohne Zuwanderungsgeschichte an allen Schülern an allgemeinbildenden Schulen Jahrgang acht mit/ohne Zuwanderungsgeschichte
Möglichst Angleichung des Anteils bei Kindern mit Zuwanderungsgeschichte an die Bildungssituation von Kindern ohne Zuwanderungsgeschichte, d. h. Senkung des Hauptschüleranteils	2.03 Schüler von Hauptschulen Jahrgang acht mit/ohne Zuwanderungsgeschichte an allen Schülern an allgemeinbildenden Schulen Jahrgang acht mit/ohne Zuwanderungsgeschichte	

Handlungsfeld	Ziel	Kennzahl
	Möglichst hoher Anteil auch bei Kindern mit Zuwanderungsgeschichte	2.04 Anteil der Schulabschlüsse mit Fach- und allgemeiner Hochschulreife an allen Schulabschlüssen des abgeschlossenen Schuljahres (jeweils mit/ohne Zuwanderungsgeschichte)
	Verringerung der Anteile oder mindestens Angleichung der Bildungssituation der Schulabgänger mit und ohne Zuwanderungsgeschichte	2.05 Anteil Schulabgänger ohne Schulabschluss an allen Schulabgängern (jeweils mit/ohne Zuwanderungsgeschichte)
3. Arbeit und Wirtschaft	Erhöhung des Anteils der (sozialversicherungspflichtig) Erwerbstätigen auch unter den Zugewanderten	3.01 Anteil der Beschäftigten in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung mit/ohne Zuwanderungsgeschichte an den Einwohner mit/ohne Zuwanderungsgeschichte im Alter von 15–65 Jahren
		3.02 Anteil der angemeldeten Gewerbe von Einwohnern mit/ohne Zuwanderungsgeschichte an allen Einwohnern mit/ohne Zuwanderungsgeschichte im Alter von 15–65 Jahren
	Hohe Ausbildungsbeteiligung auch bei Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte	3.03 Anteil der Auszubildenden an den Einwohnern im Alter von 15 bis unter 18 Jahren mit/ohne Zuwanderungsgeschichte
	Arbeitslosenquote auch bei Einwohnern mit Zuwanderungsgeschichte verringern	3.04 Arbeitslosenquote insgesamt (mit/ohne Zuwanderungsgeschichte)
	Arbeitslosenquote auch bei Einwohnern mit Zuwanderungsgeschichte verringern	3.05 Arbeitslosenquote der unter 25-jährigen (mit/ohne Zuwanderungsgeschichte)
4. Soziale Sicherung	Reduzierung der Anzahl der Leistungsbezieher	4.01 Empfängerquote SGB II und Grundsicherung nach SGB XII insgesamt mit/ohne Zuwanderungsgeschichte
		4.02 Empfängerquote SGB II und Grundsicherung nach SGB XII von Kindern im Alter von 0 bis unter 15 Jahren mit/ohne Zuwanderungsgeschichte
	Reduzierung der Anzahl der Leistungsbezieher auch bei Zugewanderten	4.03 Empfängerquote SGB XII (Grundsicherung) von Einwohnern im Alter von 65 und mehr Jahren

Handlungsfeld	Ziel	Kennzahl
5. Wohnen	Gleichmäßigere Verteilung des Anteils von Zugewanderten auf das Gebiet der Kommune	5.01 Segregationsindex: Konzentration der Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte auf bestimmte Wohngebiete
6. Sprache	Erhöhung des Anteils der Kinder mit ausreichenden Sprachkenntnissen insbesondere bei Zugewanderten	6.01 Anteil der Kinder mit Sprachförderbedarf in der deutschen Sprache an allen einzuschulenden Kindern (jeweils mit/ohne Zuwanderungsgeschichte)
7. Gesundheit	Erhöhung des Anteils der Teilnehmer auch bei Kindern mit Zuwanderungsgeschichte	7.01 Anteil der Teilnahme von Kindern an der U9 mit/ohne Zuwanderungsgeschichte
8. Soziale Integration	Förderung gemischt nationaler Ehen und Lebenspartnerschaften	8.01 Anteil binationaler Ehen und eingetragener Lebenspartnerschaften
	Erhöhung der Zufriedenheit	8.02 Wohlfühlen in der Stadt (jeweils bei Einwohnern mit/ohne Zuwanderungsgeschichte)
9. Gesellschaftliche und politische Partizipation	Erhöhung der politischen Partizipation von Zugewanderten	9.01 Anteil der Mitglieder im Rat, Kreistag oder Bezirksvertretung mit Zuwanderungsgeschichte
	Erhöhung des Anteils von Zugewanderten	9.02 Beschäftigte in Kommunen ab A9/Anteil der kommunalen Beschäftigten mit Zuwanderungsgeschichte an der Gesamtzahl der Beschäftigten ab den Vergütungsgruppen A 9 bzw. E 9 und höher an allen Beschäftigten dieser Vergütungsgruppen
10. Sicherheit	Verringerung von Delikten von Menschen mit Migrationshintergrund	10.01 Anzahl der angezeigten oder verurteilten Straftaten von Einwohnern mit/ohne Zuwanderungsgeschichte pro 1.000 Einwohner mit/ohne Zuwanderungsgeschichte
	Belastungen durch Delikte reduzieren	10.02 Anzahl der angezeigten oder verurteilten fremdenfeindlichen Straftaten pro 1.000 Einwohner

## 8.5 Handlungsfelder Integration (Ausschnitt)\*

Handlungsfeld	Zielgruppen				
	Kinder/Jugendliche	Familien	Frauen	Männer	Senioren
Bildung • Elementarbereich • Schule					
Beruf und Arbeit					
Jugend und Soziales					
Wohnen/interkulturelle Konflikte in der Nachbarschaft					
Kultur					
Religion					
Politische Teilhabe					
Öffentlichkeitsarbeit					
Interkulturelle Öffnung der Regelangebote					
Interkulturelles Personalmanagement					
Sicherheit					
Gender Mainstreaming					

\* Den einzelnen Feldern werden die jeweiligen Maßnahmen zugeordnet.

## 8.6 Idealtypische Vorgehensweise zur Entwicklung eines Integrationskonzeptes

Phase	Inhalt/Methode	Ergebnis
<b>1. Bestandsaufnahme</b>		
1.1. Befragung und Analyse	Verwaltungsinterne Vorarbeiten <ul style="list-style-type: none"> <li>• Durchführung einer Befragung bei der entsprechenden Zielgruppe</li> <li>• Analyse der Befragungsergebnisse, aktuelle Daten zu den Zielgruppen und Auswertung von Trends</li> </ul>	Transparenz über die Lebenslagen der Zielgruppe <ul style="list-style-type: none"> <li>• Soziale Lage</li> <li>• Kontakt- und Kommunikationsverhalten</li> <li>• Einbindung in lokale Verhältnisse</li> <li>• Konkrete Bedarfe</li> </ul>
1.2. Aufbau begleitender Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Aufbau der Öffentlichkeitsarbeit; Organisation erster Informationsveranstaltungen</li> <li>• Kooperationspartner eruiieren und erste Absprachen treffen</li> <li>• Gewinnung von Zugewanderten für ehrenamtliche Mitwirkung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Sensibilisierung in der Öffentlichkeit</li> <li>• Basis für einen längerfristigen Dialog</li> </ul>
1.3. Interkulturelle Öffnung und Kompetenz	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Organisation der Beteiligung von Zugewanderten in Form von Gremien oder Arbeitsgruppen</li> <li>• Prüfung der Organisation und relevanter Prozesse im Hinblick auf interkulturelle Öffnung</li> <li>• Realisierung von Qualifizierungsmaßnahmen für verwaltungsinterne Organisationseinheiten zur interkulturellen Kompetenz</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Interkulturell ausgerichtete Verwaltung</li> </ul>
<b>2. Erstellung Integrationskonzept</b>		
2.1. Definition Handlungsfelder und Zielgruppen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Auswahl geeigneter Handlungsfelder in Abwägung der Zielgruppen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Strukturgrundlage für den weiteren Prozess</li> </ul>
2.2. Entwicklung gemeinsames Verständnis von Integration	Organisation „Bündnis für Integration“ <ul style="list-style-type: none"> <li>• Diskussion der Handlungsfelder und der möglichen Einflussmöglichkeiten</li> <li>• Verständigung auf ein gemeinsames Verständnis von Integration</li> <li>• Formulierung von Leitzielen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gemeinsam entwickeltes Verständnis von Integration</li> </ul>

Phase	Inhalt/Methode	Ergebnis
2.3. Konkretisierung der Ziele und Zielgruppen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Organisation einer Integrationskonferenz zur Entwicklung der Ziele</li> <li>• Bildung von Facharbeitskreisen aus Verwaltung, freien Trägern und ggf. Politik zur Konkretisierung und Operationalisierung der Ziele</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kurz-, mittel- und langfristige Ziele</li> <li>• Kennzahlen zur Zielverfolgung (Controlling)</li> </ul>
<b>3. Umsetzung</b>		
3.1. Strategieentwicklung	Verwaltungsinterne Arbeiten: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Prüfung der vorhandenen Produkte und ggf. Neuausrichtung der Produkte und Projekte</li> <li>• Prozesse und Strukturen</li> <li>• Kalkulation der Ressourcen</li> <li>• Prüfung der Strategie und Qualitätscheck der Ziele</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zielgruppenorientierte Produkte und Projekte</li> </ul>
3.2. Definition von Verantwortlichkeiten	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Übersetzung der Ziele und damit Ableitung der Konsequenzen für die einzelnen Akteursebenen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Basis für ein Controlling</li> </ul>
3.3. Ratsbeschluss unter Beteiligung des Ausländerbeirates/ Integrationsausschusses	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Entscheidung auf der politischen Ebene erzielen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Auftragsgrundlage für die Zielvereinbarungen mit internen und externen Akteuren</li> </ul>
<b>4. Wirkungsmonitoring</b>		
4.1. Vereinbarung von Zielvereinbarungen in der Verwaltung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gemeinsame Gespräche mit den Fachverantwortlichen und der Führungsebene</li> <li>• Vereinbarung des Controllings (Verständnis, Inhalte, Berichtsformen und -zyklen)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Klare Zuständigkeiten bzw. Verantwortlichkeiten für die Umsetzung</li> <li>• Vereinbarte Rahmenbedingungen für das Controlling</li> </ul>
4.2. Zielvereinbarungen mit freien Trägern	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gespräche mit den Freien Trägern und Klärung der Verantwortlichkeiten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kontrakte mit den freien Trägern</li> </ul>
4.3. Koordination des Netzwerkes an internen Fachdiensten und freien Trägern	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gemeinsame „Netzwerktreffen“ zum Informationsaustausch und zur Steuerung der vereinbarten Produkte und Projekte; ggf. in Form einer Integrationskonferenz</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Transparenz über die Entwicklungen in den Handlungsfeldern</li> </ul>
4.4. Evaluation	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zusammenführung der einzelnen Inhalte des Controllings</li> <li>• Prüfung der Nutzung der Berichte durch die Führung und Politik sowie ggf. Optimierung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ein Jahresbericht zur Gesamtsituation</li> <li>• Drei Quartalsberichte zu den Handlungsfeldern</li> </ul>

## 8.7 Literatur- und Linkverzeichnis zum Text

ARD/ZDF-Langzeitstudie zur Mediennutzung und -bewertung. In: MP Ausgabe 9/2005, S. 422–448

Bade, Klaus J.: Nachholende Integrationspolitik. Eingangsstatement zur Podiumsdiskussion beim Gesprächskreis Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V. in Berlin am 5.6.2005

Bade, Klaus J./Oltmer, Jochen: Normalfall Migration. Schriftenreihe der BpB, Bonn 2004, S. 136 f.

Bertelsmann Stiftung/Bundesministerium des Innern (Hg.): Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik. Gütersloh 2005

Birg, Herwig: Dynamik der demographischen Alterung, Bevölkerungsschrumpfung und Zuwanderung in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B20/2003, S. 6–17

Bundesministerium des Innern: Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble eröffnet die Deutsche Islam Konferenz: Muslime in Deutschland – Deutsche Muslime: [www.bmi.bund.de/nn\\_122688/Internet/Navigation/DE/Themen/Deutsche\\_Islam\\_Konferenz/deutschIslamKonferenz\\_node.html](http://www.bmi.bund.de/nn_122688/Internet/Navigation/DE/Themen/Deutsche_Islam_Konferenz/deutschIslamKonferenz_node.html) [Zugriff am 11.1.2007]

Bundesministerium des Innern (Hg.): Bericht zur Evaluierung des Gesetzes zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern. Juli 2006

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Leistungen, Belastungen, Herausforderungen. Sechster Familienbericht. Berlin 2000, S. 17: [www.bmfsfj.de/doku/familienbericht/download/6\\_Familienbericht.pdf](http://www.bmfsfj.de/doku/familienbericht/download/6_Familienbericht.pdf)

Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände: Positionspapier zum Integrationsgipfel am 14.7.2006, S. 1: [www.dstgb.de/index\\_inhalt/homepage/positionspapiere/inhalt/positionspapier\\_zum\\_integrationsgipfel\\_am\\_14\\_07\\_2006/positionspapier\\_integrationsgipfel\\_endg.pdf](http://www.dstgb.de/index_inhalt/homepage/positionspapiere/inhalt/positionspapier_zum_integrationsgipfel_am_14_07_2006/positionspapier_integrationsgipfel_endg.pdf)

Eggert, Susanne/Theunert, Helga: Medien im Alltag von Heranwachsenden mit Migrationshintergrund – Vorwiegend offene Fragen. In: merz.medien + erziehung, 46. Jg., Heft 5/2002, München 2002, S. 289–300; zitiert nach: [www.mediaculture-online.de/fileadmin/bibliothek/eggert\\_migrati-on/eggert\\_migration.html](http://www.mediaculture-online.de/fileadmin/bibliothek/eggert_migrati-on/eggert_migration.html) [Zugriff am 11.1.2007]

Erkes, Hubert/Möltgen, Katrin (Hg.): Deutschland – Probleme eines Einwanderungslandes. Gelsenkirchen 2005, S. 67–76

Europäische Kommission: Handbuch zur Integration für Entscheidungsträger und Praktiker, Europäische Gemeinschaften 2005: <http://europa.eu.int/germany/pdf/integrationshandbuch.pdf> [Zugriff am 28.09.06]

Fischer, Veronika: Fortbildungsmodule zur interkulturellen Kompetenz – Zwischenbericht aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung eines Praxisprojektes. In: Lefringhausen, Klaus/Richthofen, Diprand von (Hg.): Interkulturelle Öffnung der Verwaltung. Visionen – Erfahrungen – Empfehlungen. Düsseldorf 2003, S. 80–88

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.7.2006: Welt hat keine Angst mehr vor Patriotismus in Deutschland: [www.faz.net/s/Rub47986C2FBFBD461B8A2C1EC681AD639D/Doc-EC0360851A27F49F2B8E8DD08716511A8-ATpl-Ecommon-Scontent.html](http://www.faz.net/s/Rub47986C2FBFBD461B8A2C1EC681AD639D/Doc-EC0360851A27F49F2B8E8DD08716511A8-ATpl-Ecommon-Scontent.html)

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Auf Augenhöhe. Integration zum kommunalen Thema machen. Bonn 2006

Heitmeyer, Wilhelm: Wo sich die Angst breit macht. In: Die Zeit Nr. 51/2006 vom 14.12.2006, S. 21 f.

Information der Landesregierung – 97/1/2006. Düsseldorf 27.1.2006

Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2005. Düsseldorf 2006

Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld: Projekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – Empirische Langzeitbeobachtung menschenfeindlicher Einstellungen in der Bevölkerung“ (Projektleitung Herr Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer): [www.uni-bielefeld.de/ikg/projekt\\_gmf-survey.htm](http://www.uni-bielefeld.de/ikg/projekt_gmf-survey.htm)

Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA): IZA COMPACT. 12/2006, S. 4

Jack, Andrew: Whole in one. In: UK Excellence February/March 2006, S. 18 f.

KGSt Bericht 8/2000: Strategisches Management I: Leitbericht für Politik und Verwaltung. Köln 2000

KGSt Bericht 7/2005: Management kommunaler Integrationspolitik. Köln 2005

KGSt Materialien 2/2006: Integrationsmonitoring. Köln 2006

Kölnische Rundschau vom 27.10.2006, Nr. 250: Netzwerke hat jeder – Die Kunst ist aber, sie zu nutzen, Interview mit Isabel Beuter (Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Informationszentrum Sozialwissenschaften in Bonn und EU-Koordinatorin am Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung (CEWS)). Interviewerin Barbara Buchholz (Kölnische Rundschau): [www.rundschau-online.de/html/artikel/1161702845695.shtml](http://www.rundschau-online.de/html/artikel/1161702845695.shtml)

Krüger-Potratz, Marianne: Geschlechteraspekte von Migration und Integration. Ergebnisse interkultureller Ethnizitäts- und Genderforschung. In: Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Demographischer Wandel. Die Stadt, die Frauen und die Zukunft. Düsseldorf 2006, S. 451–467: [www.mgffi.nrw.de/pdf/frauen/handbuch-demografischer-wandel-2007.pdf](http://www.mgffi.nrw.de/pdf/frauen/handbuch-demografischer-wandel-2007.pdf)

Küpper, Willi/Ortmann, Günther (Hg.): Mikropolitik. Opladen 1988, S. 217

LAGA NRW: Integrationspolitik erfolgreich gestalten. Handreichung für die Arbeit der kommunalen Migrantenvertretungen in NRW. November 2004: [www.laga-nrw.de/data/handreichung.pdf](http://www.laga-nrw.de/data/handreichung.pdf)

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS NRW): [www.lids.nrw.de](http://www.lids.nrw.de) Vorausberechnung der Bevölkerung 2005 bis 2025/2050 in NRW: [www.lids.nrw.de/statistik/datenangebot/daten/b/r311prog.html](http://www.lids.nrw.de/statistik/datenangebot/daten/b/r311prog.html) [Zugriff am 5.11.2006]

Landeshauptstadt Stuttgart (Hg.): Stuttgarter Bündnis für Integration. Perspektiven für unsere internationale Stadt. Stuttgart, 5/2006, S. 16

Leenen, Wolf Reiner: Interkulturelle Kompetenz: Theoretische Grundlagen. In: Leenen, Wolf Reiner/Grosch, Harald/Groß, Andreas (Hg.): Bausteine zu interkulturellen Qualifizierung der Polizei. Münster 2005, S. 99 ff.

Mansury, Homaira: Auf Augenhöhe. Integration zum kommunalen Thema machen. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 2006, S. 95

Minister Armin Laschet: Nordrhein-Westfalen begrüßt Integrationsagenda der EU-Kommission – Integrationserfahrungen EU-weit austauschen: [www.europa.nrw.de/index.php?mapid=435](http://www.europa.nrw.de/index.php?mapid=435) [Zugriff am 2.10.06]

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Integrationsarbeit – effektiv organisiert. Ein Handbuch für Kommunen. Düsseldorf, April 2004: [www.mgffi.nrw.de/pdf/integration/integrationsarbeit-handbuch.pdf](http://www.mgffi.nrw.de/pdf/integration/integrationsarbeit-handbuch.pdf)

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen: Nordrhein-Westfalen. Land der Integrationschancen – Aktionsplan Integration. Düsseldorf, 27. Juni 2006: [www.mgffi.nrw.de/pdf/integration/aktionsplan-integration.pdf](http://www.mgffi.nrw.de/pdf/integration/aktionsplan-integration.pdf)

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen: Nordrhein-Westfalen (Hg.): Aktueller Stand der Neuausrichtung der Migrationsfachdienste zu Integrationsagenturen. Düsseldorf 2007

Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 1.9.2005: Eine gemeinsame Integrationsagenda – Ein Rahmen für die Integration von Drittstaatsangehörigen in die Europäische Union. [http://eurlex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005\\_0389de01.doc#\\_Toc109443204](http://eurlex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005_0389de01.doc#_Toc109443204) [Zugriff am 5.11.2006]

Möltgen, Katrin: Die demographische Entwicklung als Herausforderung für die lokale Politik und Verwaltung. In: Munk, Nicole/Nienhaber, Georg (Hg.): Standpunkte in der Stadtpolitik. Kommunal-, regional und medienwissenschaftliche Ansätze. Aachen 2004, S. 227–248

Ovali, Derya: Die Lotsen. Wie Migranten einander beim An- und Weiterkommen in Deutschland helfen. In: Die Zeit Nr. 38 vom 14.9.2006, S. 71

Prantl, Heribert: Die zweite deutsche Einheit. In: Süddeutsche Zeitung vom 10. Juli 2006, S. 4: [www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/344/73271/](http://www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/344/73271/)

Projekt „Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungssituation junger Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst der Stadt Duisburg“ des Instituts für Aus- und Fortbildung, der RAA und der Universität Duisburg-Essen über: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB): Good Practice Center – Förderung von Benachteiligten in der Berufsbildung, Anbieterdatenbank: [www.good-practice.de/adb/suche.php?action=view&id=2279](http://www.good-practice.de/adb/suche.php?action=view&id=2279) [Zugriff am 11.1.2007]

Rede von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble anlässlich der Vorstellung des Berichts der Global Commission on International Migration am 16. März 2006: [www.bmi.bund.de/Internet/Content/Nachrichten/Reden/2003/03/Schaeuble\\_Global\\_Commission\\_on\\_International\\_Migration.html](http://www.bmi.bund.de/Internet/Content/Nachrichten/Reden/2003/03/Schaeuble_Global_Commission_on_International_Migration.html) [Zugriff am 25.9.2006]

Rede von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble zur Eröffnung der Fachtagung „Globale Migration am Beginn des 21. Jahrhunderts: eine Welt ohne Grenzen“ am 30.5.2006 in Berlin: [www.bmi.bund.de/nn\\_662956/Internet/Content/Nachrichten/Reden/2006/05/BM\\_Internationale\\_Koordinaten\\_Zuwanderungs\\_und\\_Integrationspolitik.htm](http://www.bmi.bund.de/nn_662956/Internet/Content/Nachrichten/Reden/2006/05/BM_Internationale_Koordinaten_Zuwanderungs_und_Integrationspolitik.htm) [Zugriff am 25.9.2006]

Rede des Ministers für Generationen, Familie, Frauen und Integration Armin Laschet im Rahmen der Kölner Migrationsgespräche am 13.3.2006: „Chance Integration: Wo steht Nordrhein-Westfalen?“

Rickens, Christian: Europas letzte Chance. In: Manager Magazin Heft 12/2006, S. 180 ff.: [www.manager-magazin.de/magazin/artikel/0,2828,448710,00.html](http://www.manager-magazin.de/magazin/artikel/0,2828,448710,00.html)

Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration (Hg.): Migration und Integration – Erfahrungen nutzen, Neues wagen. Kurzfassung des Jahresgutachtens 2004, S. 2

Shell in Deutschland: Shell Jugendstudie 2006 – Zusammenfassung: [www.shell.com/home/Framework?siteId=de-de&FC2=/de-de/html/iwgen/leftnavs/zzz\\_lhn12\\_6\\_0.html&FC3=/de-de/html/iwgen/about\\_shell/Jugendstudie/2006/Jugendstudie2006\\_start.html](http://www.shell.com/home/Framework?siteId=de-de&FC2=/de-de/html/iwgen/leftnavs/zzz_lhn12_6_0.html&FC3=/de-de/html/iwgen/about_shell/Jugendstudie/2006/Jugendstudie2006_start.html) [Zugriff am 25.9.2006]

Schulz, Erika: Auswirkungen des Zuwanderungsgesetzes. In: der städtetag, Heft 4/2006, S. 19–23

Soboczynski, Adam: Fremde Heimat Deutschland, in: Die Zeit vom 12.10.2006, Nr. 42, S. 17 ff.: [www.zeit.de/2006/42/Russlanddeutsche](http://www.zeit.de/2006/42/Russlanddeutsche)

Stadt Münster: INTERREG-Projekt „Zuwanderer integrieren“: [www.muenster.de/stadt/zuwanderung/interreg.html](http://www.muenster.de/stadt/zuwanderung/interreg.html)

Statistisches Bundesamt Deutschland (DESTATIS): [www.destatis.de](http://www.destatis.de)  
Mikrozensus:  
[www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2006/mikrozensus\\_2005i.pdf](http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2006/mikrozensus_2005i.pdf)  
[S. 73, Zugriff am 3.1.2007]  
[www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2006/Mikrozensus2005\\_Statement\\_Hahlen.pdf](http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2006/Mikrozensus2005_Statement_Hahlen.pdf)  
[Zugriff am 12.9.2006]  
[www.destatis.de/presse/deutsch/pm2006/p2920021.html](http://www.destatis.de/presse/deutsch/pm2006/p2920021.html)  
[Zugriff am 5.11.2006]

Storz, Henning/Wilmes, Bernhard: Das Staatsangehörigkeitsrecht und politische Partizipationsmöglichkeiten von Migranten, Bundeszentrale für politische Bildung. 15.3.2005: [www.bpb.de/themen/052MNX,3,0,Das\\_Staatsangeh%F6rigkeitsrecht\\_und\\_politische\\_Partizipationism%F6glichkeiten\\_von\\_Migranten.html](http://www.bpb.de/themen/052MNX,3,0,Das_Staatsangeh%F6rigkeitsrecht_und_politische_Partizipationism%F6glichkeiten_von_Migranten.html) [Zugriff am 11.1.2007]

Strohmeier, Klaus Peter: Soziale, ethnische und demographische Segregation. Herausforderung der lokalen Politik und der Stadtgesellschaft in den nordrhein-westfälischen Städten. Vortrag für die Friedrich-Ebert-Stiftung vom 18.3.2006

WDR: Plädoyer für Radio-Sendungen in Fremdsprachen. Neue Formate geplant, Studie vorgestellt. Pressemitteilung vom 1.12.2006 über: Media NRW (Informationsplattform der Landesregierung über den Medienstandort Nordrhein-Westfalen): [www.media.nrw.de/kurznachrichten/artikel.php?id=3041](http://www.media.nrw.de/kurznachrichten/artikel.php?id=3041) [Zugriff am 29.10.2006]

WDR-Studie zur Mediennutzung junger Migranten „Zwischen den Kulturen“, Interview mit dem Projektleiter Erk Simon, Interviewer Kai Clement (WDR.de). 21.11.2006: [www.wdr.de/themen/politik/nrw02/integration/medienkonferenz/studie/index.jhtml](http://www.wdr.de/themen/politik/nrw02/integration/medienkonferenz/studie/index.jhtml)

Westphal, Manuela: Migration und Genderaspekte. In: Gender Bibliothek, hg. v. d. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2004: [www.bpb.de/files/39WAAT.pdf](http://www.bpb.de/files/39WAAT.pdf)

Will, Gisela/Bosswick, Wolfgang: Integrationsangebote in ausgewählten hessischen Kommunen und ihre institutionelle Umsetzung. Bamberg 2002, S. 96 ff.

Wüst, Andreas: Wahlverhalten und politische Repräsentation von Migranten. In: Der Bürger im Staat, 56. Jg., Heft 4/2006, S. 228–234

Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung (ZEFIR): [www.ruhr-uni-bochum.de/zefir/](http://www.ruhr-uni-bochum.de/zefir/)

Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung des ZEFIR: [www.sozialberichterstattung.de](http://www.sozialberichterstattung.de)

## 8.8 Linkverzeichnis zu Förderprogrammen

### **EU-Finanzierungsinstrumente zur Förderung der Integration von Zugewanderten:**

[www.bamf.de/cln\\_043/nn\\_566334/DE/Integration/EUProgramme/euprogramme-inhalt.html](http://www.bamf.de/cln_043/nn_566334/DE/Integration/EUProgramme/euprogramme-inhalt.html)

### **Bund:**

[www.bamf.de/cln\\_043/nn\\_566334/sid\\_F33F2D1B1AA31295CF54F3D128E5C976/SharedDocs/Anlagen/DE/Integration/Downloads/Integrationsprogramm/bestandsaufnahme-integrationsaktivitaeten-bund.html](http://www.bamf.de/cln_043/nn_566334/sid_F33F2D1B1AA31295CF54F3D128E5C976/SharedDocs/Anlagen/DE/Integration/Downloads/Integrationsprogramm/bestandsaufnahme-integrationsaktivitaeten-bund.html)

### Projektatlas

[www.bamf.de/cln\\_043/nn\\_566334/SharedDocs/Anlagen/DE/Integration/Publikationen/Integrationsprojekte/02-projektatlas-2005-publikation.html](http://www.bamf.de/cln_043/nn_566334/SharedDocs/Anlagen/DE/Integration/Publikationen/Integrationsprojekte/02-projektatlas-2005-publikation.html)

### **Land:**

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen:

[www.mgffi.nrw.de](http://www.mgffi.nrw.de)

[www.integration.nrw.de](http://www.integration.nrw.de)

Hauptstelle Regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien Nordrhein-Westfalen:

[www.raa.de](http://www.raa.de)

Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen:

[www.lum.nrw.de](http://www.lum.nrw.de)

Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen:

[www.laga-nrw.de](http://www.laga-nrw.de)

Soziale Stadt NRW:

[www.soziale-stadt.nrw.de](http://www.soziale-stadt.nrw.de)

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerberinnen und -werbern oder Wahlhelferinnen und -helfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt. Unabhängig davon, wann, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin oder dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.